

92/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 38. Sitzung, 27.06.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend

Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

38. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 27. Juni 2007

Gesamtdauer der 38. Sitzung:

08:23 Uhr – 21:17 Uhr

Hinweis: Teile der Seite 42 des Protokolls werden auf Grund von Vertraulichkeitsbestimmungen nicht als Kommuniké veröffentlicht. Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 27

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Mag. Dr. Martin Graf

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria
und weitere Finanzdienstleister**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

38. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 27. Juni 2007

Gesamtdauer der 38. Sitzung:

8.23 Uhr – 15.05 Uhr

18.24 Uhr – 21.17 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 8.23 Uhr

Obmann Mag. Dr. Martin Graf eröffnet die – zunächst medienöffentliche – Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister und teilt mit, dass nach jetzigem Stand der Donnerstag dieser Woche als Ausschusstag nicht zur Verfügung stehen werde.

Offen sei immer noch die Frage ÖGB-Steuerakten. Er ersuche die Klubsekretäre, einen entsprechenden Präziserungsantrag zu formulieren, der heute noch abgestimmt werden könne.

Der Obmann gibt bekannt, dass die folgende Befragung von Staatsanwalt Mag. Krakow in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden werde – und leitet sodann zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung über.

8.24

*(Fortsetzung: 8.25 Uhr bis 9.47 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)*

10.03

Obmann Mag. Dr. Martin Graf leitet – um 10.03 Uhr – wieder zur **medienöffentlichen** Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Josef Taus** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Dr. Josef Taus** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Georg Prantl** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Dr. Josef Taus** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien:

Auskunftsperson Dr. Josef Taus (Management Trust Holding AG): Ich heiße Dr. Josef Taus, bin am 8. Februar 1933 geboren, von Beruf a) Pensionist und b) unternehmerisch tätig – im Wesentlichen in der MTH und der P & V, und dort im Wesentlichen in den Aufsichtsräten der Unternehmungen zum Teil als Präsident, zum Teil als einfaches Aufsichtsratsmitglied –, wohnhaft Wien 19.

Die Frage von **Obmann Mag. Dr. Martin Graf**, ob Herr Dr. Taus im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, **verneint** dieser.

Der Obmann weist die Auskunftsperson darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben und dies auch für solche Informationen gelte, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann ersucht nun auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personaldaten.

Vertrauensperson Dr. Georg Prantl: Mein Name: Dr. Georg Prantl; geboren am 13.12.1958; wohnhaft in 1010 Wien.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Prantl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, was **nicht** der Fall ist, und setzt mit der Belehrung der Vertrauensperson fort.

Der Obmann erinnert auch Herrn Dr. Prantl an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter – hinsichtlich des Inhaltes der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage auf die Belehrung der Auskunftsperson Bezug nehmend – und weist darauf hin, dass strafrechtliche Folgen zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben könnte.

Der Obmann weist Herrn Dr. Prantl weiters darauf hin, dass seine Aufgabe die **Beratung** der Auskunftsperson sei, er aber nicht das Recht habe, Erklärungen vor dem

Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, und dass er, wenn er sich nicht daran halte, als Vertrauensperson ausgeschlossen werde könne. Er könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei. Sollte Dr. Prantl der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe er die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, der dann, wenn er es für erforderlich halte, ihn, den Obmann, informieren werde.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Taus! Über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt bei Ihnen einer dieser Gründe vor? *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. – Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen oder sogleich in die Befragung einschreiten? *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Der Obmann erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Krainer das Wort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Taus, üben Sie derzeit noch politische Funktionen aus? Bekleiden Sie noch politische Ämter? *(Dr. Taus: Nein!)* – Wie sehen zurzeit Ihre Kontakte zu aktiven Politikern aus? Haben Sie mit aktiven PolitikerInnen – mit großem „I“ – regelmäßig Kontakt?

Dr. Josef Taus: Sie können sich vorstellen, dass ich so ziemlich aus allen Parteien, auch aus Ihrer und natürlich aus meiner, viele kenne, aber ich bin beruflich so beschäftigt, dass ich eigentlich wenig Kontakte habe. Ich sehe gelegentlich bei manchen gesellschaftlichen Anlässen Politiker, aber sonst gibt es keine Kontakte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche wirtschaftlichen Funktionen üben Sie derzeit aus?

Dr. Josef Taus: Ich bin vornehmlich in zwei Gruppen, zu deren Gründern ich gehört habe, als Aufsichtsrat tätig. Ich bin Aufsichtsratsmitglied der MTH, Aufsichtsratsvorsitzender der Handelsholding, Aufsichtsrat von Libro, ich bin Aufsichtsratsvorsitzender der P & V, Aufsichtsrat von Herold – vielleicht gibt es noch zwei, drei, die mir im Moment in der eigenen Gruppe nicht geläufig sind. Aber im Wesentlichen ist es das; es ist ja eine im Wesentlichen von einer kleinen Gruppe von Eigentümern dominierte Unternehmensgruppe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie auch Aufsichtsrat der MobilTel?

Dr. Josef Taus: Ich war Aufsichtsratsvorsitzender der MobilTel. Das war ja eine der Funktionen, derentwegen man mich gebeten hat, dort teilzunehmen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Von wann bis wann waren Sie dort Aufsichtsratsvorsitzender?

Dr. Josef Taus: Ich war vom Anfang bis zur Veräußerung Aufsichtsratsvorsitzender, das heißt, die gesamte Sanierungsperiode hindurch, und dann bin ich sofort ausgeschieden, als verkauft wurde. Es war meine Funktion, die verabredet war, beendet – als es an die Telekom verkauft wurde, natürlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Als Sie an die österreichische Telekom verkauft haben, dann sind Sie ausgeschieden? *(Dr. Taus: Ja, selbstverständlich!)* –

Könnten Sie uns aus Ihrer Sicht den An- und den späteren Verkauf der bulgarischen MobilTel schildern?

Dr. Josef Taus: Soweit ich hier nicht in Geschäftsgeheimnisse von Damen und Herren, die beteiligt waren, eingreife, mache ich das sehr gern. Jetzt muss ich das machen, was ich am Anfang nicht getan habe.

Die MTH und die P&V sind praktisch fast von Anfang an Kunden der BAWAG, auch anderer Banken, aber Kunden der BAWAG. Ich persönlich hatte zur BAWAG schon ein sehr gutes Verhältnis in meiner Bankzeit, ich bin ja einen großen Teil meines Berufslebens in der Bank gewesen, und da gab es zwischen der Girozentrale, deren Chef ich dann später geworden bin, und der BAWAG gute Kontakte. Das heißt, man hat uns, mich gekannt. Überdies ist es ja auch politisch, damals war Generaldirektor Flöttl. Ich kenne daher die BAWAG seit fast vierzig Jahren.

Als wir uns dann – eine Gruppe – selbständig gemacht haben, haben wir mit der BAWAG auch Kontakt aufgenommen und sind dort Kunde geworden. Das war ein viele Jahre dauerndes, sehr korrektes, ordentliches Verhältnis, das wir mit der BAWAG hatten, mit den jeweiligen Herren. Ich arbeite jetzt, oder wir – gar nicht ich, da sind ja viele Kollegen dabei –, seit fünfzehn Jahren oder noch länger mit jetzt schon dem vierten Generaldirektor, Herrn Professor Nowotny, der ja auch viele Jahre diesem Hause hier angehört hat, so wie ich, und wir hatten immer ein ordentliches, korrektes und gutes Verhältnis. Wir haben uns an alles gehalten, was von der BAWAG bei uns gewünscht wurde, und die BAWAG hat das, was sie zugesagt hat, auch gehalten. Daher kann ich über die BAWAG und ihre wechselnden Führungen kein schlechtes Wort sagen. Das wäre eine Lüge, auch wenn die jetzt alle fertig gemacht werden. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Ich bin dann irgendwann, 2002 oder wann das gewesen ist – ich weiß es nicht mehr genau, lässt sich aber aus den Unterlagen eruieren –, vom Vorstand der BAWAG angesprochen worden, dass ein Mag. Schlaff, den ich bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht gekannt habe, den Ankauf einer bulgarischen Telefonfirma plane, und man fragte mich, ob ich dort mitmachen könne. Es war keine Rede davon, dass ich da finanziere oder sonst etwas – ist auch nie geschehen –, sondern man hat gefragt, was ich machen könne. Da war dann das erste Mal die Frage bezüglich des Aufsichtsrats; das war ja nicht leicht, es war ein fremdsprachiger Aufsichtsrat. Dann ging es um etliche andere Probleme, die ich gerne bereit bin, hier zu schildern.

Ich habe nach längerem Überlegen, nachdem ich auch den Vorstand der BAWAG gefragt habe, ob alles in Ordnung ist – ich war ja als Vorstand einer anderen großen Bank oft in der ähnlichen Lage, und das war immer so, dass, wenn unser Vorstand in der Giro einer Kundschaft gesagt hat: Sie, da können Sie mitmachen, das ist wasserdicht!, dann war das genauso bei der BAWAG; ich habe gefragt und die Auskunft bekommen: Es ist alles wasserdicht! –, okay gesagt, und Herr Mag. Schlaff und ich sind dann bekannt gemacht worden. Dazu wurde mir noch gesagt: Also nur damit das auch alles klar ist, der Aufsichtsrat der BAWAG hat diesen Deal genehmigt.

Okay, damit war die Sache für mich erledigt. Ich habe mich mit Mag. Schlaff getroffen. Das muss man auch wieder offen sagen – ich habe ihn unterdessen kennengelernt –: Dieses Geschäft des Ankaufs dieser bulgarischen Firma – die, ich kenne den Mann nicht, offenbar einem aus der Gruppe der russischen Oligarchen größerer, mittlerer Gruppe gehörte, weiß ich nicht – hätte meines Erachtens, und ich kenne in Österreich, glaube ich, doch relativ viele Menschen, die in der Wirtschaft tätig sind, außer Herrn Mag. Schlaff niemand fertig gebracht. Ich wundere mich immer ein bisschen, wenn im Augenblick die gigantischen Geschäfte der Oligarchen in den österreichischen

Zeitungen bejubelt werden, warum da auf einmal ein Theater gemacht wird. Vielleicht war der Herr nicht so ein großer Oligarch, aber er hat immerhin die bulgarische Firma gehabt.

Es kam dann zur Übernahme dieser Firma. Dann stand wieder in den Zeitungen drin, dass das ein ungeheures Risiko für die BAWAG war. Also ich hoffe jedenfalls, und ich glaube es, dass ich das Bankgeschäft von der Pike auf gelernt habe, und auch noch, wenn ich schon jahrelang weg bin, Risiken beurteilen kann. Das ist das Einzige, wofür es eine Bank gibt. Eine Bank ist ein Unternehmen, das mit Risiken handelt, sonst braucht man sie nicht, ökonomisch gesehen, wirtschaftspolitisch gesehen. Ich habe mir alle Unterlagen angesehen, und da wurde – jetzt legen Sie mich bei den Zahlen nicht genau fest – um knapp 700 Millionen Dollar oder so diese Firma gekauft. Das ist ein großer Betrag gewesen, und die BAWAG hat hier finanziert. Ich war darin überhaupt nicht involviert. Wenn eine große Bank dabei ist und ich derjenige bin, der andere Funktionen hat – ich werde darauf zu sprechen kommen –, was soll ich mich einmischen? Das ist eine große Bank, die machen das schon.

Die BAWAG hat also dieser Holding, die gegründet wurde, das war die MobilTel Holding GmbH – das war eine winzige Holding, die 90 000 € oder 100 000 € Stammkapital hat, also ganz klein –, einen Kredit gegeben. Für diesen Kredit, der nicht ganz 700 Millionen Dollar betrug, hat Sie, glaube ich, ein Bar-Depot von über 500 Millionen Dollar bekommen. Sie hat zweitens, so viel man mir gesagt hat, den Rest finanziert, das waren 150 oder 160 Millionen, das war quasi ihr Risiko, und dafür hat sie sämtliche Aktien der bulgarischen MobilTel verpfändet gehabt. Nach meiner Erfahrung als Bankmensch gibt es nicht viele Geschäfte, die so abgesichert waren. – Das ist der erste Punkt.

Was die BAWAG bekommen hat, was vereinbart war, weiß ich nicht, hat mich auch überhaupt nicht interessiert. Ich wurde dann gebeten, mich an dieser MobilTel Holding zu beteiligen – weil ich jetzt darauf zu sprechen komme, was man von mir erwartet hat. Das habe ich getan, und es war in der ersten Phase auch die MTH dabei. Wir haben 7,5 Prozent gehabt, wir haben diese, ich glaube, 7 500 €, oder wie viel es auch waren, bezahlt und waren dann dort drin. Wobei ich jetzt die entscheidende Sache sage – und damit sind alle Kombinationen weg –: Ich weiß, was ich damit tue, aber ich fühle mich berechtigt, es zu tun, und ich verrate, ich habe mich vorher erkundigt, auch kein Geschäftsgeheimnis: Diese MobilTel Holding war der Treuhänder für die MS-Stiftung. Ich kann nicht ein Riesengeschäft mit einer Holding, die 100 000 € Kapital hat, machen. Das hätte jeder, der sich ein bisschen im Wirtschaftsleben auskennt, gewusst, dass das so nicht geht. Das war es.

Das heißt also, die MS-Stiftung war also der Treugeber für diese Holding. Damit ist die Sache völlig klar, wie das gelaufen ist.

Und was sollte ich dann tun? – Wir haben, glaube ich, eine sehr ordentliche technische Kompetenz. Man musste ja, wenn man solch eine Firma übernimmt, noch dazu in einem der Wendestaaten, wo ja, sagen wir, unternehmerische Überlegungen unter anderen Gesichtspunkten vor der Wende gefasst wurden, das prüfen: Wie schaut denn das aus?

Man musste also das, was auf „Neuhochdeutsch“ „Due Diligence“ heißt, machen. Und dazu gibt es eine technische Due Diligence. Diese technische Due Diligence sollte ich übernehmen, nachdem wir bei uns im Aufsichtsrat, sagen wir, angesammelte technische Prominenz haben. Und eines der Mitglieder des Aufsichtsrates der MTH – ich sage auch seinen Namen, es ist Professor Bresseur von der Technischen Universität Graz – hat es übernommen, Paschke-Schüler, ein Team zusammenzustellen, das ein technisches Gutachten über den Zustand und über die

notwendigen Investitionen bei der MobilTel erstatten sollte. Das taten die Herren. Danach wurde auch vorgegangen.

Die betriebswirtschaftliche Seite ist von der Seite Schlaff gemacht worden. Ich war, wie gesagt, der Aufsichtsratsvorsitzende. Das war eine Funktion, die war schon sehr wesentlich, dafür ist ... – Wir haben bei uns in der MTH so eine eigene technische Consulting-Firma, die betreut wird von Professor Brasseur, ohne dass er dort eine Funktion hat. Aufsichtsratsvorsitzender der MTH. Brasseur ist auch ein Paschke-Schüler – ist nach wie vor der Universitätsprofessor Emeritus Fritz Paschke, der bei uns sitzt. Wir haben noch einen Dritten drinnen, der der einzige österreichische Stanford-Professor ist, Fritz Prinz – wir alle sind alte Freunde –, der da dient als Mechanical Engineering an der Stanford University, ist also ein ganz prominenter Mann. So.

Mit denen arbeiten wir, und daher haben die das gewusst. Die BAWAG wusste das alles und hat daher gesagt, na ja, wir könnten vielleicht dort etwas tun. Das ist geschehen.

Kommerziell haben wir gar nichts gemacht und finanziell auch nicht. An der Finanzierung haben wir überhaupt nicht teilgenommen, das geht ja über unsere Dimensionen hinaus, wenn da 700 oder wie viele Millionen Dollar das gewesen sind, bezahlt wird. Wir sind für österreichische Verhältnisse schon eine recht schöne Unternehmensgruppe, aber das darüber geht hinaus. Das ist lächerlich, da kann man nicht daran teilnehmen.

Zweite Geschichte war dann, dass Verhandlungen in Bulgarien notwendig waren; das ist ja immer so. Es ging darum, dass man bestimmte Frequenzfragen bereinigt – das alte Problem, das alle Telekom-Firmen haben. Es ging darum, dass man UMTS-Lizenzen bekommt. Das ist alles sehr zufriedenstellend gegangen.

Der Aufsichtsrat hat seine Überwachungsfunktion beim Sanierungsprozess gehabt. Es ist ein neuer Vorstand bestellt worden, und die Firma hat sich eigentlich sehr gut entwickelt. Das war die Situation, und das waren meine Funktionen, die ich dort hatte; ich konnte auch gar nicht mehr übernehmen. Das war die Lage.

Wollen Sie noch weitere Auskünfte haben? Ich bin gerne bereit, aber ich möchte ja hier kein Solo singen. Das bringt ja nichts, Herr Abgeordneter. Fragen Sie mich weiter, damit ich sehe, wohin Sie wollen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ein paar Zwischenfragen habe ich noch. Das Erste ist, Sie haben gesagt, der Vorstand der BAWAG ...

Dr. Josef Taus: Entschuldigen Sie, Sie haben mich vorher gemahnt, dass Sie mich nicht verstanden haben – oder ich weiß nicht, wer es war –, jetzt verstehe ich Sie nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gesagt, der Vorstand der BAWAG ist auf Sie zugekommen. (*Dr. Taus: Ja!*) – Welche Personen waren das?

Dr. Josef Taus: Ich glaube, das war natürlich der damalige Generaldirektor, Herr Elsner. Ich glaube, es war auch Herr Zwettler dabei. Das ist so ein Gespräch, da kann ich im Detail gar nicht mehr sagen. Aber sicher war natürlich Herr Elsner dabei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie wurden bekannt gemacht mit Herrn Schlaff. – Wer hat Sie bekannt gemacht?

Dr. Josef Taus: Mein Gott, wir haben uns getroffen. Ich glaube sogar, in der BAWAG war das. Da hat man gesagt: Das ist Herr Schlaff! Das ist Herr Taus! – Ich habe ihn nicht gekannt. Und Pakenome (*phonetisch!*), der Name ist gelegentlich genannt

worden, aber ich habe ihn persönlich nicht gekannt. Ich habe bis zu diesem Zeitpunkt mit ihm kein Wort gewechselt gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann war das?

Dr. Josef Taus: Mein Gott, wann war das? – 2002, nehme ich an, oder 2001? Wann war das?

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Ich werde gerade belehrt, ich habe da nicht so viel gelesen: Ende 2001.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. Können Sie den Zwischenschritt im Sommer 2004 erklären? Warum ist die MobilTel nicht direkt an die Telekom Austria verkauft worden bereits zu diesem Zeitpunkt?

Dr. Josef Taus: Die hat gar nicht gewusst, dass es so etwas gibt.

Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dieses Geschäft hätte nach meinem heutigen Wissen damals außer Mag. Schläff niemand fertig gebracht. Er konnte es!

Warum, das ist eine zweite Frage, aber er konnte es. Ich habe eine Ahnung, wie so etwas geht, und ich habe viele Dinge in meinem Leben selbst gemacht für die Bank und so was, das ist eben so. Es gibt eben Leute, die sind talentierter, und andere, die sind weniger talentiert – hat der Liebe Gott so verteilt, ich kann nichts dafür.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigen Sie, meine Frage war nicht 2002, sondern im Sommer 2004.

Dr. Josef Taus: Nach dem, was ich weiß, kann ich Ihnen nur eines sagen: Im Sommer 2004 – sag mir *(zur Vertrauensperson gewandt)*, wenn ich etwas Falsches sage; er wird mich unterbrechen, er hat es ja studiert im Gegensatz zu mir.

Das heißt, die Frage war so, dass man das schon verkauft hätte, aber die Ankaufsbereitschaft war nicht da. Und jetzt muss ich, wenn Sie wollen, ein Intermezzo machen, um das verständlich zu machen.

Ich hatte als Zusatzfunktion noch übernommen – weil ich schon so alt bin, Sie haben ja mein Geburtsdatum gehört, kenne ich sehr viele Leute. Ich habe auch Leute gekannt, die ... *(Abg. Mag. Kogler: Es gibt auch Alte, die nicht so viele Leute kennen wie Sie!)* – Ja, aber es gibt auch Alte, die so viele kennen, ich gehöre vielleicht zu der Gruppe. *(Heiterkeit.)* That's it, so what, sagen die Engländer dazu. *(Abg. Mag. Kogler: Aber nur der Umstand des Alters ist das nicht!)* – Aber ich bin schon so lange im Beruf, ich glaube, ich habe jetzt 56 oder 57 Berufsjahre, ist ja nicht so wenig, aber solange es mir eine Hetz macht und sie mich nicht hinaushauen und sagen: Jetzt bist du zu senill!, so lange tue ich halt weiter.

Da gab es eine Zwischenstufe, und zwar wurden im Aufsichtsrat zwei Varianten diskutiert, a) der Verkauf, b) die Firma wird von dieser Investorengruppe – darauf komme ich ja noch zurück, und Sie werden mich auch sicher fragen –, zu der ich ja nicht gehört habe – ich habe ja eine andere Funktion gehabt ...

Da war die Meinung, man könne die Firma, die sich so gut entwickelt, eigentlich behalten. Und dann gab es die Zweite ... Mit vielleicht einigen Aktionären dazu, die sind dann dazugekommen, ich sage auch gleich, wer es war, soweit ich das kann und kein Geschäftsgeheimnis damit verrate; große Banken kann man immer nennen, aber anderes ist ein bisschen schwieriger. Dann gab es die Variante 2: Wir verkaufen. Da war natürlich die erste Idee, wir verkaufen international. Dann kam man zu mir und fragte: Sie kennen ja die, die, die, soviel wir wissen, können Sie mit denen reden? Das tat ich.

Ich habe aber gleich am Anfang der Diskussion gesagt: Ich persönlich, ich kann euch ja nichts sagen, ich habe nichts finanziert, es ist euer Geschäft, es ist euer Geld, ich kann euch meine Meinung sagen: Ich würde es sehr gerne an die Telekom verkaufen. Da hat es dann eine Diskussion gegeben – das ist dann belanglos. Es wurde gefragt: Na ja, wieso? Wie wird das? – Das Übliche halt. Und dann kam es zu der Entscheidung, die zu treffen ich sie gebeten hatte. Da mussten ja die Financiers – wer zahlt, schafft an! – mitreden.

Ich habe gesagt: Nehmen wir doch einmal Herrn Sundt in den Aufsichtsrat. Das war mein Vorschlag, und das wurde auch gemacht. Jetzt weiß ich nicht genau, wann ist Sundt gekommen? – 2003. Dann saß Herr Sundt im Aufsichtsrat, und mein Hintergedanke war, dass sie sich an den österreichischen Chef – er war ja damals Chef von dem Laden – gewöhnen sollten. Herr Sundt hat sich da auch sehr ordentlich geschlagen. Ich habe mich halt bemüht, das zu machen. Ich mache kein Hehl daraus: Nicht jeder ist mit meiner eigentumspolitischen Linie einverstanden, weder alle in meiner eigenen Partei noch in den anderen Parteien. Ich habe vielfach eine andere Vorstellung gehabt, wie sich Europa entwickelt, obwohl ich immer einer der Verfechter der europäischen Integration gewesen bin. Das Eigentum wird eine sehr große Rolle spielen, und die kleinen Industriestaaten müssen schauen, dass sie ihr industrielles und wirtschaftliches Eigentum zusammenhalten.

Das heißt, ich war ein Gegner davon, dass man verkauft, und ich habe deshalb auch Herrn Sundt vorgeschlagen, weil die ja schon verhandelt haben. Das stand ja in allen Zeitungen zu lesen, die haben mit den Schweizern über einen Verkauf verhandelt. Die Schweizer hätten die österreichische Telekom, glaube ich, aus der Portokassa bezahlt; das ist eine sehr gut dastehende Firma. Man hat, glaube ich, auch mit den Deutschen verhandelt. Die hätten sie nach meinen Informationen auch genommen. Es hätten sie auch andere genommen. – Ich habe mich bemüht, obwohl ich mit ausländischen Firmen verhandelt habe, das war mein Auftrag, sie in Österreich zu halten, soweit es in meinen Kräften stand.

Jetzt weiß ich nicht, wann war das? 2004 ist diese Gesellschaft dann an eine neu gegründete Holding um 1,2 Milliarden verkauft worden. Damit war diese ursprüngliche Eigentümergeschichte weg. Diese Mobiltel Holding ist eine andere Holding geworden, bei der ich dann wieder – ich glaube mit 7,5 oder ...; das ist ganz wurscht – aus verhandlungstechnischen Gründen dabei war. Aber – und jetzt kommt etwas für den Ausschuss –: Da wurden bezahlt ... – Ich glaube, 1,2 oder so etwas hat diese Gruppe bezahlt. Da waren schon Weltbanken dabei wie die Citibank und die ABN AMRO. Also Achtung, wenn man da irgendetwas sagt.

Dann ist, wenn ich das richtig im Kopf habe, die daran beteiligte BAWAG ausgeschieden. Sie war ab dem Zeitpunkt nicht mehr im Deal. Sie ist sicher – aus diesen 1,... – ausbezahlt worden und war nicht mehr dabei. – Das heißt, ich müsste jetzt eigentlich stoppen, denn in Ihrem Auftrag, den ich mir durchgelesen habe, steht drin, es geht da um die BAWAG. Die war da nicht mehr da. Sie war ab 2004 nicht mehr im Spiel. Das ist mit denen dann abgerechnet worden, und da hat die BAWAG sicher ihren Teil bekommen. Das habe ich überhaupt nicht gewusst; das ging mich auch nichts an, war ja nicht meine Funktion. Das ist, glaube ich, sicherlich zwischen der Stiftung und der Bank ausgemacht worden. Ich hoffe für die Bank, dass sie viel verdient hat. Das ist das, was man sagen kann. Es sind ja die 1,2 hineingegangen; da war ja schon ein sehr großer Betrag, der da verteilt wurde.

Dann gingen die Verhandlungen mit der Telekom wirklich los. Darüber habe ich mich gefreut. Ich habe an den Verhandlungen mit der Telekom kein einziges Mal teilgenommen – aus einem einfachen Grund: weil ich viele Jahre im Aufsichtsrat der Post gesessen bin. Und daher ging ich nicht einmal hin. Das mache ich nicht, das ist

nicht meine Art, und das ist auch nicht üblich. Daher haben das andere Leute geführt. Nach eineinhalb Jahren ungefähr, ab dem Zeitpunkt, ist dann um 1,6, glaube ich, verkauft worden. Das war ein für die österreichische Telekom exzellenter Deal. Ich bin nicht der, der dort groß verdient hat – ich rede da schon drüber; es ist nicht so, dass ich mich da verschweige –, sondern verdienen tun immer die, die finanzieren. Da waren schon die großen Banken dabei, es waren auch einige große internationale Private-Equity-Fonds dabei, und die haben sicher ordentlich verdient.

Für die war es günstig, denn unterdessen ist es gelungen, diese Bulgaren wirklich ordentlich herzurichten. Dieser internationale Vorstand hat glänzend gearbeitet. Ich konnte das auch sehen, ich war ja quasi das Überwachungsorgan. Da hat man mir auch vertraut, dass ich verstehe, wie das läuft und wie das geht. Und da war das eigentlich günstig.

Wenn Sie sich jetzt nur die letzten Deals anschauen: Die österreichische One – ich möchte zu ihrer Situation kein Wort sagen, weiß ich nicht – ist im Moment um 1,4 Milliarden € laut Zeitungsberichten – aber nach dem, was ich so manchmal in den Zeitungen lese, sage ich: Es stand in der Zeitung; mehr wage ich da nicht zu sagen ... – Also die lässt sich, was ich aus meinen Wahrnehmungen sagen kann, mit der MobilTel nicht vergleichen. Aus – mehr sage ich nicht dazu; will ich auch gar nicht, ist nicht notwendig! Daher war das etwas.

Und wenn Sie heute – das habe ich getan – die Bilanzen der österreichischen MobilTel anschauen: Es würde sie nicht mehr geben in dem Zustand, wenn sie nicht die Bulgaren gekauft hätten. Noch immer hat die österreichische MobilTel in Bulgarien, das unterdessen weniger Einwohner hat als Österreich – da gehen ja viele Leute weg –, um eine Million mehr Kunden als die österreichische MobilTel, also als die österreichische Telekom, entschuldigen Sie. Das ist ein Asset, das die haben, und das hält sie! Jetzt auf einmal sind sie etwas, jetzt können sie mitspielen. Jetzt haben sie 10 Millionen oder wie viel auch immer, noch immer ein Kleiner in diesem Geschäft, aber sie sind schon jemand. – Das ist das, was ich wollte, darauf bin ich stolz. Wenn die anderen nein gesagt hätten, hätte ich mich auf den Kopf stellen können, es wäre nicht gelungen. Sie haben aber nicht nein gesagt, und es ist gegangen. Jetzt sage ich noch, ich schließe nicht aus – ich habe es nicht verhandelt –, dass man, wenn man es anderweitig verkauft hätte, mehr Erlös hätte.

Ich verstehe die Diskussion nicht. Was ist denn da schon drinnen gewesen? Es wurde während der Zeit, als ich Aufsichtsrat war, nichts ausgeschüttet. Das heißt, die ordentlichen Gewinne sind drinnen geblieben. Das waren – ich weiß es nicht auswendig – allein schon 150 Millionen oder wie viel auch immer. Es ist die UMTS-Lizenz da gewesen – die haben sie vorher nicht gehabt. Es waren alle Frequenzlizenzen in Ordnung. Es hat ein neues Betriebsgebäude mit einem großen Callcenter gegeben. Das ist alles in diesen zwei Jahren gemacht worden. Das allein ist in meinen Augen schon wesentlich mehr wert, aber ich habe es nicht verhandelt. Alle Beteiligten waren zufrieden, und damit war die Geschichte für mich erledigt. Mein kleiner Stolz war, dass es doch gelungen ist, die Leute zu überzeugen, dass man es in Österreich probieren sollte. Das waren ja ausländische Banken, das ist nicht so leicht. – Das war soweit die Geschichte, das war der MobilTel-Deal.

Ich habe Ihnen jetzt Dinge gesagt, die sich nach der Zeit der BAWAG ereignet haben. Das hat mit dem Mandat Ihres Ausschusses hier, das ich mir – ich hoffe jedenfalls – genau durchgelesen habe und das ich auch verstanden habe, nichts mehr zu tun gehabt. Die BAWAG war draußen ab 2004. – That's it, Herr Kollege! Zufrieden?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, 2004 wurde bereits ein großer Betrag verteilt.

Dr. Josef Taus: Die 1,2 Milliarden, natürlich; für die Ausscheidenden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie sind die verteilt worden?

Dr. Josef Taus: Das weiß ich nicht, das war nicht meine Aufgabe. Ich habe – das sage ich Ihnen auch, ich mache kein Geheimnis daraus; es ist ein Geschäftsgeheimnis, ich müsste es Ihnen nicht sagen, aber damit endlich ... – Ich muss ja Angst haben, dass in den Zeitungen drinsteht, dass ich da Hunderte Millionen abkassiert habe, und dass man deshalb meine Enkel entführt. Also was soll das? (*Zwischenruf.*) – Das ist gar keine Frage, die Welt ist so. Ich werde mich schon wehren. Bei mir ist das ohnehin wurscht, aber was wahr ist, ist wahr. Wenn ich 100, 200 Millionen verdient hätte, würde ich sagen: Okay, ich habe sie verdient!, dann würde das auch die Finanz wissen. Die Finanz weiß auch, was ich verdient habe.

Ich sage daher: Man hat es mir angetragen, und ich habe das so akzeptiert. Sie haben gesagt: Passen Sie auf! Für die Tätigkeit, die Sie da für uns gemacht haben, geben wir Ihnen – ich weiß es nicht genau – das Ergebnis von deutlich weniger als 1 Prozent der Aktien, die bis zu diesem 1 200-er Deal gewesen ist. Das war für einen, der, so wie ich, dort gearbeitet hat, völlig in Ordnung. Ich war völlig zufrieden, das war ein ordentlicher Betrag, ein sehr schöner Betrag, liegt bei der Steuererklärung dieses Jahres. Nachdem ich über ein Jahr gehabt habe und unter 1 Prozent war, ist das ja nicht zu versteuern – daher war es noch einmal gut! Dabei war noch ein erheblicher Währungsgewinn, weil damals die Währungen in eine andere Richtung gelaufen sind. – Das ist es, aber es war gut.

Wenn die eine Investmentbank für dieses Geschäft genommen hätten, was man gekonnt hätte, für das, was ich getan habe, die hätte ein Vielfaches verlangt. Ich war für die billig, aber ich habe es gern gemacht, weil ich mit der BAWAG seit vielen Jahren bis zum heutigen Tag gut arbeite. So einfach ist das.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Sie wissen nur, dass ein großer Betrag verteilt wurde (*Dr. Taus: Na sicher, ja!*), aber nicht genau, wie er verteilt wurde. (*Dr. Taus: Nein, überhaupt nicht! Null!*) Sie wissen nur, wie Ihr Anteil vom Kuchen war.

Dr. Josef Taus: Das weiß ich. Der wurde mit der Abrechnung übergeben, der liegt bei meiner Steuererklärung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und der ist 1 Prozent gewesen in etwa?

Dr. Josef Taus: Weniger, weniger, deutlich weniger!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, wie hoch der war?

Dr. Josef Taus: Natürlich weiß ich es. Ich habe es vergessen gehabt, aber ich habe mir den Beleg ausheben lassen, der Abrechnung, die ich natürlich zugeschickt gekriegt habe. Von meinem Steuerberater habe ich ihn mir schicken lassen. Ich habe ihn sogar mit, ich sage es Ihnen so.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wollen Sie Ihr Wissen mit uns teilen?

Dr. Josef Taus: Nein. Und zwar nicht deshalb ... – Das ist nicht notwendig. Jetzt habe ich Ihnen eh schon viel mehr gesagt, als beim Ausschuss da ist. Das Einzige, dass ich mich erklären könnte, ist, wenn ein Fachmann, der zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, dass einmal endlich das Milliardengeschäft weg ist, dem zeige ich es. Niemandem vom Ausschuss! Das ist kein Misstrauen. Aber Sie sind Politiker, ich war das auch lange genug. Nicht dass ich ein Misstrauen gegen Sie habe oder was, aber Sie haben einen anderen Job. Ich weiß nicht, ob sich der Herr Verfahrensanwalt dazu bereit erklärt, dass ich ihm da jetzt das zeige und das gleich wieder weggebe, es ist ganz offiziell von einer Abrechnung, wie man eine Abrechnung macht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und der Verfahrensanwalt soll es uns dann sagen oder wie?

Dr. Josef Taus: Nein, der soll es bei sich behalten! Es kann ein Experte kriegen, der zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Es ist gar nicht viel, es ist ein niedriger einstelliger Euro-Betrag, Millionen-Betrag natürlich, über eine Million klarerweise, das ist es, aber doch nicht die hundert Millionen! Sie müssen doch auch sehen, wer dort mitging bei der Finanzierung. Ich glaube, die Kleinsten, die dort mitgingen – ich weiß es nicht mehr, aber völlig wurscht – waren doch über 100 Millionen €.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Taus, wir wollen Ihre Zeit nicht überbeanspruchen. Wir können uns vielleicht darauf verständigen, dass wir Fragen stellen und Sie sich möglichst darauf konzentrieren, die Frage zu beantworten. (*Dr. Taus: Das habe ich gemacht!*) Das geht ja ganz einfach: Wollen Sie das Wissen mit uns teilen? Nein. Aber ich sage Ihnen, es ist ein niedriger 1-Millionen-Euro-Betrag. Punkt. Das ist genug Antwort, für mich zumindest.

Und Enkelkinder oder so etwas interessieren mich persönlich hier wenig – oder die Vorsorge, die Sie für Ihre Enkelkinder haben.

Eine Frage: Bei dem Zwischenschritt im Sommer 2004, wurde da ein internationaler Prospekt oder dergleichen aufgelegt?

Dr. Josef Taus: War ich nicht dabei, weiß ich nicht. Ich war noch Aufsichtsratsvorsitzender, da habe ich mich nicht eingemischt, ich habe dort keine Rolle gespielt, absichtlich nicht, war nicht vereinbart. Ich habe das gemacht, was ich ausgemacht habe, das kostet ja viel Zeit. Ich war zwei, drei Mal bei Besprechungen mit den Banken in meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender dabei und habe denen erklärt, was es dort gibt und was geht, aber ich war nicht dabei. Ich habe auch nicht verhandelt über die Preise, kein einziges Mal. Das war so ein Team, das da verhandelt hat. Da waren Pariser Anwälte und was weiß ich wer aller dabei war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt das, dass Sie am 19. Mai 2002, also ein halbes Jahr nachdem Sie den Herrn Schlaß kennen gelernt haben, mit ihm in Israel waren?

Dr. Josef Taus: Ich fahre viel, ich fahre nach Israel, ich fahre überall hin.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war eine konkrete Frage.

Dr. Josef Taus: Ja, das ist eine Frage, die ich vom Geschäftsgeheimnis gedeckt sehe, das hat mit dem Deal hier überhaupt nichts zu tun, überhaupt nichts. Sage ich Ihnen nichts dazu.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ich halte diese an sich möglicherweise zielführende Befragungstechnik vom Herrn Krainer durchaus für angemessen, aber die Frage nach einer Reise, wenn ich es richtig verstanden habe, des Mag. Schlaß zusammen mit dem Dr. Taus nach Israel an einem bestimmten Datum hier unter dem Hinweis des Geschäftsgeheimnisses nicht offenbart werden soll, das geht eindeutig zu weit. Da führt sich der Ausschuss ad absurdum, und ich bestehe darauf, dass diese Frage beantwortet wird. (*Abg. Amon: Nicht der Ausschuss! Du redest für dich – und wir reden für uns, damit das klar ist! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Und das Verfahren führt der Herr Vorsitzende, und ich bitte ihn, dazu Stellung zu nehmen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich stelle fest, dass Herr Mag. Kogler, was ich unlängst schon kritisiert habe, so tut, als wäre er das Parlament, als wäre er der Ausschuss. Es mag seine persönliche Meinung sein, die ÖVP-Fraktion ist anderer Meinung. Es ist völlig **irrelevant**, hier zu fragen, ob

der Dr. Taus am Soundsovielten mit dem Dr. Schlaff irgendwo in Israel war. Das ist ja absurd bitte!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nachdem ich diese Frage gestellt habe, glaube ich, bin ich auch durchaus im Stande, einen Konnex zum Prüfauftrag herzustellen. Es ist ja so, dass wir ...

Dr. Josef Taus: Entschuldigung, ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist sehr leicht für mich, einen Konnex zum Prüfauftrag des Plenums hier herzustellen zu meiner Frage. Es ist ja nicht so, dass der Ausschuss hier, wie Sie das geschildert haben, sich nur mit der BAWAG beschäftigen würde. Wir haben hier 18 Prüfaufträge, einer oder zwei davon beschäftigen sich auch mit der BAWAG, aber es gibt auch eine Reihe von ganz konkreten Prüfaufträgen zum MobilTel-Deal und zur MobilTel und nicht nur, solange die BAWAG beteiligt war, sondern bis zum Verkauf und auch noch nach dem Verkauf an die Mobilkom beziehungsweise Telekom Austria. Es wird hier auch untersucht Casino Jericho et cetera, und das sind natürlich Fragen, die in engem Zusammenhang stehen.

Dr. Josef Taus: Herr Abgeordneter, ich beantworte Ihre Frage. Ich überlege einmal und sage: Diese Reise hat mit den Punkten, die in Ihrem Antrag drinnen stehen, nichts zu tun gehabt, überhaupt nichts! Aus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Informationen, die dem Ausschuss hier vorliegen, sind, dass Sie am 19. Mai mit Mag. Schlaff einen Termin hatten bei Sharon, beim damaligen Ministerpräsidenten Sharon, wo es um mehrere Fragen ging, unter anderem Casino Jericho, das hier ein Prüfauftrag an uns ist, aber nicht nur, nicht ausschließlich. Wie wir den Unterlagen, die dem Ausschuss vorliegen, entnehmen, ging es auch um die Frage der Normalisierung der Beziehungen zwischen Österreich und Israel. Sie haben zu dieser Frage auch öffentlich Stellung genommen – und auch zu diesem Termin.

Dr. Josef Taus: Darf ich Sie fragen, Herr Kollege, wo ich da Stellung genommen habe? Sagen Sie es mir, ich weiß es nicht!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe zum Beispiel einen Artikel einer israelischen Zeitung, die in Tel Aviv erscheint, wo Sie zitiert werden: Schlaff habe sich um die Sache sehr verdient gemacht. Das steht unter Anführungszeichen, also wird es sich hierbei um ein Zitat handeln, muss ich annehmen. Und zwar handelt es sich hierbei um, wenn ich das richtig sehe, die Zeitung Haifa-Irbid.

Dr. Josef Taus: Ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendein Gespräch mit einem Journalisten ... – Aber, Herr Kollege, wenn Sie nett sind, zeigen Sie mir die Zeitung. Ich weiß es nicht, ich habe keine Ahnung, ich kann nur sagen, es hat mit österreichischen Banken überhaupt nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dieser Ausschuss beschäftigt sich nicht ausschließlich mit österreichischen Banken. (*Dr. Taus: O ja!*) – Nein!

Dr. Josef Taus: Steht da drin – ich habe mir das genau durchgelesen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir beschäftigen uns hier nicht nur mit österreichischen Banken, die AMIS ist zum Beispiel keine österreichische Bank. Wir beschäftigen uns hier mit ... (*Dr. Taus: Wer ist keine österreichische Bank? Ich habe es nicht verstanden!*) – Die AMIS-Gruppe war nie eine österreichische Bank.

Dr. Josef Taus: Ja, das ist eine Finanzgesellschaft.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wenn sie eine war, dann hat sie konzessionswidrig gehandelt, was auch Gegenstand hier ist. Aber wir beschäftigen uns auch mit der Firma Atomic for Sport, die auch keine Bank war.

Dr. Josef Taus: Aber im Zusammenhang mit einer Bank!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, es steht wahrscheinlich jede Firma in Österreich in Zusammenhang mit einer Bank, weil sie wohl eine Bankverbindung haben wird. Und deswegen hat jede Firma einen Zusammenhang mit einer Bank.

Aber die Sache ist, dass wir hier als Ausschuss einen Auftrag bekommen haben, der ausdrücklich auch Casino Jericho zum Beispiel beinhaltet, und nach den Informationen, die uns vorliegen, geht es auch darum. Das, was ich Ihnen hier vorlegen kann, wenn Sie das wollen, ist ein Bericht der APA über diesen Artikel in der Wochenzeitung „Hair“, „die Stadt“ heißt das, erschienen in Tel Aviv, wo darüber berichtet wird.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, ich glaube, wir können die Angelegenheit insofern entschärfen, als man ganz einfach die Passagen aus dem Pressebericht vorhält und fragt, ob das stimmt oder nicht. Das ist einmal das erste Herantasten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne) *(zur Geschäftsbehandlung):* Es wird hier immer releviert, dass das nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hätte. Es gibt hier ausdrücklich im Punkt 5 einen Komplex Taus, Schlaff, Elsner und einen Punkt 7 mit Jericho; das ist erwähnt worden. Beim Komplex Schlaff geht es um die MS-Privatstiftung und alle Stiftungen, die dem Mag. Schlaff zuzuordnen sind. Es ist aus der Aktenlage eindeutig hervorgehend, dass die Galonia Etablissement dem Mag. Schlaff zuzurechnen ist, dass von dieser Galonia Etablissement mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit völlig illegal und in mehrfacher Hinsicht Vorwürfe von Geldwäsche, von illegalen Parteienspenden und so weiter der Wahlkampf in Israel beeinflusst worden ist, dafür, dass diese Casinos errichtet worden sind. Dieses hätte Mag. Schlaff genutzt.

Jetzt ist Dr. Taus offensichtlich befragt worden, wie das sich im Zusammenhang verhält. Wir fügen weiters hinzu, dass wir aus der Befragung des Staatsanwaltes Krakow wissen, dass die Galonia Etablissement ständig im Zusammenhang mit dem BAWAG-Skandal Zahlungen entgegengenommen hat und sie dann wieder abgeschichtet hat. Und wenn das nicht alles mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, dann können wir dieses Haus zusperren.

Dr. Josef Taus: Ja, aber was habe ich damit zu tun? Entschuldigen Sie!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Weil der Verdacht im Raum steht, dass sie abgeschichtet wurden in Richtung der Familie Sharon. Deswegen!

Dr. Josef Taus: Keine Rede! Es war nicht ein Satz dabei, der irgendein ökonomisches Problem berührt hätte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es geht hier natürlich auch um die Verbindung von Schlaff zu Sharon, weil das natürlich auch aufgrund der Aktenlage wesentlich ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Selbstverständlich möchte ich an die Adresse der Auskunftsperson richten, wenn es da heißt, dass es Aufklärung über die Wahrnehmungen und allfällige Maßnahmen der Banken und Finanzmarktaufsicht hinsichtlich der Vorgänge rund um den Kauf der bulgarischen Firma MobilTel und so

weiter, dann die Namen noch explizit genannt werden, und auch aufgrund der bisherigen präjudiziellen Befragungspraxis und Antwortpraxis dieses Ausschusses, aber auch der Ausschüsse davor – Beispiele wurden ja schon genannt –, darf ich Sie bitten, dass das schon dann auch Untersuchungsgegenstände sind, und wir müssen halt die Fragen so formulieren, dass Sie sie eben eindeutig beantworten können.

Dr. Josef Taus: Ja, ich wiederhole noch einmal: Ich war in Israel, richtig, aber ich habe in keiner Weise ... – Da kam weder das Wort **Jericho** noch das Wort **Telekom** oder irgendwas vor. Das war überhaupt nicht der Gegenstand des Gespráches! Es war ein völlig anderer, der, das ist jetzt meine Behauptung, jedenfalls das, was bei mir war, mit den Angelegenheiten, die da angezogen werden, überhaupt nichts zu tun hat. Überhaupt nichts!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also ich darf noch einmal festhalten, dass aufgrund der Erkenntnisse, die dieser Ausschuss erlangt hat, Gelder der BAWAG, die im wirtschaftlichen Bereich der BAWAG lagen, über Schlaff und über eine zweite Zwischenstation, wo zumindest der dringende Verdacht im Raum steht, an die Familie Sharon geleitet worden sind. (*Abg. Mag. Kogler: Und zwar illegalerweise nach israelischem Recht! – Dr. Taus: Das weiß ich nicht! Habe ich nichts zu tun damit!*) Deswegen mache ich Sie ja darauf aufmerksam.

Das heißt, dass das natürlich schon wesentlich ist für den Ausschuss, welche Beziehungen es hier gab zwischen Schlaff und Sharon. Sie waren persönlich Augen- und Ohrenzeuge darüber. Dass die nicht in Ihrem Beisein genau die Details, wie jetzt Gelder von der BAWAG zum Sohn von Sharon verschoben werden, besprochen haben, das ist mir schon klar. Aber uns interessiert natürlich sehr wesentlich der Inhalt dieser Gespräche dort.

Dr. Josef Taus: Also ich wiederhole: Ich habe nicht die geringste Absicht, Ihnen irgendwas zu verschweigen. Was soll das?! Bei diesen Gesprächen ging es mit nicht einem Satz um irgendwelche Gelder, um irgendetwas. Ich hätte das auch gar nicht zugelassen. Ich hätte darüber nicht geredet. Und das, worum es ging, ist eine **völlig** andere Frage, von der ich meine, dass es mit dem Mandat des Ausschusses nichts zu tun hat. Das ist meine Meinung. (*Abg. Mag. Kogler: Das bewertet der Ausschuss!*)

Ja, aber ich muss mich danach halten! So ist das nicht! Ich bin ein österreichischer Staatsbürger, dem **Rechte** zustehen! Na so weit gehen wir nicht, Herr Kollege! Wir sind nicht schlecht miteinander, auch wenn wir aufeinander schimpfen. Aber so ist das nicht! Da haben Sie die Funktion falsch verstanden. Das ist eine andere! So nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gehe davon aus, wenn die Auskunftsperson gefragt wird, ob sie Wahrnehmungen im Zusammenhang mit A, B, C oder D hat (*Dr. Taus: Nein!*) und sie nein sagt, dass das abschließend genug ist.

Dr. Josef Taus: Das ist so. Nein. Aber dass ich dort war, ist ja gar keine Frage, natürlich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Fragen sind ja auch positiv zu formulieren und nicht so: Sagen Sie uns alles, was Sie nicht wissen! (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Schauen Sie, Herr Dr. Taus, es geht hier auch um politische Verantwortungen und politische Verbindungen, und das, was dem Ausschuss vorliegt, sind Interventionen seitens der damaligen Außenministerin Frau Dr. Ferrero-Waldner an Israel im Zusammenhang mit Schlaff-Geschäften und dergleichen. Es gibt hier einen evidenten, auch politischen Zusammenhang hier, und da glauben wir, dass Sie hier durchaus an der Aufklärung mitwirken können, und ich würde Sie darum ersuchen, uns hier bei der Aufklärung behilflich zu sein.

Dr. Josef Taus: Ich kann Ihnen leider dazu nichts sagen. Ich weiß das nicht. Das war nicht der Gegenstand des Gespráches, bei dem ich dabei war. Was es sonst gegeben hat, weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, es wurde nicht über Geschäfte gesprochen und nicht über Zahlungen (*Dr. Taus: Nichts! Nichts!*), und Sie berufen sich aber auf das Geschäftsgeheimnis. Das verstehe ich jetzt nicht. (*Dr. Taus: Nein! Ich sage, das ist nicht gedeckt!*) Meine erste Frage war, ob Sie am 19. Mai mit dem Herrn Schlaff gemeinsam in Israel bei Sharon waren, und da haben Sie gesagt, Sie beantworten diese Frage aus Geschäftsgeheimnisgründen nicht. Jetzt sagen Sie, es ging dort gar nicht um Geschäfte.

Dr. Josef Taus: Nein, ich beantworte es nicht, weil es meiner Meinung nach nicht gedeckt ist von Ihrem Auftrag. Es hat nichts zu tun mit dem Auftrag.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann ändern Sie aber Ihre Argumentation.

Dr. Josef Taus: Nein. Ich ändere gar nichts.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage, ob Sie in Israel waren, haben Sie mit Ja beantwortet, gemeinsam mit dem Herrn Schlaff, haben Sie mit Ja beantwortet. Die Frage, die jetzt eigentlich aussteht: Wer war bei den Besprechungen noch dabei? Die würde ich jetzt einmal an Sie stellen.

Dr. Josef Taus: Es war eine ganze Menge Israelis dabei, die politische und verwaltungsmäßige Funktionen haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War jemand aus dem Dunstkreis, sage ich jetzt einmal salopp, der Familie Sharon oder der Politiker Sharon dabei?

Dr. Josef Taus: Nein, das glaube ich nicht. Der Herr Sharon war eine kurze Zeit dabei.

Also einen Schritt gehe ich weiter, aber das gehört nicht hierher, ich weiß, jetzt gehe ich über das hinaus, was ich verpflichtet bin, hier zu sagen: Aus Österreich, und zwar nicht vom Herrn Schlaff, sondern aus Österreich, ist offiziell festgestellt, gefragt geworden in Israel, ob man mit mir rede. Da gab es ein paar Probleme. Und daraufhin kam – ich habe einige israelische Politiker aus der Zeit vorher gekannt – die Auskunft zurück: Ja, mit dem Taus reden wir. – Und das war es. Dann fuhr ich hinunter und habe dort geredet, aber *nichts* über auch nur ein Geschäft! Keine Ahnung, nichts! Darüber habe ich geredet. Was das andere betrifft, weiß ich nicht. Ich bin auch am gleichen Tag wieder nach Hause geflogen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Taus, was wissen Sie über die Person des Michail Chernoy? (*Dr. Taus: Nichts!*) – Nichts?

Dr. Josef Taus: Nein, ich kenne ihn nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Taus, ich halte Ihnen vor einen Aktenvermerk, aus dem hervorgeht, dass Sie interveniert haben.

Dr. Josef Taus: Ja, im Außenamt, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich halte Ihnen einmal vor:

Bundesministerium für Inneres, Wien, am 1.12.03. Betreff: Chernoy Michail – Intervention betreffend Einreisesichtvermerk.

Am heutigen Tag teilte Oberamtsrat Mag. Zwettler – also jener im Bundeskriminalamt – fernmündlich um zirka 13.35 Uhr mit, dass ihn der Leiter des KBM, also Kabinett des Bundesministers, Herr Mag. Ulmer anrief und sich um die Visa-Erteilung betreffend Chernoy Michail erkundigte, da sich Herr Taus, früherer politischer Funktionär und

zunehmender Lobbyist – das wollen wir nicht werten – und Wirtschaftstreiber, diesbezüglich erkundigte.

Herr Dr. Taus, bleiben Sie bei Ihrer Aussage, dass Sie den Chernoy nicht kennen?

Dr. Josef Taus: Nein, ich kenne ihn nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie sich deshalb erkundigt, damit Sie wissen, wer er ist, wenn Sie ihn nicht kennen?

Dr. Josef Taus: Ich habe mich erkundigt, und da hat es geheißen, okay, der lebt in Israel oder er lebt in Russland, weiß ich nicht, wo er jetzt ist, und dann ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment. Ich habe Sie nicht gefragt, Dr. Taus, ob Sie ihn kennen (*Dr. Taus: Aber natürlich haben Sie mich gefragt!*), ich habe Sie gefragt, was Sie über die Person des Michail Chernoy wissen.

Dr. Josef Taus: Nein, haben Sie nicht! Sie haben anders gefragt, aber ich weiß nichts über die Person. Er ist wahrscheinlich einer jener vielen Oligarchen, die es halt in Russland gibt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das kommt der Sache schon näher. Sie sagen „wahrscheinlich“.

Noch einmal: Wieso erkundigen Sie sich am 1.12.03 über die Person des Michail Chernoy im Bundesministerium? Wieso? – Erklären Sie das dem Ausschuss!

Dr. Josef Taus: Ich habe mich nicht erkundigt, sondern es ging um eine ganz andere Frage. Ich wurde gebeten: Der Herr Chernoy würde gerne nach Österreich kommen. Ich habe gesagt: Das kann ich nicht, aber ich kann fragen, ob das denkbar ist. Das war es! Aus! Ich weiß nicht: Hat er dann den Sichtvermerk bekommen oder nicht?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist eine andere Frage. (*Dr. Taus: Ich weiß es nicht!*) Er hat zwischenzeitig den Sichtvermerk gekriegt; ich darf Ihnen das durchaus sagen, denn wir wollen keine Fangfragen stellen. Er hat ihn zwischenzeitig gekriegt, vorher nämlich, und zwar auch auf Grund von Interventionen. Das ist aber eine andere Sache, da waren Sie offensichtlich nicht involviert.

Ich halte für das Protokoll nur fest, weil wir möglicherweise gar nicht die Zeit haben werden, all diese Vorhalte zu machen – ich kenne mittlerweile schon das Treiben der Großen Koalition hier herinnen –, dass das Bundeskriminalamt serienweise massive Bedenken und Widerstände nachgeradezu feststellt, dem Michail Chernoy ein Visum nochmals zukommen zu lassen, gerade vor dem Hintergrund, dass früher interveniert wurde und er eines bekommen hat. Das war im Mai des Jahres 2003. Das ist bis November gegangen.

Dr. Josef Taus: Das war gar keine Frage!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment, ich erkläre ja nur die Zusammenhänge! Sie haben mich auch etwas gefragt, das ist ja nicht das Schlechteste. Es kann auch ein Dialog sein, kurz zumindest.

Das Bundeskriminalamt listet auf – ich werde das später zu Protokoll bringen, denn das ist, glaube ich, für den Zusammenhang wichtig – drei Seiten, was alles gegen den Michail Chernoy auf der halben Welt vorliegt. – Das nur nebenbei.

Und Sie haben ganz recht mit dem Ausdruck „russische Oligarchen“, allerdings ist das einer, der ganz offenkundig von den österreichischen Sicherheitsbehörden, und zwar eindeutig, der organisierten Kriminalität zugeordnet wird. Von dort her haben wir auch die Ordner.

Und jetzt frage ich Sie noch einmal: Was war das Motiv, sich hier, wie Sie sagen, über den Michail Chernoy zu erkundigen? (*Dr. Taus: Das kann ich Ihnen sagen!*)

Herr Dr. Taus, über wie viele Personen erkundigen Sie sich sonst, dass sie ein Visum bekommen?

Dr. Josef Taus: Ich wurde gebeten ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Von wem wurden Sie gebeten?

Dr. Josef Taus: Ich wurde gebeten aus Kreisen der Familie Schlaff, ob der Herr Chernoy nach Österreich kommen kann. Ich habe gesagt: Das kann ich nicht sagen, da muss man einmal schauen, ob man ihm ein Visum gibt! Und dann habe ich gesagt: Ich werde mich erkundigen, ob er eines kriegen kann! Dann wurde mir bedeutet, dass er keines kriegt. – In Ordnung! Damit war die Sache für mich erledigt!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was für einen Grund hat der Herr Mag. Schlaff angegeben, dass Sie sich erkundigen sollen?

Dr. Josef Taus: Das weiß ich nicht. Gar keinen. Bei solchen Sachen gibt man keinen Grund an.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Taus, entschuldigen Sie, Sie sind ein Mann mit Renommee, es kann doch nicht sein, es ist ja nicht vorstellbar oder dem Ausschuss erklärbar, dass, wenn jemand kommt und Sie anspricht: Geh, erkundigen sie sich oder erkundige dich – ich weiß ja nicht, wie Sie mit dem Mag. Schlaff stehen (*Dr. Taus: Wir sind per Sie!*) Danke! (*Dr. Taus: Bitte schön! Nur damit Sie es genau wissen!*) –, erkundigen Sie sich über die Person X, wie das Visumverfahren gerade steht! (*Dr. Taus: Nein!*) Und Sie sagen nichts drauf oder fragen nicht nach. Wie war es?

Dr. Josef Taus: Nein! Ich wurde gefragt, ob er ein Visum bekommen könne. Ich habe gesagt: Na gut, ich werde schauen, ob das geht! Ich habe ja von Anfang an gehört ... Wenn Sie genau hingehört haben, werden Sie in meinen Antworten auf die Fragen des Herrn Abgeordneten Krainer gehört haben, dass ich gesagt habe: Ich habe gefragt: Ist hier alles wasserdicht?, und das wurde mir mit „Ja“ bedeutet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Entschuldigen Sie, da müssen wir einmal innehalten! Wo haben Sie gefragt, ob alles wasserdicht ist?

Dr. Josef Taus: Das fragt man immer bei einer Bank. Das ist doch überhaupt keine Frage! Ich bin immer gefragt worden – ich bin jahrelang im Vorstand gesessen –, vom Kleinsten bis zum General hinauf.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben wen gefragt, ob alles wasserdicht ist?

Dr. Josef Taus: Den Vorstand der BAWAG! Wen sonst? Bevor ich überhaupt mitgemacht habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Richtig, aber auf das Problem kommen wir noch, denn da war nämlich die Intervention Horngacher ausschlaggebend. Wir wissen jetzt, dass die Auskunft um Horngacher gegenüber dem BAWAG-Vorstand, die offensichtlich auch Sie mit angeregt haben, der Sache nach falsch war. Gleichwohl Horngacher der Leiter der Wirtschaftspolizei damals war, hat er verschwiegen, dass in seinem Ressort ein ganzer Ordner vorliegt – den wir heute hier haben – mit schweren Vorwürfen gegen den Chernoy, über den sich die BAWAG offensichtlich erkundigen wollte. Dort sind wir aber noch nicht Dr. Taus, wir sind ganz woanders. Wir sind dort, zu klären, warum eine derartige Serie von Interventionen stattgefunden hat.

Ist Ihnen bekannt, dass Dr. Wallner interveniert hat zugunsten ... (*Dr. Taus: Nein!*) – Das ist Ihnen nicht bekannt! (*Dr. Taus: Nein!*) Haben Sie mit dem Mag. Schlaff nicht darüber gesprochen?

Dr. Josef Taus: Nein! Ich wurde gefragt und habe gesagt: Ich werde mich erkundigen! – Aus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich sage ja, da sind wir bei dem Punkt: Sie wurden von Mag. Schlaff gefragt: Dr. Taus, erkundigen Sie sich bitte um den Stand der Visa-Erteilung des Chernoy.

Dr. Josef Taus: Nein! Nein! Nein! (*Abg. Mag. Kogler: Was dann?*) – Er hat gesagt: Ist es möglich, dass der Herr Chorney oder Chernoy – ich weiß nicht, wie er genau heißt – ein Einreisevisum nach Österreich kriegen kann? Und ich habe gesagt: Ich werde halt schauen, ich werde mich erkundigen! Und dann hat es geheißen: Nein, das geht nicht! – Aus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was haben Sie mit dieser Information gemacht?

Dr. Josef Taus: Nichts! Man hat gesagt: Er kann keines haben! Aus.

Was hat das mit dem Geschäft zu tun? Ich bitte Sie! (*Abg. Mag. Kogler: Das ist unglaublich!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Taus, in dem Umkehrschluss muss man vielleicht eines auch fragen: Was hat man Ihnen denn gesagt, warum der Herr Chernoy keines bekommt? Denn das ist doch die erste Frage!

Wir sind alle Politiker, haben Sie festgestellt – Sie sind auch einmal Politiker gewesen –, und wenn jemand mit einer Intervention kommt – das passiert doch am Tag dreimal: Können sie sich da erkundigen? –, dann ist doch immer die erste Frage: Warum? – *Die* haben Sie nicht gestellt?

Dr. Josef Taus: Die Frage war ganz eindeutig! Ich habe gewusst, dass ein Herr Chorny, Chernoy – ich weiß nicht, wie man ihn ausgesprochen hat – der Verkäufer ist. Die Gesellschaft war ja schon privatisiert. Ich habe gehört, dort ist alles in Ordnung, dort ist alles wasserdicht. – So, das war es. Und damit habe ich weitergetan.

Dann kam jemand und sagte: Dieser Herr Chernoy will jetzt einmal nach Österreich kommen! Ich habe mir überhaupt nichts gedacht und sagte: Soll er halt einen Antrag stellen! Dann kam die Frage: Kann er das? Darauf habe ich gesagt: Ja warum? Darauf kam die Antwort: Man will sich erkundigen! Daraufhin habe ich gesagt: Okay, ich frage! Und dann hat es geheißen, nein, er kriegt keines. Aus. Damit war die Geschichte für mich erledigt, vorbei. – So einfach ist das!

Wenn es nein ist, ist es nein. Ich denke nicht daran, da weiterzugehen. Die Auskunft war nein, er bekommt keines.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie sich nicht darüber gewundert, dass er keines bekommt? Ich frage jetzt einmal.

Dr. Josef Taus: Wenn ich mich wundere, was soll es? Das Wundern nützt nichts. Er hat keines gekriegt. Er war nicht da. Die Geschichte war erledigt, das Geschäft war verkauft. Was soll ich mich wundern? Es gibt so viele Dinge. Es steht in der Zeitung, dass ein gefeierter Oligarch nach Amerika nicht einreisen darf, oder was weiß ich, was alles. In Umbruchzeiten, die dort sind, ist es besser, man wundert sich nicht. Nein! Aus.

Es ist von meiner Seite nichts getan worden, dass ich gedacht habe: Jetzt versuche ich das irgendwie, vielleicht können wir es doch machen! Die übliche Art. – Nein!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Üblicherweise wird ein Anruf, auch wenn er in Frageform formuliert wird, wie eine Intervention vom Empfänger aufgefasst. Das heißt, es kommt bei einer Intervention ja nicht darauf an, wie man fragt, sondern wie fasst es der Empfänger auf?

Dr. Josef Taus: Ich habe es so aufgefasst, dass ich mich erkundigt habe, weil ich mir gedacht habe: Okay, warum kriegt er kein Visum? Und da hat es geheißen, er kriegt keines. Aus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und die Empfänger haben allesamt Aktenvermerke über die Anrufe und die Fragen des Herrn Wallner, des Herrn Taus (*Dr. Taus: Von mir kann es das nur einmal gegeben haben!*), des Kabinetts der Frau Außenministerin, alle im zeitlichen Zusammenhang, innerhalb von 14 Tagen. (*Dr. Taus: Haben Sie mehr?*)

Man hat ja Legionen von Leuten beschäftigt, letztlich Fragen zu stellen bei der Visa-Stelle. Das ist eine klassische Intervention, wenn man in einem Kesseltreiben die ausstellende Behörde von lauter hoch angesehenen Personen dieser Republik ... Und keiner hinterfragt das, und jeder greift zum Hörer und ruft an. Und weil es eben schon so viele waren, haben die Beamten begonnen, Aktenvermerke darüber anzufertigen – aus Selbstschutz wahrscheinlich, weil sie ja nicht wissen können, was noch weiter passiert. Für die waren das schon Interventionen. (*Abg. Dr. Stummvoll: Zur Geschäftsordnung, bitte!*)

Bitte, zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Herr Vorsitzender! Ich bitte wirklich, wir haben hier eine Auskunftsperson und keinen Angeklagten! – wenn da Ausdrücke wie „Kesseltreiben“ und so weiter fallen.

Jeder von uns Politikern weiß, dass er oft interveniert, wo er nachher draufkommt, dass ein anderer auch interveniert hat. Ich habe unlängst einen Fall gehabt, da hat der betreffende Beamte mir gesagt: Sie sind der Fünfte, der mich anruft!

Das kommt doch immer wieder vor. Das kann man doch nicht als „Kesseltreiben“ bezeichnen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Stummvoll, ich weiß nicht, wie Sie das machen. (*Abg. Dr. Stummvoll: Das ist doch kein „Kesseltreiben“, bitte!*) Wenn zu mir jemand kommt – und zu mir kommen auch sehr viele Bürger (*Abg. Dr. Stummvoll: Ich weise ja nur den Ausdruck „Kesseltreiben“ zurück!*) – Dann werde ich halt meine Praxis schildern, wie ich Fragen stelle. Da ist die erste Frage: Bei wem waren sie schon aller, wer hat denn schon etwas gemacht? Und dann kann es sein, dass ich angelogen werde, aber daran erinnere ich mich auch nachher.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich frage nie: Bei wem waren sie? Wenn zu mir einer kommt, ob ich ihm helfen kann, dann frage ich nicht: Bei wem waren sie schon? – Ich weise nur den Ausdruck „Kesseltreiben“ zurück!

Obmann Dr. Martin Graf: Ich erkundige mich auch, für wen ich intervenieren soll. Für mich ist das das Übliche. Ich rufe bei fremden Leuten sicherlich nicht an, ob die ein Einreisevisum kriegen. Wenn Sie mir das jetzt unterstellen wollen?!

Dr. Josef Taus: Ich verstehe die Diskussion nicht! Es hat doch niemand einen Druck ausgeübt, sondern es ist gefragt worden, und es hat „nein“ geheißen. Aus. Die Geschichte war erledigt.

Obmann Dr. Martin Graf: Der Herr Schlaff hat so wenig Einfluss in dieser Republik, deswegen braucht er honorige Persönlichkeiten, die sich erkundigen. Ich weiß es.

Herr Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich darf fortsetzen. – Erstens beziehe ich mich auf den Ausdruck des Vorsitzenden, den ich durchaus für angebracht halte. – Aus der Aktenlage – auf die muss ich mich immer wieder beziehen, denn die Akten sollen möglichst rasch außer Haus geschafft werden – geht eindeutig hervor, dass serienweise Interventionen stattgefunden haben und dass es um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität hier geht, mit klaren Empfehlungen, dass es ein Sicherheitsrisiko darstellt, wenn der in Österreich noch einmal ein Visum kriegt. Das war der Grund, warum er keines gekriegt hat. Die haben das zweite Mal standgehalten.

Erst in der Folge – das war nämlich Anfang/Mitte November – ist das passiert. Sie haben offensichtlich die Vorgeschichte nicht erzählt bekommen. Am 1.12. sind Sie hier aktenkundig vermerkt, dass Sie sich erkundigt haben, wie es so schön heißt. Kommen wir zu diesem Vorgang zurück!

Ihre Darstellung, dass Sie sonst nichts wissen wollten oder wahrgenommen haben, muss alleine deswegen schon als nicht besonders glaubwürdig erscheinen, weil Sie gerade vorhin gesagt haben, dass Sie sich zu Beginn des Geschäfts mit dem BAWAG-Vorstand ja darüber unterhalten hätten, ob eh alles wasserdicht sei. Das war aber zwei Jahre oder ein gutes Jahr vorher. Damals haben Sie sich schon erkundigt. Und da wollen Sie über diesen Chernoy von der BAWAG nichts gehört haben?! (*Dr. Taus: Nein!*) – Haben Sie nichts gehört?

Dr. Josef Taus: Aber keine Rede! – Es ist alles in Ordnung. Der Aufsichtsrat der BAWAG hat den Deal genehmigt. Ich weiß nicht, was der Vorstand dem Aufsichtsrat gesagt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie sich nie dafür interessiert, wer der Vorbesitzer eigentlich ist?

Dr. Josef Taus: Das war doch längst erledigt. Der Kauf war doch schon mitten im Laufen, als ich dazu gekommen bin.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, ich beziehe mich jetzt auf die Phase, die Sie selbst erwähnt haben, die aktenmäßig vermerkt ist. Deshalb gibt es sogar eine Anklage gegen Horngacher. (*Dr. Taus: Weswegen?*) – Gegen den Herrn Horngacher, damaligem Leiter der Wirtschaftspolizei.

Moment! Sie sagen, der BAWAG Vorstand hätte zum Ausdruck gebracht, dass alles in Ordnung sei. So. Offensichtlich hat sich das auf den beginnenden Deal bezogen; sagen wir es so. Das muss wohl involviert haben, dass man sich Erkundigungen einholt über die Seriosität der rechtlichen Eigentümer, woher überhaupt gekauft werden soll. – Sie können mir doch nicht erklären, dass Sie das nicht interessiert hat!

Dr. Josef Taus: Aber in dem Moment, Herr Kollege ... Das ist eine Bankübung! Bei mir, als ich ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben ja erklärt, dass Sie als Berater beigezogen wurden und dass Sie hier Ihre Dienste einbringen.

Dr. Josef Taus: Ja, aber meine Frage war an einen Bankvorstand, und ich habe die Leute gefragt ... – Ich arbeite mit denen seit vielen Jahren, und es ist mir nie etwas gesagt worden, das nicht gestimmt hätte. Sonst könnte man mit der Bank nicht arbeiten. Ich bin genauso gefragt worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt haben wir einmal einen Fall, wo was nicht gestimmt hat. (*Dr. Taus: Bitte?*) Jetzt haben wir aber einen Fall, wo was nicht gestimmt hat. Es wahr sowohl die Auskunft des Horngacher völlig falsch als auch die des Elsner.

Und jetzt ist die Frage – und jetzt kommen wir zum Anlassfall zurück –, dass aus meiner Sicht es völlig unglaublich ist, dass der Mag. Schlaff zu Ihnen sagt: Erkundigen Sie sich bitte über die Person Chernoy! – und Sie müssten ja bis 2003 schon längst über diesen Chernoy gehört haben, wenn Sie dauernd damit zu tun haben (*Dr. Taus: Herr Mag. Schlaff hat das **so nicht** gesagt!*) Ich formuliere jetzt meine Frage! (*Dr. Taus: Gut! Sagen Sie es!*) –, und Sie erklären dann dem Ausschuss, dass Sie überhaupt keine Nachfrage gehabt haben, sondern nur Postbote gespielt haben: Jawohl, Mag. Schlaff, ich frage im Kabinett oder beim Minister nach, wie der Stand des Visums ist, weil das nämlich mein Kerngeschäft ist, mich nach dem Stand von Visa zu erkundigen!

Herr Dr. Taus, wie war das?

Dr. Josef Taus: Entschuldigen Sie, was Sie da hier zusammengeredet haben, ist eigenartig.

Also, Sie kennen das auch vom Vorstand: Da gibt es ein Gespräch über eine geschäftliche Frage, und dann sagt einer der Gesprächspartner zu Ihnen: Sie, es würde der Herr Chernoy, von dem wir da gekauft haben, gerne Österreich besuchen, ist das möglich? Sage ich: Warum soll es nicht möglich sein? – Na fragen Sie, ob er ein Visum bekommt! Er ist ein Russe, und er ist ein Israeli, und was weiß ich! Sage ich: Fragen kann ich ja! – Ich habe gefragt und habe die Auskunft bekommen, er bekommt keines. Habe ich gesagt: Er bekommt keines! Aus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das haben Sie dann in der Folge dem Mag. Schlaff wieder mitgeteilt?

Dr. Josef Taus: Ja natürlich! Er bekommt keines. Aus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und der hat dann nicht nachgefragt? (*Dr. Taus: Nein!*) – Sie haben auch nicht nachgefragt, warum er keines bekommt?

Dr. Josef Taus: Nein. Das kann ich ja nicht. Die Behörde hätte mir das doch gar nicht sagen dürfen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat es Sie nicht interessiert, wo die Zeitungen ja schon über den Umstand geschrieben haben, dass die Person, die wirtschaftlich gesehen der Eigentümer war, von der Sie gekauft haben, wenn auch nur treuhänderisch – nein, ich formuliere nur hinzu –, von der Gesellschaft, wo Sie Aufsichtsratsvorsitzender waren, von der Gesellschaft, wo Sie sagen, dass Sie sie beraten haben, von der Gesellschaft, wo Sie formal zumindest nach außen hin 30 Prozent gehalten haben, je 15 Prozent Dr. Taus und MTH Holding ... (*Dr. Taus: Siebeneinhalb, wenn schon, wenn man schon genau sein will!*) Die Aktenlage geht regelmäßig davon aus, dass sie zweimal 15 Prozent halten. – Ich gebe das zu Protokoll.

Ich gebe weiters zu Protokoll, dass der Treuhandvertrag, der mit der MobilTel Holding seitens der MS Privatstiftung geschlossen wurde, ausdrücklich vorsieht, dass zwar unter den Beteiligten in Österreich die Treuhandverhältnisse offengelegt werden, nicht aber gegenüber den bulgarischen Behörden.

Sie können dem Ausschuss nicht erklären, dass Sie bis zum 1.12.2003 den Herrn Chernoy nicht gekannt haben! – Halten Sie diese Aussage aufrecht?

Dr. Josef Taus: Ja. Man hat mir geschildert, dass der Herr Chernoy der Verkäufer sei und dass er einer dieser russischen Oligarchen sei. Was soll ich da? Die wimmeln ja herum.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eine Nachfrage noch, weil der Herr Vorsitzende wieder eingreifen wird. Er ist der Herr des Verfahrens hier.

Sie bekommen die Auskunft, dass der Herr Chernoy – wobei ich davon ausgehe, dass Sie zu dem Zeitpunkt gewusst haben **müssen**, um wenn es hier geht – der wirtschaftlich berechnete Verkäufer an jene Gesellschaft war, für die Sie aufgetreten sind.

Bleiben Sie bei der Aussage, dass es Sie überhaupt nicht interessiert hat, was da vorliegt, warum der kein Visum bekommt? Würden Sie dem Ausschuss bitte erklären, wie es wirklich war?

Dr. Josef Taus: Jetzt fragen Sie wieder etwas anders. – Nachher hat es geheißen, gegen den liegen Verfahren vor. – Das war mir wurscht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, an diesem gleichen Tag!

Dr. Josef Taus: Danach wurde mir gesagt, dass es irgendetwas gegen ihn gibt. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Später erst? (*Dr. Taus: Ja!*) – Also an dem Tag haben Sie sich nicht weiter erkundigt?

Dr. Josef Taus: Ich habe gesagt: Der bekommt keines! Und aus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Dann haben wir das jetzt so bei Protokoll. Damit ist für mich diese Frage beantwortet.

Dr. Josef Taus: Wie viele Leute haben – wenn ich schon eine Gegenfrage stellen darf, was ich nicht tue – dort angerufen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Mehrere.

Dr. Josef Taus: Ach so! Das ist ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nicht angerufen, heftig interveniert! – Der Dr. Wallner. Es wird immer der Mag. Schlaff angegeben. Das ist gut, dass Sie das fragen – für das Protokoll! Vielen Dank für die kooperative Bereitschaft, hier etwas zustande zu bringen.

Es wird immer genannt der Mag. Schlaff, der sozusagen die Gegenadresse ist. Der Chernoy braucht ja eine Einladung. Interessanterweise will er nicht auf fünf Tage kommen, sondern auf ein ganzes Jahr.

Es wird festgehalten, dass der Herr Chernoy angibt, auch wegen familiären Gründen nach Österreich zu kommen. Es wird recherchiert, und man kommt drauf, dass seine Frau und seine zwei Kinder, um die es da geht, überhaupt nicht aufhältig sind, jedenfalls nicht in Österreich, sondern vermutlich in London. Das alles waren die Zusammenhänge. Das haben die Behörden ermittelt, und die waren strikt dagegen, weil nämlich seitenweise internationale Verfahren gegen den Herrn Chernoy laufen.

Das war der Zusammenhang. Und interveniert wurde darüber hinaus noch in vergleichbaren Fällen von anderen. Aber das lassen wir jetzt weg.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht in diesem Zusammenhang noch: Sie waren nicht der erste, der sich erkundigt hat, sagen wir es einmal so, aber auch nicht der letzte prominente Österreicher, sage ich jetzt einmal.

Dr. Josef Taus: Es kommt so im Gespräch, und da sagt man ... Aber ich habe nie ... Meine Art, wenn ich um was gebeten werde ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil Sie gefragt haben, wie viele es denn waren.

Dr. Josef Taus: Ja, wie viele waren es?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es waren etliche, die aktenvermerksmäßig bei uns jetzt aufgetaucht sind. Wir haben gar nicht einmal die fremdenpolizeilichen Akte, sondern nur die hinsichtlich der organisierten Kriminalität, und da tauchen vor Ihnen prominente Österreicher und nach Ihnen prominente Österreicher auf.

Jetzt habe auch ich paar Fragen an Sie. Mir ist es jetzt nicht ganz klar geworden, weil das ein bisschen hin und her gegangen ist, ob Sie den Herrn Chernoy als Verkäufer der MobilTel Bulgarien, wie auch immer die Firma geheißen hat, die da verkäuferseitig aufgetreten ist, schon vorher namentlich gekannt haben. (*Dr. Taus: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Ihnen gegenüber ist der wahre Eigentümer der Verkäuferseite an der Firma, wo Sie Treuhänderfunktion hatten und im Aufsichtsrat gewesen sind, nicht offengelegt worden?

Dr. Josef Taus: Mir wurde bei dem Gespräch, wo man mich in der BAWAG gefragt hat, ob ich da nicht mitmachen wolle in den Funktionen, die ich Ihnen geschildert habe, gesagt, dass da ein russischer Oligarch, der in Israel lebt oder in Russland lebt oder in Bulgarien lebt – weiß ich nicht – verkauft. Das ist es. Aus. Gut, jetzt muss man immer doch sehen: Die Leute, die die Verträge gemacht haben, sind renommierte Wiener Anwälte, und so. Also da muss man sich doch darauf verlassen können! – Ich bin nicht die Kriminalpolizei!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, da gibt es ein altes rechtshistorisches Sprichwort: Augen auf – Kauf ist Kauf!

Dr. Josef Taus: Ja, aber was ist mit dem Kauf? Sie können da jetzt nicht einen bedenklichen Ankauf hineintreiben! – Na was?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schauen Sie, das Problem – Sie sagen es ja selbst: Es waren lauter renommierte und honorige Persönlichkeiten involviert auf Seite der Österreicher. (*Dr. Taus: Natürlich!*) – Die Frage ist: Warum deckt man sich ein, oder muss man sich eindecken, mit lauter honorigen, renommierten Persönlichkeiten? – Wenn man selbst nicht so honorig ist, vielleicht, dann macht man so etwas. Und das ist ja die Frage der politischen Zusammenhänge, die sich da auch vielleicht ergeben. Denn es hat ja tatsächlich einige Substanz, das, was wir da untersuchen.

Und die Frage ist: Sie sind ja als Treuhänder auch engagiert worden. – Warum engagiert man einen Treuhänder? Man hätte Sie genauso gut als Konsulent engagieren können! – Oder ist das nicht richtig?

Dr. Josef Taus: Hätte man. Aber die Geschichte ist so: Wenn man verhandelt, ist man in der Position, wenn man sagt: Der sitzt da bei der Firma dabei in einer besseren Verhandlungsposition! – Ein Konsulent ist nie in einer guten Verhandlungsposition, und der Aufsichtsratsvorsitzende war es. Ich habe ja auch gesagt, was ich gemacht habe. (*Obmann Dr. Graf: Na ja schon, aber ein Aufsichtsratsvorsitzender ...*) Das waren ja wesentliche Dinge, die da geschehen sind, von technischen Gutachten angefangen, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber, Herr Dr. Taus – vollkommen richtig –: Aufsichtsratsvorsitzender hätten Sie ja auch werden können, ohne als Treuhänder zu agieren! – Ist das richtig?

Dr. Josef Taus: Das hätte man wahrscheinlich tun können. Aber das ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es sei denn – ich sage es ja –: Wenn man ein Bild der Käuferseite vorstellen möchte und es, aus welchem Grund auch immer, nicht offenlegen möchte gegenüber der Verkäuferseite oder vielleicht auch ausländischen Behörden und Ähnlichen, um mehr oder weniger Kraft vorzutäuschen, die man gar

nicht hat – oder es muss ja keine Vortäuschung sein, sondern: Kraft anzusagen, die man gar nicht hat –, dann macht man solche Konstruktionen. Das ist einer der Gründe, der möglichen Gründe für ein Treuhandverhältnis.

Dr. Josef Taus: Nun, *einer* kann so ein Geschäft ja nicht abwickeln. Es ist *sein* Geschäft gewesen – aber bitte, dann fragen Sie den Mag. Schlaff! Ich würde jetzt sagen: Also ich wäre vorsichtig, wenn man sagt, der ist vielleicht nicht ganz in Ordnung oder was.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, wenn man Informeller Mitarbeiter „Landgraf“ und Ähnliches ist? – Es gibt Legionen von Akten! Ich meine, er war Informeller Mitarbeiter der Stasi und Ähnliches. (*Dr. Taus: Ach so? Aha!*) Das ist ja nicht einmal mehr ein Geheimnis. Also, so honorig finde ich das nicht. – Aber egal. Ich mache ohnedies keine Geschäfte mit ihm. – Er ist auch nicht aus der Branche! Er ist ja nicht aus der Mobilfunkbranche – und kauft plötzlich eine Mobilfunk...

Dr. Josef Taus: Er ist ein Geschäftsmann, denn er hat die Nase, dass das ein Geschäft ist – aus! Die Private Equity Fonds sind alle nicht aus der Branche und kaufen und verkaufen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wozu braucht so ein toller Geschäftsmann ... – Herr Taus, ich frage Sie: Was war der tiefere Sinn, Treuhandkonstruktionen für die MS-Stiftung, also für den Martin Schlaff zu machen, wenn er so ein toller Geschäftsmann ist, der sowieso alles alleine „derhebt“ und die anderen nicht braucht? – Denn Sie haben ja gesagt, nur er kann das, ...

Dr. Josef Taus: Nein, Herr Vorsitzender, das ist anders: Das heißt, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: ..., nur er konnte es bewerkstelligen.

Dr. Josef Taus: Dass das Geschäft überhaupt an Land gezogen wurde, das hat er gekonnt!

Die fachlichen Sachen nachher – keiner kann alles! Ich habe Ihnen genau gesagt, dass wir ein technisches Team zusammengestellt haben, dass wir ein betriebswirtschaftliches Team hatten – wie man es halt dann macht. Aber das Entscheidende bei Geschäften, die international sind, ist immer, dass einer überhaupt herankommt an die Geschichte! Und das ist es – aus. (*Obmann Dr. Graf: Vollkommen richtig!*) Und der holt sich dann die Leute dazu, die es können! – (*Obmann Dr. Graf: Ja, zur Abwicklung hol' ich mir die Besten!*) Das ist die üblich Art! Die ganze Welt geht so! Das ist üblich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zur Abwicklung, im internationalen Geschäft überhaupt, hole ich mir die Besten – aber ich brauche Sie nicht als Treuhänder hereinzuholen! **Das** ist ja der Grund meiner Frage: Was war der Sinn der Treuhandenschaft? Denn alles wäre auch ohne Treuhandlösung erledigbar gewesen.

Dr. Josef Taus: Da würde ich jetzt ein Geschäftsgeheimnis nennen, aber da würde ich bitten: Fragen Sie den Herrn Schlaff! Und ich bin auch durchaus bereit, dass ich ihn frage. Ich kann Ihnen vielleicht eine Auskunft geben – heute nicht. Aber die Geschichte ist eine völlig klare Geschichte gewesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, so klar ist mir das noch nicht, deswegen frage ich ja. (*Dr. Taus: Da kann ich nichts dafür!*) Es kann nicht klar sein, wenn Sie uns den Sinn des Geschäftes der Treuhandenschaft nicht sagen. – Wenn Sie sich jetzt berufen auf Ihr Geschäftsgeheimnis, weil Sie nicht entbunden sind vom Treugeber, dann soll mir das recht sein. Das ist eine Antwort, ja, verstehe ich und akzeptiere ich. Aber zu sagen, ...

Dr. Josef Taus: Es war sein Vorschlag, und der war für mich und für andere plausibel! – Aus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und auf die konkrete Frage: War die MS-Stiftung und/oder Martin Schlaff Ihr ausschließlich alleiniger Treugeber?

Dr. Josef Taus: Ja. – Und eine Stiftung kann nicht kaufen! Da braucht man ein Vehikel!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, aber warum haben Sie dann gegenüber den Medien gesagt, Sie sind Treunehmer für – jetzt weiß ich es nicht auswendig – sechs, sieben, acht Investoren?

Dr. Josef Taus: Nein, das habe ich nie gesagt! Was in den Medien steht, ist eine zweite Geschichte. Das ist nie von mir gesagt worden!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also das haben Sie nie gesagt?

Dr. Josef Taus: Nie! – Die zweite Geschichte ... – Wenn Sie heute in der Früh nur die Nachrichten gehört haben: Einige Investoren um mich herum haben das Geschäft gemacht! – Das ist die Präzision! Das wurde im Staatsrundfunk heute in der Früh gesagt! – Sie, hören Sie mir auf mit dem! Also was soll das? Also, auf eine Zeitung ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das „Staatsrundfunk“ nennen, aber kommen wir wieder zum Untersuchungsgegenstand.

Dr. Josef Taus: Na, wie gesagt, das war es, das steht drinnen, wobei ... Also, jetzt ist doch lange genug eine Diskussion ... (*Abg. Mag. Kogler: Das ist aber kein Beweismittel, der „Staatsrundfunk“!*) – Bitte? (*Abg. Mag. Kogler: Das ist aber kein zulässiges Beweismittel, Radio hören!*)

Dr. Josef Taus: Na eben! Daher ist eine Zeitung auch kein zulässiges Beweismittel.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Deswegen fragen wir ja! – Da erkennen Sie den Sinn des Untersuchungsausschusses!

Dr. Josef Taus: Wissen Sie, wie schwer es ist, jemandem zu erklären, was eine Treuhandschaft ist? – Ich gebe ja keinen Rechtsunterricht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, es ist nicht so schwer zu erklären. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie aufgrund der Nichtentbindung und/oder auch des Geschäftsgeheimnisses über den Zweck des Treuhandverhältnisses keine weiteren Auskünfte geben wollen. Nehme ich zur Kenntnis. Das wir der Herr Treugeber uns dann sagen.

Sagen Sie, der Herr Cordt, war der auch nur Treuhänder?

Dr. Josef Taus: Weiß ich nicht. Ich glaube, meines Wissens ja. Aber der Herr Cordt war ja sogar dann der CEO der Firma! Der Herr Cordt war ja im aktiven Management der Firma.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, aber können Sie uns etwas darüber sagen: Waren Herr Cordt und/oder seine Firmen, die da beteiligt waren, Treuhänder?

Dr. Josef Taus: Er war Gesellschafter, so wie ich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So wie Sie. – Sie waren Treuhänder.

Dr. Josef Taus: Ich habe mich nicht darum gekümmert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie Wahrnehmungen, ob er auch Treuhänder war – zur Gänze, teilweise, oder nicht?

Dr. Josef Taus: Schauen Sie – es ist noch immer nicht da –: Die **Gesellschaft** war Treuhänder! **Das** war die Konstruktion. – Wir waren Beteiligte der Gesellschaft. Ich meine, ich will da jetzt keine Rechtsvorlesung halten, sondern juristisch war die Sache ganz eindeutig!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich will ja auch keine Rechtsvorlesung haben, sondern ich will einfache Antworten.

Dr. Josef Taus: Es ist juristisch so – ich sage es jetzt noch einmal, aber es macht mir schön langsam keinen Spaß mehr –, das heißt, die Frage ist ja so: Die **Gesellschaft** war Treuhänder! Und **wir** waren Gesellschafter! – Die Gesellschaft war Treuhänder, die Rechtsperson Gesellschaft war Treuhänder, und wir waren Gesellschafter! Eine 90 000-€-Gesellschaft kann nicht ein Milliardengeschäft abwickeln! – So, das ist es. Und das war die Konstruktion, die von den Juristen so vorgeschlagen wurde. Das war es! – Ich meine, das ist halt die Juristerei!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir haben das jetzt verstanden. (*Dr. Taus: War ich jetzt klar!?*) – Herr Kollege Krainer hat schon begonnen, Sie hinsichtlich der Kapitalerhöhung zu fragen. Können Sie mir sagen, was im Aktienrecht oder im Prospektrecht ein **Beneficial Owner** ist?

Dr. Josef Taus: Ein Beneficial Owner ist ein Rechtsbegriff, der dem österreichischen Recht eigentlich fremd ist; das ist aus dem angloamerikanischen Rechtssystem. Das ist der Eigentümer, dem die Vorteile aus dem Geschäft zugute kommen. Das ist ein Beneficial Owner. – Das kennen wir aber nicht in unserer Rechtsordnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau. – Kennen Sie den Prospekt, der aufgelegt worden ist (*Dr. Taus: Nein!*) von der ABN Amro, City Group, INF, RZB-Austria, Erste Bank, EFG Eurobank?

Dr. Josef Taus: Nein. Ich weiß, dass er gemacht wurde. Nein. – Ich habe so viele Prospekte selber gemacht, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich Sie bitten, den einmal in die Hand zu nehmen? Ich gebe Ihnen diesen, und zwar vom Datum 17. November 2004. Ich habe da zwei Vermerke hinein, und ich darf Sie bitten, Seite 24 aufzuschlagen. (*Dr. Taus: Ja, hab' ich schon!*) Und wie Sie da sehen, unter „Ownership-Struktur“ – alles auf Englisch – werden Sie ausgewiesen in diesem Prospekt anlässlich der Kapitalerhöhung, „Beneficial Interest in the Company“, als „Beneficial Owner“.

Dr. Josef Taus: Ja, ja, das ist die zweite Holding, die dort war. Das ist ja getauscht, geändert worden, die Holding.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie da jetzt Treuhänder oder Beneficial Owner?

Dr. Josef Taus: Nein, ich war ... – Einerseits war diese Gesellschaft, war ich **wieder** Treuhänder. Und das wurde als ... – Na, Beneficial Interest in the Company ist 10 Prozent, nicht? Das steht ja drinnen: „Beneficial Interest in the Company“.

Und dann war die entscheidende Frage: Ich war also kein Shareholder, sondern ich hatte eine Vereinbarung, die ich Ihnen einleitend gesagt habe, dass ich für meine Tätigkeit 0,8 Prozent (*Obmann Dr. Graf: Richtig!*) ungefähr ... – So, und das war es!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich Sie bitten, die Seite 39 dieses Prospektes aufzuschlagen? (*Dr. Taus: Kann ich alles tun ...*) – Das ist beim zweiten gelben Zettel, das da drinnen hängt. – Und zwar: In der Mitte dieser Seite findet sich Ihr Name wieder, oder wird Ihre Person beschrieben. Und im letzten Satz – das ist natürlich alles auf Englisch – steht wieder drinnen, dass Sie 10 Prozent der Aktien an der MobilTel

halten. (*Dr. Taus: Ich hab' ...*) – Jetzt haben wir herausgearbeitet (*Dr. Taus: Ich hab' 0,8 ...*), Sie haben nur 0,8 Prozent.

Dr. Josef Taus: 0,8 Prozent, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt auch Prospektwahrheit.

Dr. Josef Taus: Ja, kann schon sein, weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Prospekt ist sohin falsch!

Dr. Josef Taus: Weiß ich nicht. Da muss ich sagen, da bin ich ... – Ich habe ihn, ich lese das ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber wenn ein Prospekt öffentlich aufgelegt wird zu einer Kapitalerhöhung, wo drinnen steht, dass Sie mit 10 Prozent Aktienkapital selbst beteiligt sind, dann ist das falsch. – Können wir das festhalten?

Dr. Josef Taus: Ich habe 0,8 Prozent.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil Sie nur 0,8 Prozent gehabt haben? (*Dr. Taus: Ja, ja!*) – Wie kommen (*Dr. Taus: Und das war eigentlich schon ...*) die Erste Österreichische Sparkasse, die da dabei war, und die Raiffeisen Zentralbank, die da dabei war, zu diesen Angaben in diesem Prospekt, wenn das falsch ist?

Dr. Josef Taus: Weiß ich nicht. Muss ich fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aufgrund von welchen Informationen wurde dieser Prospekt erstellt? – Sie sind der Aufsichtsratspräsident ...

Dr. Josef Taus: Nein, nein, der Prospekt, das war ja etwas anderes, das war ja über die Holding-Gesellschaft!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: ... und sind Treuhänder.

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Dr. Josef Taus: Nein, kann ich Ihnen im Moment nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist aber eine wesentliche Frage, nicht wahr?

Dr. Josef Taus: Ich gehe dem nach, ja. Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Für mich verwunderlich ist, dass Sie in entscheidenden Funktionen – als Berater, wenn auch selbst als ganz kleiner Anteilseigner, als Treuhänder letztlich und als internationaler Fachmann, den man sich mehr oder weniger dazugekauft hat – von diesem Prospekt keine Ahnung haben.

Dr. Josef Taus: Das ist ja von der Ersten Österreichischen, glaube ich, gemacht worden, unter anderen. Aber dem gehe ich nach. Ich kann es Ihnen jetzt im Detail nicht sagen. Ich war sicher die 0,8 Prozent, und es ist durchaus sicher, dass das eine Treuhändigkeit ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube es Ihnen auch, dass Sie nur 0,8 Prozent gehabt haben, und ich glaube es Ihnen persönlich auch, dass Sie Treuhänder waren. (*Dr. Taus: Ich habe ja mit der Finanzierung ...*)

Das, was ich die ganze Zeit auch darzustellen versuche, ist, dass man bewusst offensichtlich mit Ihrer Person, und/oder auch vielleicht mit anderen, Tatsachen vorspiegeln wollte, die ganz einfach nicht gegeben waren! (*Dr. Taus: Nein, glaube ich nicht!*) – Und das ist genau das, was wir hier auch untersuchen.

Dr. Josef Taus: Nein, das glaube ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das glauben Sie nicht?

Dr. Josef Taus: Nein – ich kann es Ihnen sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was ist denn das Ergebnis, wenn das ein falscher Prospekt ist? Was für Konsequenzen hätte das denn?

Dr. Josef Taus: Eine Treuhandenschaft muss man nicht aufdecken – wenn das so ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, nicht für Sie, sondern generell.

Dr. Josef Taus: Nein, gar nichts ist das. Das kann ich Ihnen auch rechtlich sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat gar keine Konsequenzen, sagen Sie?

Dr. Josef Taus: Nein. Überhaupt keine.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wozu braucht man dann einen Prospekt?

Dr. Josef Taus: Weil es eine Gruppe gegeben hat. Es waren ja genau bestimmte Käufer. Warum sie den gemacht haben, weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bin ja auch davon überzeugt, dass schon im Jahr 2001 ganz genau bestimmt war, wo die Anteile am Ende landen sollen.

Dr. Josef Taus: Da stehen ja eh alle Aufsichtsräte drinnen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sagen Sie, haben Sie gewusst, dass der Herr Chernoy als wirtschaftlich Mächtiger hinter dem Verkäufer eine Besserungsvereinbarung abgeschlossen hat? (*Dr. Taus: Nein!*) Dass er auch bei dem Weiterverkauf mitverdient hat? (*Dr. Taus: Nein!*) – Haben Sie auch nicht gewusst. – Sie wissen aber wenig von den ganzen Hintergründen des Geschäftes.

Dr. Josef Taus: Das war nicht meine Funktion!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na, aber wen wollen Sie denn beraten? – Wenn der Berater selber nichts weiß (*Dr. Taus: Nein, nicht über Finanzen!*), kann er ja nicht beraten!

Dr. Josef Taus: Nein, ich habe einleitend gesagt, dass ich mit der Finanzierung nichts zu tun hatte! – Aus! Das war so vereinbart.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben auch gesagt – und das habe ich mir auch aufgeschrieben, und zwar wörtlich –: Verdienen tun immer die, die finanzieren.

Dr. Josef Taus: Ja, sicher.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frage: Warum hat dann die BAWAG so wenig – unterproportional – verdient? Die haben ja finanziert?

Dr. Josef Taus: Die haben kreditfinanziert! – Aber ich weiß nicht, was die verdient haben. Ich hoffe, sie haben viel verdient. Mehr kann ich nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, unterproportional!

Dr. Josef Taus: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Vor allem kenne ich nicht ... – ich habe nichts verhandelt mit ihr, gar nichts.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sagen Sie, Sie haben noch Ihren Werdegang zur BAWAG geschildert (*Dr. Taus: Ja!*), der sich im Wesentlichen verfestigt hat als ständige Bankverbindung Anfang der neunziger Jahre. – Ist das richtig?

Dr. Josef Taus: Ja, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat das einen Zusammenhang damit gehabt, dass die BAWAG eingesprungen ist, als letztendlich bei Ihrer Firma eine Art feindliche Übernahme im Gespräch war, an der die CA mitwirken wollte oder mitgewirkt hat?

Dr. Josef Taus: Ach Gott, es hat da verschiedene Dinge gegeben. Und ich schlieÙe es nicht aus. Aber das war nicht der Hauptgrund, sondern wir haben die Konstruktionen geändert. Und es war ja nicht die BAWAG allein, wir haben ja andere Banken auch. Und wir haben dann geändert. Ich habe zur BAWAG eine traditionell gute Beziehung gehabt, aus meiner Bankzeit noch, und dann haben wir uns auch noch aus der Gewerkschaft gekannt. Das ist ja kein Geheimnis, dass ich aus der christlichen Gewerkschaftsfraktion komme, nicht wahr? – Daher habe ich zur BAWAG ein altes, langes Verhältnis, das natürlich dann unterbrochen war.

Und dann haben wir 1991/1992 wieder begonnen, mit der BAWAG zu arbeiten. Und es kann immer sein, wenn eine Gruppe, so wie wir das waren, mit einer Firma oder mit einer Firmengruppe beginnt – ich habe immer die Meinung vertreten in Österreich: hoffentlich machen es uns viele nach! –, dann muss man mehr Leute haben, die unternehmerisch tätig werden sollen. Das ist uns gelungen. – Dass da die eine oder andere Sache uns gegenüber unfreundlich war ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber die Schwierigkeiten damals Anfang der neunziger Jahre hat es schon gegeben, ...

Dr. Josef Taus: Ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: ..., mit diesem ominösen Cafetier, dem Herrn Kickingner?

Dr. Josef Taus: Richtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und da hat Ihnen die BAWAG mehr oder weniger schon geholfen, das abzuwehren?

Dr. Josef Taus: Nicht allein, mehrere. Ja. Aber die BAWAG war wesentlich dabei, weil sie mich sehr gut gekannt haben und unsere Gruppe gut gekannt haben. Wir waren alles ... – ein Paschke und ein Brasseur und wer da aller dabei war. Das wollten wir nicht, wir wollten einfach unsere Anteile nicht verkaufen, sondern wollten die Gruppe aufteilen. Und das hat dann tadellos funktioniert. Es geht uns nicht schlecht. Aber so ist es. – Das hat aber mit dem Geschäft hier überhaupt nichts zu tun.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, nein, aber es ist halt die Frage: Woher kommen gute Beziehungen?, die man auch einmal beleuchtet. Und das ist ja auch noch nichts Schlimmes.

Dr. Josef Taus: Nein. Ganz korrekt. Bis zum heutigen Tag sind wir mit der BAWAG gut!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich Sie bitten, dass Sie mir den Prospekt wieder zurückgeben?

Dr. Josef Taus: Selbstverständlich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie werden sich den sicher beschaffen können.

Ich möchte an dieser Stelle schon festhalten, dass es so einfach nicht ist, dass es eine lässliche Sünde ist, wenn man der Prospektwahrheit nicht nachkommt – denn das ist letztlich die Bestätigung gegenüber dem Kapitalmarkt, dass man Eigentümer ist, und da hat man das offenzulegen. Und wenn man das nicht tut, dann hat man natürlich schon die verschiedenen Strafbestimmungen, die sich natürlich von jedem Land her anders beurteilen lassen, gegen sich gelten zu lassen – und zwar die Verantwortlichen dafür.

Dr. Josef Taus: Ich habe den Prospekt nicht erstellt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben ihn nicht erstellt, nein – das weiß ich ja ohnedies –, aber die Verantwortlichen für diesen Prospekt.

Dr. Josef Taus: Also ich glaube noch immer ... – ich schaue es mir an. Ich sehe ihn jetzt ... – bitte schön, das mag eine Nachlässigkeit sein, aber ich habe so viel zu tun, dass ich mir das nicht angeschaut habe. Das war erledigt für mich. Die Geschichte war erledigt für mich. Es war verkauft. Die Telekom hat die MobilTel gehabt. Damit habe ich meine Funktion erfüllt, bin zurückgetreten und habe mich um diese Sachen nicht mehr gekümmert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie etwas davon aus eigenen Wahrnehmungen, dass der Herr Sundt und der Herr Schlaff schon länger gute Freunde sind?

Dr. Josef Taus: Nein. Ich glaube, der Herr Sundt und der Herr Schlaff haben sich erst über den Deal kennengelernt, ich weiß es aber nicht. (*Obmann Dr. Graf: Ihres Wissens?*) Bitte? – Mehr weiß ich nicht. Ich habe mich um die Freundschaft des Herrn Schlaff überhaupt nicht gekümmert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Verschiedene Mitglieder dieses Ausschusses haben durchaus auch die anderen Informationen, dass die Familien schon seit drei Generationen gut befreundet sind.

Dr. Josef Taus: Okay. Soll sein. Ich weiß es nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nun, ich frage Sie, ob Sie Wahrnehmungen hatten! – Wenn Sie „nein“ darauf sagen, ist es für mich auch schon wieder erledigt.

Dr. Josef Taus: Den Vorschlag, den Herrn Sundt in den Aufsichtsrat zu nehmen, habe ich den Geschäftsführern gemacht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das haben wir gehört. – Herr Kollege Bucher, Sie sind als Nächster als Fragesteller an der Reihe.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Dr. Taus! Ein paar Fragen zur Ergänzung des Komplexes, und zwar: 2002 hat sich die BAWAG am Kauf der MobilTel beteiligt. 2004 ist sie ausgestiegen und hat dann nur mehr einen Kredit gegeben.

Dr. Josef Taus: Nein, ich glaube nicht mehr. Das war vorbei. Den Kredit hat sie, glaube ich, dann zurückbezahlt bekommen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Auch 2004 zurückbezahlt bekommen?

Dr. Josef Taus: Ich glaube, 2004. Ja.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ab 2004 gab es also überhaupt keine Beteiligung mehr von Seiten der BAWAG?

Dr. Josef Taus: So viel ich weiß, nicht mehr. Nein, nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Taus, im Konsortium waren sie dann mit 125 Millionen € wieder drinnen.

Dr. Josef Taus: Ja, das mag sein. Ja, das muss drinnenstehen, aber sie waren nicht mehr beteiligt an der Treuhand ... – Der Kredit wurde zurückgeführt. Das heißt, die BAWAG hat ihre über 500 Millionen € oder so etwas an Kredit zurückgeführt bekommen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Im Grunde genommen war sie aber noch mit im Boot mit 125 Millionen €? (*Dr. Taus: Ich verstehe Sie nicht, entschuldigen Sie!*) Die BAWAG war ja noch mit 125 Millionen € dabei.

Dr. Josef Taus: Ja, beim Konsortium nachher, das dann verkauft hat. Das ist durchaus denkbar, warum nicht. Es muss für sie eigentlich auch ein Geschäft gewesen sein. Wenn es für die anderen eines war, muss es für sie auch eines gewesen sein. Darum habe ich mich nicht gekümmert.

Ich bin eine **Kundschaft** der BAWAG – nur um das klar zu sagen, das ist etwas ganz anderes, als ein ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Taus, bitte, Ihr Licht nicht in dem Ausmaß unter den Scheffel zu stellen! Sie waren Aufsichtsratspräsident, Sie sind kleiner Miteigentümer gewesen, Sie waren Treuhänder und Sie waren Konsulent/Berater, und haben die Due diligence technischer Natur.

Dr. Josef Taus: Aber nicht bei der BAWAG, bitte!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nicht bei der BAWAG, aber beim gesamten Engagement!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Doktor Taus! Sie waren ein langjähriger Geschäftspartner der BAWAG, oder sind es heute noch, haben Sie gesagt.

Dr. Josef Taus: Heute noch! Freilich, ja. **Kunde**, nicht Geschäftspartner allerdings! Partner ist etwas anderes. Kunde! Ich bin Bankkunde; also ich überhaupt nicht, aber die MTH und die P & V sind Bankkunden der BAWAG.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber aus Zeitungsmeldungen weiß man ja auch, dass Sie auch zum ehemaligen Herrn Generaldirektor guten Kontakt hatten.

Dr. Josef Taus: Na mit jedem! Ich oder wir, da sind ja noch meine Vorstandskollegen, haben jetzt schon mit vier Generaldirektoren der BAWAG gut zusammengearbeitet.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Die Frage, die sich mir stellt, ist: Warum ist die BAWAG 2004 ausgestiegen, wenn doch der unmittelbare Deal erst erfolgen sollte?

Dr. Josef Taus: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Sie sind ausgestiegen. Ich habe mir nicht überlegt, warum wer wo was macht. Sie werden schon einen geschäftspolitischen Grund gehabt haben.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben sich aber die Frage nie gestellt beziehungsweise sich gewundert darüber?

Dr. Josef Taus: Nein, das tue ich nicht! Das geht mich nichts an!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Man wollte also eventuell noch Kassa machen, sozusagen noch rechtzeitig.

Dr. Josef Taus: Möglich! Ich hoffe, sie hat gut verdient. Mehr kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sind Sie einmal von der Bundespolizeidirektion einvernommen worden?

Dr. Josef Taus: Ja, ein einziges Mal, zu etwas Eigenartigem, weil ich nämlich Herrn Generaldirektor Elsner in seinem Haus in Frankreich besucht habe. Und da wurde ich gefragt ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Die Sache mit dem berühmten „schwarzen Kuvert“.

Dr. Josef Taus: Ach Quatsch, das war kein schwarzes Kuvert, es war eine Land ... Mein Gott noch einmal, also wissen Sie, die Zeitungen! Die lesen alle schlechte Kriminalromane. Die Geschichte kann ich Ihnen erzählen, die ist ganz einfach. (*Abg. Mag. Rossmann: Den guten erzählen Sie uns!*)

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Erzählen Sie uns die Geschichte, damit wir das auch im Protokoll haben.

Dr. Josef Taus: Freilich können Sie sie haben, das ist ja gar keine Frage.

Also, ich muss viel weiter ausholen. Wir übernehmen in der Regel in unserer Gruppe Firmen, denen es nicht gut geht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist die Management Trust Holding? Wer ist da aller mit dabei in dieser Gruppe? (Abg. Mag. **Rossmann:** Die Firma Elsner!)

Dr. Josef Taus: Aktionäre oder wie? (Abg. **Bucher:** Ja!) Ja, das steht nicht ... Das ist eine Aktiengesellschaft. Es gibt nur ein Syndikat, dem ich angehöre, dem eine deutliche Mehrheit gehört, aber die BAWAG ist **nicht** dabei, um das zu sagen. Die BAWAG ist **nicht** Aktionär bei uns. (Abg. **Bucher:** Gut!)

Wir haben immer die Gewohnheit, wenn wir solche Firmen übernehmen – das ist ja gefährlich, ich werde jetzt keine Namen nennen –, dass wir uns natürlich Banken suchen, die uns begleiten. Und so war das auch bei einer Firma, die wir übernommen haben. Und dann haben wir die Übung, dass wir diesen Banken anbieten, dass sie Vertreter in den Aufsichtsrat schicken, sodass sie miterleben, wie das geht. In der Regel machen wir dann sogar noch ein Sanierungskomitee, in dem die Bankvertreter auch drinensitzen. Das war in der Frage deshalb kompliziert – und Sie werden jetzt gleich verstehen, worauf ich hinauswill –, weil da die eine oder andere Bank, die da wieder mitfinanziert hat, vorher bei der Firma Geld verloren hat - und nicht wenig. Sie haben dann aber gesagt, ja, unser Konzept gefällt ihnen – nicht nur die BAWAG, die anderen – sie machen mit, und dann gingen, zwei Banken waren das, ein BAWAG-Vertreter des Vorstands und einer von der zweiten Bank hinein. Die sitzen jetzt noch drinnen. Ich sage jetzt sogar den Namen des BAWAG-Vertreters, es war einer der Jüngeren des Vorstands, Herr Dr. Schwarzecker, der viele Jahre der Prüfungschef der BAWAG war. Dem haben wir sogar gesagt, er ist Aufsichtsratsvorsitzender in dieser Firma und der Vertreter der anderen Bank ist Vizevorsitzender. Ich sitze in dem Aufsichtsrat auch drinnen.

Als die BAWAG-Geschichte in die Öffentlichkeit kam, dass die so viel verloren hat – wir wissen bis heute nicht, **wie** sie es verloren hat, wann und wo, weil ein Bankdirektor darf alles sagen, nur nicht, dass er Verluste hat, dann provoziert er einen Run, das geht ja nicht –, kam Dr. Schwarzecker zu uns und hat gesagt: Bitte schön, Sie sehen ja, was da in den Zeitungen steht. Ich lege meine Funktion zurück. Dann habe ich um eine Syndikatsbesprechung gebeten, und wir haben ihm einstimmig mitgeteilt: Wir wünschen **nicht**, dass er seine Funktion zurücklegt. Das ist gar kein Thema. Er hat sich bei uns immer ordentlich benommen, hat ordentlich mitgearbeitet, und so sitzt er heute noch in unserem Aufsichtsrat und ist Vorsitzender in dieser einen Gesellschaft.

Denn das geht nicht: Ich kann nicht mit Leuten weiß Gott wie lange arbeiten, dann passiert ihnen irgendetwas, und dann sage ich: Die vergesse ich, die lasse ich fallen. Das kommt bei uns nicht in Frage. Und genau das gleiche war mit Elsner.

Das heißt also, das war ein Zufall. Ich habe einen ganz engen Freund, der verlobt seine Pension mit seiner Frau in Fayence (Abg. **Bucher:** Manfred Scheich!) Botschafter Scheich! Wir haben in einer Wasserball-Mannschaft gespielt. Das ist schon lange her, aber wir sind eng befreundet. Meine Frau ist gut mit ihnen und besucht sie öfter. Wir haben lange vor der Geschichte ausgemacht, dass wir sie irgendwann im Frühherbst besuchen. Ich habe nur drei Tage Zeit gehabt, also ein verlängertes Wochenende. Und da wurde ich von Frau Elsner angerufen. Sie hat gesagt, es ginge ihm so schlecht. Ich habe gesagt: Na ja, was soll ich tun? Wie ist es mit euch? Kommt ihr wieder nach Wien? – Nein, nein, sie bleiben dort, und das geht nicht. Dann sage

ich, glaube ich – wie, das war, weiß ich nicht so genau –: Ich bin in Fayence. Wenn es sich irgendwie ausgeht bei der Rückfahrt zum Flughafen, dann fahre ich hin. Und das war es!

Ich bin hingefahren. Dann haben wir, Manfred Scheich und ich, wir sind gleich alt, vielleicht spielt das schon eine Rolle, nicht hingefunden. Er hat so eine französische Landkarte drinnen gehabt. Da habe ich geschaut, wo wir sind. Dann haben wir mit dem Handy angerufen, ich glaube zehnmal, bis man uns zu diesem Treffpunkt hingeleitet hat, denn das Haus kann man nicht finden, das ist da so irgendwo in einer Einbuchtung drinnen. Dann haben wir endlich diesen Treffpunkt gefunden. Dort bin ich ausgestiegen. Frau Elsner war mit einem Auto dort und hat gesagt: Bitte, steigen Sie um! Ich habe ihr meinen Koffer gegeben und habe in der Hand – wahrscheinlich war es das – die Landkarte gehabt, nach der wir gesagt haben: Jetzt müssen wir links fahren, jetzt müssen wir rechts fahren, und die habe ich wieder hineingelegt. Das war die Landkarte von Scheich, der die eben in seinem Auto drinnen gehabt hat.

Dann bin ich zu Generaldirektor Elsner gegangen, und dort habe ich ihn getroffen. Ich habe ihn ja lange gekannt. Und, na ja, medizinisch konnte ich über ihn nichts sagen, also ich bin kein Arzt, ich verstehe das nicht, aber er war ziemlich fertig. Und dann habe ich mit ihm geredet. Ich hatte mir so eine knappe Stunde vorgenommen. Das ging aber nicht, weil wir eine halbe Stunde den Ort gesucht haben. Wie lange war ich dort? Ich habe im Protokoll nachgelesen, dass Herr Elsner gesagt hat, ich war 5 Minuten dort. Ich war sicher länger anwesend, vielleicht 20 oder 25 Minuten, aber viel länger schon nicht mehr, denn an der Riviera staut sich ja alles, da wäre ich dann zum Flughafen zu spät gekommen. Dann hat sie mich hingeführt zum Flughafen, sonst hätte mich Scheich noch hingeführt, dann wäre er mit hineingegangen, aber sie hat gesagt: Ich führe Sie zum Flughafen.

So. Ich war bei ihm dort. Ich habe mit ihm 20 oder 25 Minuten geredet, was man eben mit jemandem redet, der schwer unter Druck steht und angeschlagen ist. Ich weiß nicht, also wenn man über Sie ein Jahr lang schreibt, Sie sind der Staatsfeind Nummer eins, wird sich der Jubel bei Ihnen auch in Grenzen halten.

Und dann hat Scheich gesagt: Schau her, die fotografieren uns! Da habe ich dann gesagt - also, ich bin in der Regel nicht sehr vornehm, ich habe das anders gesagt –, mir ist das völlig wurscht, die sollen fotografieren, ich kann besuchen, wen ich will. So. Und dann kamen die schönen Bilder im „Kurier“ und alles Weitere. Das war's! Und wenn einer nicht versteht, dass wir in der Gruppe niemanden fallen lassen, auch unsere eigenen Leute nicht, und auch **nicht** die Banken, dann soll er mich gern haben. Das war der Grund, warum wir dort waren! (Abg. **Bucher**: Gut!)

So. Und dann ruft mich die Kriminalpolizei an. Da gibt es ein eigenes Sonderkommando, die saßen drinnen. Da war ein sehr netter älterer Polizeibeamter, ich weiß nicht, war der Hofrat oder Oberpolizeirat, der hat mich gefragt. Ich habe das Protokoll nicht einmal durchgelesen dann, weil ich mich eigentlich gewundert habe, was sie von mir wollen. Er war sehr höflich und sehr nett und hat gesagt: Was glauben Sie? Ist er krank oder was? Ich habe gesagt: Sie, ich bin kein Doktor, ich weiß das nicht. Ich bin kein Arzt, werde auch keiner mehr werden, ich bin zu alt, aber eines kann ich Ihnen sagen: Fertig ist er! Ich kenne ihn ja, wie er war. Er ist ein Mann, der – ich würde sagen – auf Anhieb keine Sympathien gewinnt, weil er sehr stark auftritt und immer ... Er ist halt so. Jeder ist, wie er ist. Das schadet ihm ja auch genug jetzt, diese Art, die er hat. Ich habe gesagt, das kann ich sagen: Fertig ist er! Und damit war die Vernehmung erledigt.

Wenn Sie das Protokoll haben, werden Sie ohnehin sehen, was drinnen steht. Ich weiß es nicht! Mein Wort: Ich habe es blind unterschrieben, weil mir das wurscht war. Das ist egal! – Das war´s!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wir kennen das Protokoll nicht. Meine Frage zielte ja auf einen ganz anderen Sachverhalt ab, nämlich auf eine Niederschrift der Bundespolizeidirektion Wien aufgenommen mit Herrn Peter Schneider. (*Dr. Taus: Weiß ich nicht, wer das ist!*) Und zwar im Dezember 2004.

Dr. Josef Taus: Nein, was ist das?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): ... der seine Vermutungen über den Telekom Deal beziehungsweise Mobilkom Deal ...

Dr. Josef Taus: Wer ist Herr Schneider? (*Abg. Mag. Kogler: Ein Journalist!*)

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ein Journalist.

Dr. Josef Taus: Ein Journalist! Ja, mein Gott!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie wurden zu dieser Causa jedoch nie befragt, oder zu dem Sachverhalt, der hier zu Papier gebracht wurde?

Dr. Josef Taus: Nein! Und was hat Herr Schneider gesagt?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Er hat Vermutung geäußert, dass dieser Deal vorher abgesprochen worden sei, nachdem es schon 2002 ein Angebot von der Telekom Austria gegeben hat, die bulgarische MobilTel zu kaufen, ja. (*Dr. Taus: Das weiß ich nicht!*) Und sozusagen schon 2002 festgestanden ist, dass die Mobilkom Austria, sie zu einem späteren Zeitpunkt erwerben möchte.

Dr. Josef Taus: Da würde ich die Vorstände dort fragen, das weiß ich nicht. Keine Ahnung! Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber diese Bitco, die kennen Sie? Diese Gesellschaft?

Dr. Josef Taus: Ja, ja, natürlich! Die ist konstruiert worden dafür: zum Verkauf. (*Abg. Bucher: Von der BAWAG?*) Nein, nein, von der gesamten Finanzgruppe ist die gegründet worden. (*Abg. Bucher: Bitte?*) Von der Finanzgruppe ist die gegründet worden, nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Von welcher Finanzgruppe?

Dr. Josef Taus: Von der, die dann den Kauf durchgeführt hat und das an die Telekom weitergeführt hat. Da war ich gar nicht dabei, nicht? Bin ich dabei, ja. (*Abg. Bucher: Da waren Sie dabei?*) Wann war das? Das Bankenkonsortium, war die BAWAG da dabei? – Nein. Die BAWAG war nicht dabei, weiß ich nicht, im Konsortium kann sie gewesen sein. Das war einfach eine Konstruktion für den Verkauf, wie man das gelegentlich macht.

Das ist mir aber **wirklich** neu! Und wer ist das, das interessiert mich jetzt? Wer ist Herr Schneider? Wo ist er? Wofür schreibt er? Für wen? Das ist ja kein Geheimnis.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, also welche Profession er hat, kann ich jetzt nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt dreht sich der Untersuchungsausschuss: Jetzt fragt schon die Anhörungsperson die Abgeordneten!

Dr. Josef Taus: So etwas ist doch ein ungeheurer Vorwurf. (*Obmann Dr. Graf: Das ist kein Vorwurf!*) Nicht gegen mich, aber generell!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nur vielleicht, dass man vorhält, in welchem Zusammenhang das mit Dr. Taus steht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Gut, eine weitere Ergänzungsfrage noch: Die Eastern Mobile Telecom Fund, kennen Sie diese Gesellschaft? (*Dr. Taus: Nein!*) – Ist Ihnen die nie untergekommen?

Dr. Josef Taus: Nein. Wer ist das? Der Verkäufer kann es sein, ja, weiß ich nicht. Das war nicht meine Geschichte, das habe ich nicht gemacht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sicher nicht?

Dr. Josef Taus: Sicher nicht. Ich kenne sie nicht, nein.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Vielleicht beraten Sie sich noch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da ist Dr. Taus offensichtlich zu jung, die kennt er noch nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war ja die Verkäufergruppe!

Dr. Josef Taus: Ja. Ach so, die Verkäufer, ja natürlich. Das ist doch keine Zeit. Das hat mich doch überhaupt nicht interessiert! Was soll das? Ich habe bestimmte Funktionen übernommen, aber mich interessiert doch nicht, wer der Verkäufer ist beziehungsweise wie die sich organisiert haben. Es hat immer geheißen, der Hauptbeteiligte ist Herr Chernoy. Aus. (*Vertrauensperson Dr. Prantl: Es kann die gewesen sein!*) Es kann die gewesen sein. – Na ja, Moment! Da muss ich ihn fragen, wartet einmal!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ist die für Herrn Schlaff gemacht worden?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist jetzt aber interessant! Jetzt haben Sie Herrn Chernoy doch schon vorher gekannt. (*Dr. Taus: Ich? Nein! Ich nicht, nein!*) Na, weil Sie gesagt haben, es hat immer geheißen, das ist der Herr Chorney. (*Abg. Bucher: Chernoy!*) Chernoy, Chorny – was weiß ich. Vorhin haben Sie gesagt, Sie haben den Namen und das alles erst im Jahr 2003 anlässlich der Intervention in Erfahrung gebracht.

Dr. Josef Taus: Nein, nein, nein. Das der eine Gesellschaft hat, über die er das verkauft, dass er die Aktien nicht in der Aktentasche trägt, das ist ohnehin klar, aber der Mann, dem das gehört hat, so wurde es uns dargestellt oder mir dargestellt, war dieser Herr Chernoy, Chorny von Anfang an. Dass der eine Firma hat, na ja sicher.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der hat genau diese vielen Namen, die Sie jetzt schon versucht haben, aufzuzählen.

Dr. Josef Taus: Ich weiß ja nicht, keine Ahnung! Einer hat einmal den Namen so ausgesprochen, der andere so. Ich habe keine Ahnung! Wie heißt der wirklich? Ich weiß es nicht. Wie wird es ausgesprochen? Das ist ja Russisch, nicht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, der hat laut Aktenlage acht oder neun Namen und verschiedene Schreibweisen.

Dr. Josef Taus: Ach was! Chernoy, wenn das Russisch ist, ist das das schöne böhmische Černý, der Schwarz; das ist es. (*Abg. Mag. Kogler: Das ist Ukrainisch!*) Ist das Ukrainisch? Aha, dann habe ich schon wieder etwas gelernt. Das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es heißt aber trotzdem Schwarz, auf Deutsch. (*Dr. Taus: Schwarz heißt es! Ja sicher, slawische Sprachen sind ähnlich; ich kann sie aber nicht! Tut mir leid!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen die Mobtel bekannt, die serbische Mobtel?

Dr. Josef Taus: Ja sicher, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die ist Ihnen bekannt. (*Dr. Taus: Ja!*) Haben Sie beim Kauf der Anteile irgendeine Rolle gespielt?

Dr. Josef Taus: Ja. Ich habe einige Male ... Das gehörte einer Familie, die kurz einmal in Wien war, da habe ich sie gesehen. Wie hießen die? – Karić, Karić, ja. Die haben das gehabt. Da lief ein Schiedsgerichtverfahren – das habe ich mir dann noch angeschaut – in der Schweiz, das dann nie zu Ende gegangen ist. Und diese Karić waren offensichtlich nicht nur Geschäftsleute, das ist eben in so Umsturzeiten immer so, sondern die haben auch politischen Ehrgeiz gehabt. Und dann hat Ihnen die ... – Die haben behauptet, Sie hätten die Mehrheit, aber das hing davon ab, wie dieses schweizerische Schiedsgericht entscheidet. Und dann hat ihnen die – da war meine Funktion praktisch schon zu Ende – serbische Regierung die Konzession entzogen. Da kann man darüber denken, wie man will, das haben sie gemacht. Dann ist aber trotzdem diese Geschichte versteigert worden. Da war eigentlich schon von Anfang an die Telekom dabei, denn die wollten das ja haben. Das war ja die Idee, dass im ganzen Streifen vom Südbalkan herauf bis Österreich alles der österreichischen Telekom gehört. Da sind sie dann schon auf den Geschmack gekommen, dass man so etwas machen kann. Und dann ist das aber versteigert worden – ich war nicht mehr dabei –, und es hat das die norwegische Telenor um den ungeheuren Betrag – das ist eine relativ kleine Gesellschaft gewesen – von 1,2 Milliarden € gekauft. Die Norweger haben Öl und Gas, und daher ersteigern sie alles, was sie wollen.

Das war eine sehr unangenehme Situation, aber ich hatte dann später den Eindruck, dass die Serben dann eher eingelenkt haben, und dann hat die österreichische Telekom eine Konzession bekommen, sodass sie jetzt dort eine Firma aufbauen kann. Das war in etwa der Vorgang.

Das ist immer das Problem in allen diesen Ländern: Wenn eine Sache politisch wird ... – Das, muss man sagen, haben wir nicht gewusst, auch die Leute in Serbien, mit denen wir geredet haben, die wir gefragt haben, Anwälte und so, haben das nicht gesagt. Auf einmal waren die Karić in Schwierigkeiten.

So. Es ist aber dann gut ausgegangen, und die Telekom hat diese Konzession dann zu einem vernünftigen Preis bekommen, sodass sie jetzt auch eine serbische Firma hat, sodass sie das in Bulgarien, Serbien, Kroatien – da sind sie auch nicht so groß – und Slowenien das ganze Gebiet herauf hat, nicht. Wenn sie das gut machen, haben sie eineinhalb Millionen Kunden, und das ist für die schon wichtig, nicht. Dann haben sie 12, 13 Millionen Kunden, und damit ist man in Europa schon ein bisschen etwas, und ist nicht mehr dem Schicksal ausgeliefert, verkauft zu werden. Und das war das, wo ich ehrlich zugebe: Das wollte ich verhindern. Aus. Das war mein politischer Hintergrund; das hat die anderen überhaupt nicht interessiert. Das war immer meine Linie, davon können Sie sich überzeugen, von der Verstaatlichten angefangen bis heute.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Uns liegen Unterlagen vor, dass Sie ...

Dr. Josef Taus: Das war auch keine – nächster Punkt – österreichische Bank involviert, also da war von der BAWAG keine Rede mehr dabei. Es war auch nicht notwendig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es liegen uns Unterlagen vor, dass Sie über Umwege zu 10 Prozent an einer in Zypern domizilierten **Arandene Enterprise Ltd.** beteiligt waren. (*Dr. Taus: Wie war das, was ist das?*) Es liegen uns Unterlagen vor,

dass Sie über Umwege zu 10 Prozent beteiligt waren an einer Arandene Enterprise Ltd. in Zypern. – Stimmt das?

Dr. Josef Taus: Das ist durchaus denkbar. Na ja, genauso treuhändig wie alles andere.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da waren Sie treuhändig beteiligt?

Dr. Josef Taus: Das war tatsächliche Treuhandenschaft. Ja, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wollen Sie uns mitteilen, wer der Treugeber war?

Dr. Josef Taus: Nein, weiß ich nicht, kann ich nicht sagen, nein. Da können Sie andere dazu fragen. Kann ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wen sollen wir denn fragen?

Dr. Josef Taus: Wenn Herr Schlaff kommt, wenn Herr Cordt kommt, fragen Sie die.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die MS-Privatstiftung war ja zu 80 Prozent beteiligt an der Arandene Enterprise.

Dr. Josef Taus: Ja eben, ja natürlich, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und die H.F.R.C-Privatstiftung, die ja Cordt zugerechnet wird, auch zu 10 Prozent.

Dr. Josef Taus: Ja, okay, ja. Ob Cordt treuhändig ist, weiß ich nicht. Ich bin es!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie waren hier Treuhänder, nur rein treuhändisch?

Dr. Josef Taus: Nur Treuhänder, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber Ihnen ist dann schon die Verquickung mit der MobilTel über diese Firma bekannt? (*Dr. Taus: Nein!*) – Mit der Mobtel.

Dr. Josef Taus: Mit der *Mobtel!* Ja, das kann schon sein. Wahrscheinlich wurde das gegründet – ich muss einmal nachdenken, dass ist ja schon wieder ein paar Jahre her! –, weil das wahrscheinlich die Karić wollten. Die wollten dort übertragen. Ich glaube, die haben diese Aktien, ich glaube, dass sie die in Zypern haben oder wo.

Sie müssen immer etwas sehen: Ich mache heute nicht übertrieben viel Geschäfte mit den Wendestaaten. Ich kenne sie von früher, aus alten Zeiten, aus der Bank, aus der Verstaatlichten, ich hab viel in Russland verhandelt, viel am Balkan verhandelt, in Polen, überall. Und so eine Wende bringt immer eine Menge zu Tage: Änderungen, die mit den Vorstellungen, die es im Westen gibt, nicht immer übereinstimmen. Ich war zwar ein Kind damals, also bei Kriegsende und nachher; wir haben ja auch Wendungen gehabt. Da ist immer das Gleiche passiert, nur ist das schon längst vergessen. Das heißt also, da tauchen plötzlich Leute auf, die viel Geld haben oder sonst irgendwo.

Wenn Sie jetzt dort Geschäfte machen und hier die Beschäftigung halten – das ist ja nicht so, also wir beschäftigen ja ein paar Tausend Leute – und Sie machen auch Geschäfte und Sie verkaufen, da tauchen auf einmal Leute auf. Und dann lesen Sie in der Zeitung, der Herr XY hat 15 Milliarden Dollar Vermögen. Jeder, der sich in der Welt auskennt, weiß, dass 15 Milliarden Dollar ein ordentlicher Betrag sind. Den hat nicht jeder. Da heißt es, der ist also 42 Jahre und der hat da vor sieben, acht Jahren angefangen. Das hat er. So, und jetzt müssen Sie entscheiden: Mache ich das Geschäft, verkaufe ich dem die Maschinen, die der will, oder verkaufe ich Sie ihm nicht, oder wie geht das? Schau ich weg, oder fange ich jetzt an zu investigieren: Wie hat der 12 Milliarden Dollar in fünf Jahre oder in acht Jahren oder in zehn Jahren?

So, und das ist das, die ganze Situation. Und der Jubel – wenn ich den so bei den Medien sehe, die sich auf einmal am Herrn Chernoy stoßen – über andere, die da sind und die dann 10 Milliarden, 15 Milliarden ..., da haben wir gejubelt, wie ungeheuer gut das ist. Himmel, Herrgott noch einmal! Gut. Der Herrgott hat einen großen Tiergarten. Aber die Geschichte ist ... – Aber vor dem stehen Sie, vor dem stehen Sie, wenn Sie dort sagen, ich mach was! Das ist die Situation!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Taus, ich danke für den tiefen Einblick, den Sie uns gewähren hinsichtlich Ihrer Geschäftsauffassung. Es darf Sie aber nicht verwundern, dass es in dieser Republik auch noch Leute gibt, die vielleicht da und dort moralisch eine andere Auffassung haben. (*Dr. Taus: Natürlich!*) Man muss nicht mit jedem Kriegsgewinnler – insbesondere dann, wenn er durch Mord und Totschlag, organisierte Kriminalität und Verbrechen zu seinem Vermögen gekommen ist! – auch noch die tollen Geschäfte machen!

Dr. Josef Taus: Ich weiß gar nicht, ob das stimmt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Naja, wenn man nicht fragt! Den Eindruck habe ich ja! Sie haben viele Berufe angegeben bei Bekanntgabe der Personalien, aber Ihren Hauptberuf, nämlich Treuhänder, haben Sie nicht angegeben. (*Dr. Taus: Das war doch eine Nebenfrage!*) Und wenn man dann nicht fragt: Für wen macht man was? Für wen interveniert man? Für wen ist man Treuhänder? Was steckt dahinter, was für ein Kunde?, sondern man macht es einfach, dann ist das noch nichts Illegales, sage ich, aber es zeigt ein Sittenbild vielleicht auch auf, dass unter diesem Biotop etwas entstehen kann, was man gar nicht will.

Dr. Josef Taus: Das weise ich zurück! Das ist Ihre Interpretation, und ich weise das **völlig** zurück!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben Ihre Interpretation uns dargebracht – und ich habe Ihnen jetzt meine dargebracht.

Dr. Josef Taus: Nein, so geht das nicht! Sie können nicht diese Tausenden von österreichischen Firmen, die da hinübergehen und einen großen Teil der Beschäftigung in dem Land halten, nicht auf einmal so irgendwo in ein Eck hineinschieben ... – Das täte ich Ihnen nicht raten! Nein, rate ich Ihnen nicht, sage ich nur.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Taus, ich beziehe mich auf den Untersuchungsgegenstand, und da interessiert mich der Verkäufer im MobilTel-Geschäft und der präsumtive Verkäufer im Mobtel-Geschäft. Und auf die beiden beziehe ich mich. Die sind wirklich weltweit, zumindest europaweit bekannt, dass sie zum organisierten Verbrechen gehören. Anders kann man es nicht sagen.

Dr. Josef Taus: Die Karić auch?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch eine unbekannte Person.

Dr. Josef Taus: Sie müssen doch immer sehen, was da alles gesagt wird über Leute! Ich frage Sie etwas: Ich kenne, wie gesagt, den Chernoy nicht, keine Ahnung. Ich weiß gar nicht, wo er lebt. Ich kann sagen, in Israel oder wo. Ich glaube, er ist auch israelischer Staatsbürger. Meine Frage ist: Ist er wegen irgendeiner dieser Sachen verurteilt? Denn ich glaube nicht, dass mir die BAWAG und der Aufsichtsrat der BAWAG alles genehmigt hätte, wenn ... – Was soll ich denn mehr tun, wenn der Aufsichtsrat einer Großbank einem Deal zustimmt und wenn der Vorstand einem Deal zustimmt? Ich war das selber viele Jahre! Ich weiß ja, wie das Geschäft geht, und ich muss ehrlich sagen, ich unterstelle den Kollegen von der BAWAG nicht, dass sie irgendwas getan haben, was einer vernünftigen und ordentlichen Vorstellung hier bei

diesen Geschäften widerspricht. Dann hätte ich sie nicht gemacht! Dann wäre ich nicht mitgegangen! Ich kenne Sie so nicht, und das war der Grund, warum ich mitgegangen bin. Ich habe alle Leiern des Aufsichtsrates gekannt. Das ist ja nicht so. Auch die Anwälte, die die Sachen gemacht haben, haben also ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie zum Beispiel, wer vor dem Herrn Chernoy die Mobilfunklizenzen gehabt hat? (*Dr. Taus: Nein!*) – Weil Sie sich nicht interessiert haben! Die waren ja schon einmal in Österreich. Das war der Herr Loutchansky! (*Dr. Taus: Kenne ich nicht!*) Firma **Nordex** – sagt Ihnen das was?

Dr. Josef Taus: Nein, sagt mir nichts.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So finden halt die Wege ihr Reihum, und man schaltet halt immer Leute ein. Und dazwischen verdienen viele. Verdienen ist auch nichts Böses, aber die Frage ist immer: Warum macht man solche Konstruktionen, wenn es einfacher auch geht? Den Herrn Loutchansky kennt der Herr Schlaff!

Dr. Josef Taus: Ich kenne ihn nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Warum hat er es damals nicht gekauft? Da hätte er es viel billiger kriegen können. Warum muss das plötzlich nach Bulgarien zum Herrn Chernoy gehen und, und, und? Diese Fragen sind ja durchaus berechtigt!

Dr. Josef Taus: Da müssen Sie ihn bitte fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind Treuhänder, Aufsichtsratspräsident, et cetera und wissen nichts davon, dass es eine Besserungsvereinbarung gegeben hat! Ich hab selten Leute getroffen, die selbst auch Treuhänder und in anderen Funktionen tätig sind und über ein derart großes Geschäft, das abgewickelt wird, so wenig materielles Wissen haben und dann aber Persil-Scheine für Personen ausstellen! Das ist überhaupt das Beste.

Dr. Josef Taus: Ich hab keinen Persil-Schein ausgestellt. (*Obmann Dr. Graf: Ja Freilich!*) – Wo habe ich das gemacht? Ich weiß nicht, wenn Sie wollen, machen wir eine Parlamentssitzung. Das kann ich auch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie dem Herrn Elsner nicht einen Persil-Schein heute schon mehrfach ausgestellt? (*Abg. Mag. Kogler: Herr Vorsitzender!*)

Dr. Josef Taus: Ich hab mit ihm ordentlich gearbeitet. Ja, entschuldigen Sie! Ich kann ja nicht sagen: Furchtbar, schrecklich, was ist mir passiert? Mit dem ganzen Vorstand der BAWAG habe ich ordentlich gearbeitet. Da sitzen Herren noch bei uns im Aufsichtsrat. Also was soll das? Na, da muss ich mich schon wehren.

(*Das Mobiltelefon der Auskunftsperson läutet.*) – Entschuldigen Sie!

(*Die Auskunftsperson telefoniert.*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich würde ... (*Obmann Dr. Graf: Moment, er telefoniert!*) – Ich frage ihn auch gar nichts. Ich würde nur vorschlagen, weil wir das ja sonst nie mehr zu Protokoll bekommen im Zusammenhang. (*Abg. Dr. Stummvoll: Nachher!*) Dr. Taus stellt immer die Frage, was vorliegt. Ich zitiere jetzt einmal ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich ganz kurz unterbrechen? Es ist an sich Handyverbot, aber wir wollen das jetzt nicht überqualifizieren. – Brauchen Sie eine kurze Pause?

Dr. Josef Taus: Nein, ich brauche keine Pause. Ich hab ja alles geschoben, links, rechts, damit ich da heute herkommen kann, weil ich mir nicht sagen lasse, dass ich da

nicht herkomme. Jetzt ist wer da und fragt: Wann seid ihr fertig? Ich habe gesagt, ich habe nicht länger als eineinhalb, zwei Stunden Zeit.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Fragen wir einmal umgekehrt: Wie lange haben Sie noch Zeit?

Dr. Josef Taus: Naja, vielleicht eine halbe Stunde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Vorsitzender, das geht ja nicht!

Dr. Josef Taus: Ich hab das im letzten Moment erst bekommen – vor drei Tagen oder was. Ich meine, ich kann meinen Terminkalender nicht umhauen. Das habe ich ohnehin gemacht und ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wir sind am Ende sehr dankbar, dass Sie gekommen sind, weil sehr viele kommen ja gar nicht und entschuldigen sich.

(Das Mobiltelefon der Auskunftsperson läutet neuerlich. – Dr. Taus: Entschuldigen Sie! Darf ich das machen?)

Dann machen wir Folgendes: Ich **unterbreche** die Sitzung.

12.09

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.09 Uhr **unterbrochen** und um 12.27 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

12.27

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 12.27 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt mit, dass die Auskunftsperson gebeten habe, um 13 Uhr gehen zu dürfen. Der Ausschuss respektiere diesen Wunsch, aber der Ausschuss werde auch darüber befinden, ob eine weitere Anhörung notwendig sei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Vorsitzender, Sie sind der Herr des Verfahrens, aber ich bin nicht damit einverstanden, dass die Befragung um 13 Uhr beendet wird, da eben das Verhalten der großen Koalition genau darauf hinausläuft, dass wir hier zu keiner Befragung mehr kommen.

Des Weiteren müssen wir fürs Protokoll ein paar Dinge erledigen, und ich bitte, mir diese Zeit nicht anzurechnen, weil ja zu Herrn Chernoy – Herr Dr. Taus hat ja gefragt: Was liegt denn da überhaupt vor, wie ist das zu bewerten? – noch etwas gesagt werden muss.

Erstens gebe ich noch einmal zu Protokoll, dass diese Sache, die dem Dr. Taus vorgehalten wurde, von dem entsprechenden Beamten, Jost, sehr wohl als **Intervention** – mit so einer Aktenvermerks-Überschrift hat er das bezeichnet – titliert wurde.

Des Weiteren gibt es einen Aktenvermerk des Herrn Zwettler, der genaue Abläufe schildert, an das Kabinett, und er bezieht sich auf diese Vorgehensweise.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wollen wir nicht die Zeit nützen, um den Dr. Taus zu befragen, Herr Kollege? Sie fangen schon wieder zum Filibustern an, da kommen Sie nicht zu Ihren Fragen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Entschuldigen Sie! Erstens haben wir schon ausreichend bewiesen, dass wir gescheit fragen können. Aber es muss jetzt einmal klar sein, dass man noch einen Vorhalt in die Richtung produziert, was es mit den Interventionen auf sich hat. Und ich bin auch dagegen, dass das der Öffentlichkeit vorenthalten wird.

Ich zitiere aus einem Schreiben von Erich Zwettler, 10. Februar 2004. (*Abg. Dr. Stummvoll: Das können wir ja machen, wenn der Dr. Taus weg ist!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, dann ist die Auskunftsperson weg, und dann haben wir ein Geschäftsordnungsproblem mit dem Zitieren.

Hinweis: Teile der Seite 42 des Protokolls werden auf Grund von Vertraulichkeitsbestimmungen nicht als Kommuniké veröffentlicht.

Dr. Josef Taus: Nein. Ich verstehe auch den Artikel der „SN“ nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist kein Artikel, das ist ein Aktenvermerk!

Dr. Josef Taus: Ach so!?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hat der Beamte, der für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständig ist, hier geschrieben. (*Dr. Taus: Ich kenne diesen Beamten nicht!*) Das ist der Beamte, den wir mühsam als Auskunftsperson hier überhaupt hereinbekommen werden.

Abschließend, weil Sie nach den Vorbesitzern gefragt haben:

Erstens fürs Protokoll: „EMTF“ heißt „Eastern Market Telecommunication Fund“; weil sonst kriegen wir da auch noch einmal Schwierigkeiten. Diese haben in der Kette von einem Krassimir Stoichev gekauft.

Hinweis: Teile der Seite 42 des Protokolls werden auf Grund von Vertraulichkeitsbestimmungen nicht als Kommuniké veröffentlicht.

Deshalb musste Chernoy ja unbedingt verkaufen, und das hat der Schlaff „überzuckert“. Das war das, was er gekonnt hat. –

Am 10.3.2000 wurde in Perchtoldsdorf, Niederösterreich, der Vater des seit dem Verkauf der Anteile an der bulgarischen MobilTel in Österreich lebenden Krassimir Stoichev von bislang unbekanntem Tätern ermordet. Es ist davon auszugehen, dass der Mordanschlag Krassimir Stoichev galt und irrtümlich seinen zu diesem Zeitpunkt auf Besuch weilenden Vater traf. – Zitatende.

Das sind die Aktenvermerke im Zusammenhang mit Chernoy, nur damit der Ausschuss und die Öffentlichkeit einmal wissen, worum es hier geht. Das ist doch abenteuerlich – da meine ich nicht Sie als Auskunftsperson, sondern da meine ich die ÖVP-Fraktion, und bei der SPÖ ist man sich ja nie sicher –, dass es hier heißt, dass die Untersuchungen jetzt abgeschlossen werden können! Wenn das alles nicht zählt, wenn wirtschaftspolitische Kreise rund um die BAWAG und in unmittelbarer Nähe zur Regierung und durch Intervention bei der Regierung hier mitgewirkt haben und wir den Untersuchungsauftrag haben, das zu untersuchen, dann stimmt was nicht!

Ich komme zu einem anderen Komplex, Herr Dr. Taus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben noch vergessen, dass Stoichev jun., der nicht ermordet worden ist, gemeinsam mit Grigori Lutschanski die Lizenzen der bulgarischen MobilTel innehatte, und Lutschanski ist derjenige, der wirtschaftlich dahintersteht, von der Firma Nordics. Die waren schon einmal in Österreich, die Lizenzen. **So** sind sie den Weg gegangen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*) – Ich ergänze nur, Herr Dr. Stummvoll. Wir brauchen das für den Ausschussbericht – Sie wissen ja ganz genau, wie das funktioniert.

Die Notiz für den Herrn Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Sichtvermerk Herr Cerny. – Das ist auch ein Aktenvermerk vom 15. Dezember 2003 und bezieht sich auf den Herrn Wallner, damit wir wissen, was angerichtet wird, wenn der Herr Dr. Wallner nicht hier erscheinen muss und der Ladung nicht Folge leistet.

Zuletzt erging ein Schreiben von Dr. Schrefler-König, BMI, an die österreichische Botschaft Tel Aviv am 9. Dezember, in dem mitgeteilt wurde, dass das Visum gemäß § 11 Abs. 1 Z 1 Fremdengesetz zu versagen wäre. Dann interveniert Wallner und mischt sich noch einmal ein. Laut Generaldirektor Wallner würde der angegebene Visa-Versagungsgrund aber gar nicht mehr bestehen. – Zitatende.

Das ist es! – Und Sie sagen, Sie haben von dem allen nichts mitbekommen?

Dr. Josef Taus: So ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt kommen wir aber zu einem anderen Komplex. Die Notenbank hat im Jahr 2006 rudimentär – da ist der Ausschuss mittlerweile weiter – ermittelt, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Verschleierung der Karibikverluste – wohlgemerkt: nicht zum Eintreten der Karibikverluste, sondern zur Verschleierung der Karibikverluste – und des beginnenden MobilTel-Deals besteht.

Ist Ihnen der Herr Ackermann bekannt? (*Dr. Taus: Nein!*) – Den kennen Sie nicht (*Dr. Taus: Nein!*), obwohl er langjähriger Partner des Martin Schlaff ist?

Dr. Josef Taus: Nein, den kenne ich nicht. Tut mir leid.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Kennen Sie die Firma Amara in Liechtenstein? (*Dr. Taus: Nein!*) – Haben Sie den Notenbankbericht 2006 gelesen? (*Dr. Taus: Nein!*) – Wieso nicht? Interessiert Sie das alles nicht?

Dr. Josef Taus: Der geht mich nichts an. Entschuldigen Sie: Ich habe Ihnen gesagt, was meine Rolle war. Ich war nie Vorstand der BAWAG, ich war nie Aufsichtsrat der BAWAG, das weiß ich doch nicht!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hören Sie zu: Es geht hier um das MobilTelgeschäft!

Dr. Josef Taus: Was hat das mit MobilTel zu tun?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das werde ich Ihnen gleich erklären. Der Mag. Schlaff organisiert vier Firmen in den USA, die Scheinfirmenstatus haben, um Scheinkredite der BAWAG entgegenzunehmen, um sie über mehrere Stationen in der Karibik an die maroden eigenen Stiftungen der BAWAG weiterzuleiten, um klassisch die Bilanz anders darzustellen, als es den wirklichen Wirtschaftsverhältnissen entspricht. Es wurde verschleiert, dass das Geld aus dem eigenen Haus kam. Damit aber überhaupt ein Scheinfirmengeflecht entsteht, musste denen versprochen werden, dass irgendwann Geld hereinkommt, weil sonst könnten sie ja einmal in die Ziehung kommen. Dieses hat die Sphäre des Mag. Schlaff in der Gesellschaft Firma Amara und in der Person des Herrn Ackermann gemacht.

Wir war das in den Jahre 2001 und 2002? Was ist da verhandelt worden über allfällige Gewinntransaktionen zur BAWAG? (*Dr. Taus: Nichts!*) – Nichts?

Dr. Josef Taus: Also mit mir nichts – geht ja gar nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ach, Sie waren nur der Berater, der Aufsichtsratspräsident ...

Dr. Josef Taus: Ja, wir haben die Firma saniert! Das ist ja ein Mordsarbeit gewesen! Das war das, was wir gemacht haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und Ihr Treugeber war die MS Privatstiftung – ist das richtig?

Dr. Josef Taus: Der Firma! Der Holding.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie sich einmal mit dem Herrn Mag. Schlaff darüber unterhalten, wie die Gewinne eigentlich verteilt werden sollen? (*Dr. Taus: Nein!*) – Haben Sie nie?

Dr. Josef Taus: Hat mich überhaupt nicht interessiert, war nicht meine Sache.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist Ihnen also offensichtlich unbekannt, dass die (*Dr. Taus: Unbekannt!*) Gewinne, die immerhin und Gott sei Dank angefallen sind – es wurden 50 Millionen plus 75 Millionen für die BAWAG herausverhandelt ...

Dr. Josef Taus: Na super, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das ist gemessen am 30 Prozent-Anteil viel zu wenig.

Jedenfalls wurden diese Gewinne an die Scheinfirmen überwiesen, damit dort endlich die Kredite auf null gestellt werden können. Was geblieben ist, ist der Bilanzschwindel in der BAWAG, bis zum Schluss. Statt dass der Zustand der Stiftungen korrekt ausgewiesen gewesen wäre, war es am Schluss so, dass diese immer noch um das Ausmaß von 75 Millionen US-Dollar besser dagestanden haben, aber die Gewinne aus dem MobilTel-Deal *nie* in der BAWAG-Bilanz aufgeschienen sind. – Ist ja logisch, unterm Strich, wenn wirklich frisches Geld ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Was hat der Dr. Taus damit zu tun?!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Dr. Taus könnte was damit zu tun haben, weil er der Treunehmer des Mag. Schlaff war!

Ich habe diesen Vorhalt jetzt releviert. Das geht aus der Aktenlage eindeutig hervor. Der Notenbankbericht hat darauf schon hingewiesen. Dafür ist im Übrigen 1 Million an Provision geflossen. Das hat das BAWAG-Vermögen geschädigt, weil es aus dem Flöttl-Vermögen, das für die BAWAG herangezogen wurde, gekommen ist, und genau das ist ein Anklageerhebungspunkt der Herrn Staatsanwalt Krakow. Tun Sie doch nicht so, als ob das nicht so stattgefunden hätte!

Und die Frage ist jetzt, Herr Dr. Taus, ...

Dr. Josef Taus: Aber was soll *ich* Ihnen dazu sagen? Ich bin doch kein Geschäftspolitiker für die BAWAG gewesen! Ich bin eine **Kundschaft** der BAWAG!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein! Nein, Sie waren der Treunehmer der MS Privatstiftung! Das hat nicht die BAWAG alleine eingefädelt, sondern der Vorhalt ist ganz klar: Es musste im Jahre 2001/2002 ein wesentlich größerer Personenkreis als bisher bekannt und zugegeben über die BAWAG-Verluste wissen, sonst macht man ja nicht so einen Scheindeal!

Dr. Josef Taus: Also ich nicht. Aus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, Sie nicht! Sie haben nicht gewusst, was Ihr Treugeber will?

Dr. Josef Taus: Nein. Nein, ich habe aus der Zeitung erfahren, dass die Verluste gemacht haben. Ich habe Ihnen ja schon gesagt: Ein Bankdirektor darf alles sagen, nur nicht, dass er Verluste hat! Der provoziert einen Run! Das hat ja die BAWAG erlebt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es geht darum, was Sie mit dem Herrn Schlaff besprochen haben, nicht mit dem Herrn Elsner.

Dr. Josef Taus: Aber doch nicht die Verhältnisse zwischen BAWAG und Elsner!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben mit dem Treugeber nie etwas in dieser Richtung besprochen?

Dr. Josef Taus: Aber nein, keine Rede. Das war eine Konstruktion, die dort gewählt wurde. Wenn es nicht der anderen Kollegen wegen und wegen des Geschäftsgeheimnisses wäre, könnte ich es Ihnen erklären. Das ist eine ganz harmlose Geschichte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie mit dem Herrn Hason darüber gesprochen?

Dr. Josef Taus: Der Hason ist der Steuerberater.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So ist es. Haben Sie mit dem darüber gesprochen? Der sitzt ja auch in der Gesellschaft.

Dr. Josef Taus: Mit dem wurde nur gesprochen, mit meinem Steuerberater, über die Konstruktion, die geht, und für den Fall, dass also eine Auszahlung kommt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War der Herr Hason nicht auch im Vorstand der MobilTel GmbH?

Dr. Josef Taus: Nein, weiß ich nicht.

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Ja, **jetzt** ist er Geschäftsführer, sagt man mir gerade.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der war von der Gründung weg dort Geschäftsführer!

Dr. Josef Taus: Nein, glaube ich nicht. Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie Angaben dazu machen, wann der Herr Hason Geschäftsführer wurde dort?

Dr. Josef Taus: Nein. Schauen Sie ins Firmenbuch, da steht es genau drin. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann habe ich hier falsche Aktenvermerke in dem Fall. Ich habe nicht ins Firmenbuch geschaut, das ist richtig, aber ich habe ...

(Die Vertrauensperson legt der Auskunftsperson ein Schriftstück vor.)

Dr. Josef Taus: Also da steht – der Herr Doktor hat das ausgehoben –, Herr Hason ist seit 14.6.2006 Geschäftsführer. *(Obmann Dr. Graf: Darf ich das Fragerecht an mich übergehen lassen?)*

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (SPÖ): Da war die MobilTel Holding GmbH ja gar nicht mehr existent!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, das ist in Ordnung! Die Frage ist ja auch immer: Bei welcher Firma? – Da hat es sehr viele Verschachtelungen gegeben, vielleicht schauen Sie sich das an.

Ich habe in meiner Runde jetzt vorerst nur einen Vorhalt, und zwar möchte ich Ihnen ein Schreiben der BAWAG vom 19.12.2001 zu Handen Herrn Horngacher, aber geschickt an die Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei, geben. Das war die Basis der Auskunftseinholung bei der Wirtschaftspolizei hinsichtlich der Bedenklichkeit oder Unbedenklichkeit des MobilTel-Deals, welche letztlich beantwortet und als unbedenklich beschieden wurde und die Entscheidungsgrundlage in der BAWAG für die Genehmigung im Aufsichtsrat war.

Ich würde Sie bitten: Lesen Sie sich dieses Schreiben durch, und dann sagen Sie uns, ob sich der Deal in der Realität so, wie es in dem Schreiben steht, abspielt hat!

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dr. Josef Taus: Das ist mir da neu! Auf Anhieb ... – Ah, da steht es ja: Chernoy, israelischer Staatsbürger. – Es kann schon sein, dass sich das so abgewickelt hat.

Aber die Frage war, ich habe ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt haben Sie den Sachverhalt, der an die Wirtschaftspolizei herangetragen worden ist, wo die sagen: Wir beabsichtigen, den Deal so vorzunehmen, ist das bedenklich/unbedenklich? – Das war die Frage.

Und dann kommt die Beantwortung des Briefes. – Bitte, glauben Sie es mir, dass Herr Horngacher mit 19. 12., also mit gleichem Datum – ich betone: mit gleichem Datum! – antwortet und sagt: Geschäftsablauf ist inhaltlich nachvollziehbar, keine kriminalpolizeilichen Bedenken bestehen. – Mit diesen Urkunden ist man in den Aufsichtsrat gegangen.

Meine allererste Frage – Sie sind Aufsichtsratsprofi –: Ist eine derartige Vorgehensweise eines Vorstandes, dass man bei der Wirtschaftspolizei derartige Erkundigungen einholt, üblich, oder kommt das vor?

Dr. Josef Taus: Schauen Sie, das ist jetzt eine sehr schwierige Frage. Ich habe nicht gewusst, dass die BAWAG an den Herrn Doktor oder Magister ...? – (*Obmann Dr. Graf: Mag. Horngacher!*) – Ich kenne ihn gar nicht, ich habe nie im Leben mit ihm geredet.

Banken brauchen immer ein Informationsnetz, weil sonst können sie nichts machen. Das besteht aus ausländischen befreundeten Banken, das besteht aus Agenturen, Informationsagenturen und und und. Es ist nie ausschließbar, dass man sich an öffentlich Bedienstete wendet – ich formuliere es einmal so.

In Österreich ist es nach meinem ... – ich war so lange in dem Geschäft –, ist es eher ungewöhnlich, ist es nicht üblich. Ausschließen würde ich es nicht können, sondern die Frage ist eine andere: Es gibt ja andere Staaten, wo das quasi eine Verpflichtung der Beamten ist, die einfach voll für die Wirtschaft da sind und Informationen geben.

Das war es, aus. Mehr kann ich nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Taus, etwas kürzer! Haben Sie selbst schon einmal eine derartige Auskunft eingeholt? (*Dr. Taus: Nein! Ich nicht!*) – Ich halte das auch für relativ unüblich.

Jetzt meine zweite Frage. Hier wird detailliert beschrieben, wie dieser Deal über die Bühne gehen soll, zur Genehmigung für den Aufsichtsrat. Und jetzt meine Frage – das ist schon entscheidend –: Ich behaupte nämlich, oder ich behaupte es nicht nur, ich bin mir dessen auf Grund der Aktenlage und der sonstigen Recherche-Ergebnisse sicher – nur brauchen wir auch eine Aussage von jemandem, der da involviert war, im Protokoll –, dass dies, der Deal MobilTel-Kauf, nicht so, wie er dem Aufsichtsrat geschildert wurde, über die Bühne gegangen ist. – Teilen Sie ...?

Dr. Josef Taus: Nein, das glaube ich eigentlich nicht, denn ich wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Sache wasserdicht ist – ich habe das auch geglaubt! – und dass der Aufsichtsrat dem zugestimmt hat. Ich habe keine Unterlagen gehabt, so etwas gibt eine Bank nicht aus der Hand.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Aufsichtsrat hat dieser Vorgehensweise zugestimmt?

Dr. Josef Taus: Ja. – Aber wie das jetzt im Detail ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber die Vorgehensweise ist ja nicht so gewählt worden.

Dr. Josef Taus: Das weiß ich nicht. Das muss ich studieren, das kann ich nicht sagen. So „auf die G'schwinde“ geht das nicht. – Zeigen Sie mir es noch einmal, wenn das geht?

(Der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück vorgelegt.)

Nur, die Zeit, die vergeht. Ich bin gerne bereit, Ihnen das zu sagen. Schauen wir einmal an, wie das aussieht.

(Die Auskunftsperson spricht mit der Vertrauensperson.)

(Abg. Krainer: Wenn Sie vielleicht das Mikrophon ausschalten während der Beratung!?)

Bei der Konstruktion, die ich da gehabt habe, die man mir gesagt hat, hat man nichts anderes gemacht, als dass man zwischen der MS-Privatstiftung diese MobilTel Holding hinein gebaut hat, die hat dann gekauft. Die war aber als Gesellschaft Treuehmer – nicht die Gesellschafter –, also die war deren Treuehänder. – Bis hierher stimmt das.

Das Zweite, da ich nicht weiß, wie es auf der anderen Seite gegangen ist, ist, dass die BAWAG ... – Aber da steht der Verkäufer, was stimmt. Das heißt, der hat Geld bekommen, das hat man ihm aber offensichtlich nicht ausbezahlt. – Ja. Es war ein Depot da, das wurde auch gesagt.

Und die zweite Geschichte war: Die BAWAG hat dann – ich weiß den Betrag nicht auswendig – einen Kredit gegeben, und dafür hat sie sämtliche Aktien der MobilTel verpfändet bekommen. Das ist es dann nicht ganz 100-prozentig, aber im Prinzip ist das dann schon so gegangen. Nur habe ich nicht gewusst, dass der Verkäufer den deponiert hat – das habe ich nicht gewusst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So war es: Der Verkäufer hat deponiert, das war praktisch ein Eigen-Barerlag, der als Besicherung gegeben wurde, und es war kein anderes Geld. Das war nicht der Käufer oder sonst jemand.

Dr. Josef Taus: Das weiß ich nicht. – Aber die Frage ist: Wer hat das bezahlt? Wer hat die 500 bezahlt? (*Obmann Dr. Graf: Richtig!*) – Hat das die BAWAG bezahlt: Hat die 860 für den Kredit ...? – Das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die BAWAG hat bezahlt, hat das Geld aber nicht übergeben, sondern gleich wieder als Sicherheit eingenommen. Und dann hat es eine andere Konstruktion ...

Dr. Josef Taus: Dann hat sie kein Risiko dafür gehabt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Risiko wurde dadurch minimiert. – Aber ich glaube, der entscheidende Unterschied zwischen dem, wie es hier dargestellt wird und auch im Aufsichtsrat berichtet und dann beschlossen worden ist, und dem, wie es tatsächlich durchgeführt wurde, ist, dass dem Aufsichtsrat nicht mitgeteilt wurde, dass man nicht nur ein Kreditgeschäft macht, ein Darlehensgeschäft, wie auch immer, sondern auch als Eigentümer mit an Bord geht – das steht nämlich da und auch im Aufsichtsratsbeschluss nicht drinnen – und darüber hinaus, dass man lediglich eine Verpfändung und eine Option hat.

Und was hier auch bemerkenswert ist, ist, dass hier schon angedeutet wird, dass man eine Verkaufsoption einräumt, und zwar nicht nur zu Gunsten der BAWAG – die ist als Sicherheit verpfändet worden –, sondern schon an einen Dritten. Man hat also gewusst, das ist nur ein Zwischengeschäft. – Sie haben nämlich bei Ihrer Befragung gesagt, dass man durchaus auch Betreiber sein wollte.

Dr. Josef Taus: Na, das hat man in Erwägung gezogen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist aber von Seiten der BAWAG schon im Jahr 2001 in Abrede gestellt worden, denn es war immer klar: Die werden weiter verkaufen.

Dr. Josef Taus: Wir wissen nicht, ob es nicht noch weitere Aufsichtsratsbeschlüsse gegeben hat – das weiß ich nicht. Also ich sitze dort nicht drinnen! Ich bin in vielen Aufsichtsräten gesessen – da muss man eben fragen. Da sitzt man nicht drinnen. Aber im Prinzip ist es grob so abgelaufen, das habe ich Ihnen auch so geschildert.

Dass auch die BAWAG dann mit 30 Prozent dabei war, hat ja eigentlich ihre Position beim Verkauf verbessert. Da hat sie ja dann einen Gewinnanteil bekommen, den sie ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Unter der Maßgabe, dass die BAWAG – das ist ja auch der vielleicht strafrechtlich relevante Vorwurf, der untersucht wird – letztlich bis zum Schluss Eigentümer geblieben wäre und beim Verkauf an den bestimmten Käufer verkauft worden wäre, hätte die BAWAG als 30 Prozent-Eigentümer natürlich massiv

mehr Geld verdient – nämlich 30 Prozent mehr –, weil sie ja dann auch da dabei gewesen wäre.

Die Zwischenschaltung hat meines Erachtens – das hätte ich Sie gerne gefragt, aber Sie haben ja schon gesagt, dass Sie das gar nicht gewusst haben – zwei Gründe gehabt: Der eine ist, um auch Chernoy's Gewinn zu schmälern, denn der hat einen Besserungsschein gehabt. Und der zweite Grund ist, um auch die BAWAG nicht beim ersten Verkauf partizipieren zu lassen. – Denn die waren dabei! Die haben ein Pfandrecht an der Option gehabt, das natürlich beim ersten Verkauf erlischt. Und da haben Sie dann verkauft: eine Firma, die 1,2 wert war und nicht 1,6, das ist der Unterschied.

Da stellt sich jetzt die Frage, strafrechtlich – das hat Mag. Krakow heute auch gesagt –: Wussten die Organe der BAWAG, dass das so ist? – Dann ist das zum Nachteil der BAWAG und strafrechtlich zu würdigen, ein strafbarer Tatbestand. Wussten sie es nicht, dann ist das etwas anderes. Dieses Schreiben weist meiner Meinung aus, dass sie es gewusst haben.

Dr. Josef Taus: Also ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe es nicht gewusst. Sonst hätte ich es gesagt. Ich habe es nicht gewusst. Wie gesagt, ich bin etwas anderes gefragt worden, was ich tun sollte. Meine begrenzte Zeit war so, dass ich das gemacht habe – aus. Andere waren mir wurscht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich nehme an, zum serbischen Telefondeal wird es auch noch Fragen geben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zunächst eine Rückfrage: Sie haben vorhin gesagt, Ihr Steuerberater und der Steuerberater von Schlaff hätten sich ausgemacht, wie eventuelle Gewinnausschüttungen ... (*Dr. Taus: Nein, das habe ich nicht gesagt!*) – Das haben Sie vorhin gesagt, auf die Frage ...

Dr. Josef Taus: Nein. Ich habe ihn informiert. Mein Steuerberater war informiert. Ich nehme an, Herr Hason hat ihn angerufen, weil ich gesagt habe, das ist mein Steuerberater – aus. Wie das üblich ist. Ich schaue mir das nicht an, ich habe die Zeit nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Geschichte ist nur, das ist im Protokoll dann drinnen, das können wir ja alle nachlesen. (*Dr. Taus: Ich verstehe Sie nicht!*) – Das steht dann sowieso im Protokoll drinnen. Auf die Frage, ob Sie Herrn Hason kennen, haben Sie gesagt: Ja, das war der Steuerberater. (*Dr. Taus: Vom Herrn Schlaff!*) – Ja, genau, und Ihr Steuerberater und Herr Hason haben sich ausgemacht, wie eventuelle Gewinnausschüttungen aussehen.

Dr. Josef Taus: Nein, das habe ich nicht gesagt! Sondern es muss dann nach der Vereinbarung, die geschlossen wurde, eine Abrechnung gegeben haben. Die habe ich nicht einmal kontrolliert und gar nichts. Das war es – aus. Das war ein Minimum, das waren diese 0,8 oder was es waren – aus. Also weit weniger, als es theoretisch bei einer Beteiligung entsprochen hätte. Da war aber die Gesellschaft nur treuhändig.

Was aber völlig klar war: Für das, was ich gemacht habe, habe ich nicht einen Funken finanzielles Risiko gehabt. Gar nicht, das steht drinnen. Daher war das so geregelt und ich war einverstanden, dass es so ist. Das war ein Vorschlag, den man mir gemacht hat – aus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut. Sie waren auch zu 10 Prozent an der Arrandene Enterprises Ltd. in Zypern treuhändisch beteiligt. – Stimmt es, dass die zu 100 Prozent die BK Trade in Moskau besessen hat oder besitzt? (*Dr. Taus: Das weiß ich nicht!*) – Aber über diese Firma ist ja dann der Mobtel-Deal in Serbien gelaufen?

Dr. Josef Taus: Ja, aber ich habe etwas anderes gehabt. Wir haben uns um die Firma gekümmert. Ich habe von Anfang an gesagt, an der Finanzierung habe ich nicht teilgenommen. Das war es.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, da geht es nicht um die Finanzierung. Wenn Sie Treuhänder sind, dann werden Sie wohl wissen, was Sie für den Treugeber machen.

Dr. Josef Taus: Nein, gerade deshalb nicht. Das war bloß ein Vehikel. Ja, das ist eben so. Das war bloß ein Vehikel, das man nicht in die Stiftung hineinhängt, sondern dass die Firma in dieser Treuhandgesellschaft drinnen war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da gibt es ja dann noch mehrere Schritte bis ... (*Dr. Taus: Ich war weder Aufsichtsrat noch Geschäftsführer!*) – Bis zu Mobtel-Serbien gibt es ja noch Schritte.

Hatten Sie irgendwelche Funktionen bei der Mobtel-Serbien? (*Dr. Taus: Nein!*) Haben Sie Wahrnehmungen, was zum Mobtel-Lizenzentzug Ende 2005 geführt hat?

Dr. Josef Taus: Soviel ich mitbekommen habe – ich kann leider nicht Serbokroatisch und was man mir da übersetzt hat ... –, war das ein mordspolitischer Streit um Präsidentschaftskandidaturen und was weiß ich. Daraufhin war meine Meinung: Also gut, da ist etwas passiert, ... nicht da war und das ist dann auch danebengegangen. Dann haben die denen die Lizenz entzogen. Aber nachher hat man, wie immer, eine Konzession bekommen, die heute in den Händen der österreichischen Telekom ist. Das ist für sie eine vorteilhafte Geschichte. Alles andere war mir eigentlich wurscht. (*Abg. Krainer: Was heißt „wie immer“? – Wie immer das geschehen ist?*) – Ich weiß es nicht. Ich war nicht mehr dabei. Ich habe nichts mehr getan.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie Kenntnis darüber, welche Rolle Hubert Gorbach bei der Vermittlung bei diesen Anteilsstreitigkeiten und den Lizenzentzugsstreitigkeiten gespielt hat?

Dr. Josef Taus: Er war der zuständige Ressortminister. Einmal gab es eine große Pressekonferenz, bei der war er dabei. Da war ich dabei, das war mein letztes Auftreten dort. Da waren fünf, sechs, sieben Leute dabei, es war, glaube ich, der österreichische Botschafter anwesend. Da ging es ...

Aber dann ist diese Karić-Geschichte danebengegangen, aus innenpolitischen Gründen. Da mischt man sich als Ausländer besser nicht ein. Dann ist es aber doch nach der Versteigerung dieser Gesellschaft – die hat die norwegische Telenor mit einem sehr großen Betrag gewonnen, ich glaube, 1,2 Milliarden – gelungen – da war ich nicht mehr dabei, da habe ich nichts dazu beigetragen –, dass es eine Konzession für die österreichische Telekom gegeben hat. Das war eigentlich das, was mir gefallen hat, weil damit hat sich ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Machen wir es möglichst kurz, Sie haben gesagt, Sie wollen gehen. Dann beschränken wir uns auf die Fragen und Antworten.

Ist Gorbach von sich aus auf die Idee gekommen oder ist er aufgefordert oder gebeten worden, sich hier einzusetzen?

Dr. Josef Taus: Das weiß ich nicht. Ich habe mit dem damaligen Vizekanzler Gorbach keinen Kontakt gehabt. Ich habe zwei-, dreimal mit ihm geredet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also gut, Sie wissen es nicht. (*Dr. Taus: Nein!*)

Ist Ihnen bekannt, dass sich andere PolitikerInnen außer Gorbach da in irgendeiner Art und Weise engagiert haben? (*Dr. Taus: Nein, das weiß ich nicht!*) – Warum haben Sie

sich auf ein Geschäft eingelassen, bei dem die Beteiligungsverhältnisse und die Eigentumsverhältnisse so unklar waren?

Dr. Josef Taus: Das passiert manchmal. Das heißt, es gab ein Schiedsgerichtsverfahren in der Schweiz – jeder weiß, das geht dort – und das Schiedsgerichtsverfahren hätte entschieden, wie es ist. Es wurde ja nie bestritten, dass die Familie Karić Eigentümer ist. Es ging nur um die Frage: Sind sie Mehrheitseigentümer oder nicht? Die Familie Karić hat gesagt, wir sind Mehrheitseigentümer und der Staat Serbien, die Republik Serbien, hat gesagt, sie sind nicht Mehrheitseigentümer. – Das sollte ein Schiedsgericht entscheiden. Zu der Entscheidung ist es dann mit dem Entzug der Konzession eben nie gekommen, weil das eine politische Aktion gewesen ist. So einfach war das.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War nicht die geplante Struktur, die Zielstruktur, die dann zumindest dem Aufsichtsrat der BAWAG zur Kreditgenehmigung vorgelegt wurde, so, dass Schlaff über Sie, über andere und indirekt über die Arrandene und BK Trade von Haus aus nur 31 Prozent an der Mobtel hätte halten sollen? (*Dr. Taus: Wer? Schlaff?*) – Die Schlaff-Gruppe, sage ich einmal.

Dr. Josef Taus: Das weiß ich nicht. Ich war da überhaupt nicht mehr dabei, sondern es ging ja dann nur mehr darum, eine Konzession zu bekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigen Sie, Sie waren 10 Prozent ... (*Dr. Taus: Reden Sie jetzt über Serbien?*) – Juni 2005. (*Dr. Taus: Reden Sie über die serbische Geschichte?*) – Ja. Die ursprüngliche Konstruktion ... (*Dr. Taus: Da war die BAWAG ja überhaupt nicht mehr dabei!*) – Sicher war die BAWAG dabei, die hat den Kredit gewährt, die Bankgarantie an die Yucyco Holding in Zypern, der Familie Karić zuzuschreiben. (*Dr. Taus: Das weiß ich nicht!*) – Der Garantierauftrag kam von der Arrandene Enterprises Ltd., von der Sie 10 Prozent gehalten haben – wie Sie selber sagen, treuhändisch.

Dr. Josef Taus: Nur treuhändisch, ich war nicht Geschäftsführer, nichts. Ich habe keine Unterschriftsberechtigung gehabt, gar nichts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Michael Bachner schreibt im „Standard“ (*Dr. Taus: Wer ist das?*) – das ist ein Redakteur des „Standard“ – am 29. September 2006:

„Die späte Klarstellung seiner Treuhänder-Rolle bei dem Mobitel-Deal – bisher war immer von dem Investorentrio Taus-Schlaff-Cordt die Rede gewesen – rechtfertigt Taus mit politischen Überlegungen.“

Erste Frage: Es ist auffällig, dass die Öffentlichkeit immer davon ausgehen musste, dass Sie wirklich dabei waren, in der Berichterstattung. – Warum haben Sie erst so spät über die tatsächliche Treuhandschaft gesprochen?

Dr. Josef Taus: Was geht das die Öffentlichkeit an? – Ich rede auch nicht mit Journalisten darüber. Ich bin an ein Geschäftsgeheimnis gebunden. Ich bin in keinsten Weise verpflichtet, die Öffentlichkeit zu informieren!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Warum haben Sie dann im Jahr 2006 begonnen, darüber zu sprechen?

Dr. Josef Taus: Nein, überhaupt nicht. Ich kenne Herrn Wagner gar nicht. Ist er da? – Ich weiß nicht ... (*Abg. Mag. Kogler: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gegenüber dem „Industriemagazin“, in einem Interview 2006, haben Sie erstmalig offengelegt, dass Sie eine Treuhänderfunktion hatten.

Dr. Josef Taus: Ja, da war alles vorbei. Das Geschäft, alles war erledigt. Da kann man darüber reden. Aber doch nicht bei einem laufenden Geschäft. Das sagt man nicht, das ist einfach nicht üblich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist es so, dass die Management Trust Holding Mitglied bei der Industriellenvereinigung ist?

Dr. Josef Taus: Das kann sein. (*Abg. Mag. Kogler: Das wissen Sie nicht?*) – Ja, unsere Firmen sind ... Wir sind sicher nicht, das sind Firmen ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wissen Sie, wie hoch der Mitgliedsbeitrag zur IV ist? (*Dr. Taus: Nein!*)

Haben Sie selbst oder die Management Trust Holding Spenden an die IV gegeben? (*Dr. Taus: Nein!*) Sicher nicht? (*Dr. Taus: Sicher nicht!*) Gut, dann erübrigt sich die weitere Frage in diesem Bereich.

Dann bleibt nur mehr – Letztes –: Können Sie ausschließen, dass die spätere Käuferseite – die österreichische Telekom im Ergebnis, dahinter stehend sogar noch die ÖIAG – schon weit **vor** dem offiziell bekannten Interesse ihre fixe Kaufabsicht gegenüber dem Konsortium bekundet hat?

Dr. Josef Taus: Das kann ich für mich **sicher** ausschließen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Für Sie als Dr. Taus können Sie sagen ...?

Dr. Josef Taus: Ja, ich kann für niemanden anderen etwas ausschließen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist dann so erledigt.

Sagen Sie, haben Sie eine Wahrnehmung dazu, warum Dr. Schüssel mit den Herren Wallner, Schlaff und so weiter nach Bulgarien geflogen ist? Noch dazu in einem Flugzeug, bei dem nicht ganz klar ist, wem es gehört – das eigentlich eine Kennnummer für Arafat hat, aber Schlaff offensichtlich hier zur Verfügung gestellt hat? Das ist aber nicht die wirkliche Relevanz. Die Relevanz ist: Was haben Sie für Wahrnehmungen, dass diese Delegation damals in Bulgarien, meines Wissens im März 2003, in Sachen MobilTel verhandelt hat?

Dr. Josef Taus: Ist das die Geschichte mit den Bösendorfer-Flügel?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das war auch dabei. Aber wollen Sie uns erklären, dass man mit dem Arafat-Flieger unter Bezahlung von anderen Personen einfach einen Spazierflug macht, um zwei Klaviere zu überreichen, und sonst nichts tut?

Dr. Josef Taus: Also ich weiß nicht. Ich muss jetzt ehrlich sagen, da würde ich den Herrn ehemaligen Bundeskanzler fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben Sie völlig recht. Wir werden das auch ... (*Dr. Taus: Ich weiß nicht, ob Sie dazu die Gelegenheit haben!*) Wir sind guter Hoffnung, dass die ÖVP-Fraktion und die SPÖ-Fraktion der Ladung des Herrn Dr. Schüssel jetzt endlich zustimmen werden.

Dr. Josef Taus: Aber ich sage Ihnen etwas anderes. Erstens hat Dr. Schüssel im Ausland – wie auch im Inland – ein sehr hohes Ansehen gehabt. Er war einer von **den** Politikern – da waren in Europa nicht alle einer Meinung –, die sich zum Beispiel für den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU zu einem relativ frühen Zeitpunkt sehr eingesetzt haben. Er hat mit dieser Geschichte, dass die MobilTel schon diese zwei Flügel von Bösendorfer gekauft hat, eine Chance bekommen – also Chance, er konnte am Nachmittag privat hinunterfliegen und in der Nacht wieder nach Hause. Ob das ein

Arafat-Flieger war, weiß ich nicht, aber möglich ist das alles. Warum soll Arafat einen Flieger **nicht** vermieten?

Die Frage war dann dort ... – Er hat einen Riesenerfolg gehabt und hat, glaube ich, auch die Gelegenheit gehabt, mit dem damaligen Ministerpräsidenten zu reden. (*Abg. Mag. Kogler: Das ist richtig!*) Ich hatte den Eindruck, auch die Öffentlichkeitswirkung dieses Auftritts ... Ich verstehe leider nicht Bulgarisch, und kyrillische Schrift verstehe ich schon gar nicht – jedenfalls habe ich aus den Bildern und dicken Überschriften gesehen, dass es für ihn und damit für Österreich ein Erfolg war. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Überdies werden Politiker immer eingeladen und fahren mit. Ich nenne Ihnen noch ein anderes Beispiel: Als er noch Chef der Constantia war, haben wir die erste österreichische Verpackungsfabrik in Tunesien aufgemacht und damals Handelsminister Staribacher gebeten, mit uns zu fliegen, und mit seiner Frau. Das war eine große Sache für uns und für das Land. – Genau das Gleiche war da! Das ist international üblich. Also was ist das schon für eine Frage? Verstehen Sie?

Entschuldigen Sie, Sie sind Oppositionsabgeordneter. Das war ich lange genug, daher weiß ich schon, dass Sie das fragen wollen. (*Abg. Mag. Kogler: Ich will Sie ja nicht mit dem „Schauen Sie!“ sekkieren!*) Es ist eine normale Vorgangsweise, dass Politiker bei der Wirtschaft mitfliegen. Jeder Minister nimmt 20 Unternehmer mit, wenn er auf Staatsbesuch fährt. Dann unterschreiben sie dort Verträge, die ohnehin schon zwei Jahre fertig sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Punkt war ja umgekehrt. Herr Dr. Taus, ich präzisiere die Frage. In diesem Fall ist völlig klar und nachweisbar, dass nicht der Politiker eine Delegation mitgenommen hat, sondern sich eine Wirtschaftsdelegation einen Politiker mitgenommen hat. (*Zwischenruf des Abg. Rädler.*) Ja sicher. Glauben Sie, dass Dr. Schüssel sonst auf den Flieger von Schlaff – mit dem Arafat-Kennzeichen – angewiesen ist? Das ist doch absurd! (*Abg. Rädler: Und warum soll er angewiesen sein?*)

Dr. Josef Taus: Was ist da Böses dran? Auch Minister Staribacher ist mit uns hinuntergefliegen. Also was ist da Böses dran? Verstehen Sie? Was soll das? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich die Gemüter beruhigen? Wir würden ja gern auch Herrn Dr. Schüssel zu diesem Thema befragen, aber das wird uns ja verwehrt. Den Hinweis oder die Empfehlung, immer andere zu fragen, hören wir ja gerne, aber leider Gottes will man die nicht hören, und daher müssen wir **Sie** fragen.

Dr. Josef Taus: Überdies kann Dr. Schüssel – was wenige Politiker können – ordentlich Klavier spielen. Das gehört eben auch dazu zu diesem Geschäft. Er kann es wirklich gut. Ich kann es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Taus, habe ich Sie vorhin akustisch richtig verstanden: Haben Sie gesagt, dass die beiden Flügel, um die es ging – Sie haben die Bösendorfer-Flügel angesprochen – von der MobilTel ...?

Dr. Josef Taus: Natürlich. Sie wurden von der MobilTel gekauft und einer großen bekannten bulgarischen Musikschule überreicht. Da war der Saal voll mit Kindern und Lehrern. Das war es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist uns bekannt. Aber sie sind sozusagen ins wirtschaftliche Eigentum der MobilTel übergegangen, dann von der MobilTel dort als Geschenk zur Verfügung gestellt worden. (*Dr. Taus: Geschenkt an die Schule!*) – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Obwohl noch viele Fragen oder Meldungen vorliegen, respektiere ich die Vereinbarung, die wir getroffen haben, dass wir die Befragung beenden. Ich danke für Ihr Erscheinen! (*Dr. Taus: Ich bedanke mich! Auf Wiedersehen!*)

(Die **Auskunftsperson Dr. Josef Taus** verlässt – in Begleitung der Vertrauensperson **Dr. Georg Prantl** – den Sitzungssaal.)

13.06

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.06 Uhr **unterbrochen** und um 13.34 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

13.34

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 13.34 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Bundesminister a. D. Hubert Gorbach** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Hubert Gorbach** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Hubert Gorbach** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Hubert Gorbach: Hubert Gorbach; Geburtsdatum: 27. Juli 1956; Wohnadresse: 6820 Frastanz; Beruf: Unternehmer.

Die Frage von **Obmann Mag. Dr. Martin Graf**, ob Herr Gorbach im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, **verneint** dieser.

Der Obmann weist die Auskunftsperson darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben und dies auch für solche Informationen gelte, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann erinnert Herrn Gorbach an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt ihn, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege. *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Wollen Sie davon Gebrauch machen? *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Der Obmann erteilt sodann als erster Fragestellerin Abg. Trunk das Wort.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Herr Minister außer Dienst, nachdem im Verhältnis zu anderen Untersuchungsgegenständen die Zeit noch nicht so lange vorbei ist, denke ich mir, sind Sie durchaus in der Lage, uns aus Ihrer Wahrnehmung die Dinge in Sachen Mobtel, die Vorgänge Ende 2005/Anfang 2006 zu schildern. Das würde so quasi Ihr Eingangsstatement oder Ihre Erläuterungen ersetzen. Daher meine diesbezügliche Frage.

Hubert Gorbach: Frau Abgeordnete, natürlich kann ich mich da noch halbwegs oder eigentlich gut erinnern. Begonnen hat das aber nicht Ende 2005, sondern korrekterweise im Mai 2005.

Vorausschicken darf ich, dass ich schon im Jahr 2003 mit meinem Amtskollegen in Serbien, Minister Ilić, Infrastruktur- und Telekommunikationsminister, ein Abkommen getroffen habe, in dem wir die Absicht erklären, intensiv zusammenzuarbeiten in Infrastrukturprojektbereichen, aber auch in Telekommunikations- und Technologiebereichen.

In diesem Sinne haben wir auch vereinbart, mindestens halbjährlich Besprechungen auf ministerieller Ebene über den Fortschritt dieser bilateralen Zusammenarbeit vorzunehmen; am 13. Mai 2005 gab es ein solches Treffen.

Auf Grund einer besonderen Bemühung der Telekom Austria und einer österreichischen Investorengruppe, die Hauptanteile an der Mobtel Serbien für einen Markteintritt zu erwerben, gab es die Bitte an mich, dass ich schaue, dass sich eine hochkarätige kompetente Ministervertretung bei diesem Besuch, den ich bei Ilić hatte, anschließend Zeit nimmt, sich die Anliegen der österreichischen Wirtschaft einerseits und der Telekom Austria andererseits anzuhören. Das habe ich gerne wahrgenommen, wie ich immer österreichische wirtschaftliche Interessen im Ausland gerne vertreten habe – einerseits. Andererseits wusste ich natürlich, dass Telekom Austria – das wusste ich in meiner Funktion als Telekommunikationsminister – in Slowenien, Kroatien und Bulgarien geschäftlich gut unterwegs war und für eine Internationalisierung der Markteintritt in Serbien von Vorteil sein könnte.

Das heißt also, ich habe dort veranlasst, dass im Mai 2005 eine höchstkarätige Mannschaft anwesend war. Ich meine, fast ein Drittel der serbischen Regierung war anwesend, Koštunica meines Wissens, dann eben Kollege Ilić, dann mein Visavis in der Funktion des Vizepremiers, Labus, dann auch Bubalo, meine ich, also der Wirtschaftsminister. Auf jeden Fall konnte man dort die österreichischen Interessen gut entrieren. Es gab da eben gewisse Bemühungen, die Mobtel Serbien zu übernehmen.

In weiterer Folge, nämlich Ende des Jahres 2005 – und darauf, Frau Abgeordnete, werden Sie abgezielt haben –, gab es dann massive Irritationen – nachdem wir zuvor eben vereinbart hatten, dass man in dieser bilateralen Abkommen-Situation sehr freundlich miteinander auch in dieser Frage Mobtel umgeht. Ich wurde von meinem Kabinettschef am 30. Dezember 2005 kontaktiert – ich weiß das deshalb sehr genau, weil er eben an diesem 30. fast allein in Wien in einem Kabinett saß und mich kontaktiert hat –, was zu tun sei. Da gab es einen Bericht in der Zeitschrift „Die Presse“, demzufolge die serbische Regierung in einem „unfreundlichen Akt“, wie ich es damals bezeichnet habe, die Lizenz entzogen hat oder für ungültig erklärt hat. Was nützt Ihnen eine Mobtel ohne Lizenz?

Ich habe daraufhin an meinen Amtskollegen, Vizepremier Labus, einen Brief geschrieben, in dem ich die Verwunderung ausgedrückt und auch festgestellt habe, dass das ja einer kalten Enteignung gleichkommt und man so mit Investoren aus dem Ausland, insbesondere mit befreundeten Investoren aus Österreich, nicht umgeht, und ich bitte, ein Gespräch darüber führen zu können.

Dieses Schreiben hat dann dazu geführt, dass es Mitte Jänner 2006 ein Treffen in Belgrad gab, bei dem wir die Situation geschildert haben, bei dem ich, wenn Sie so wollen, die Protestnote der Republik in meiner Funktion als Telekommunikationsminister Österreichs einerseits, aber auch als Vorsitzender des Telekom-Rates auf europäischer Ebene – Österreich war da schon in der Präsidentschaft – ausgedrückt habe und auch erklärt habe, dass das keine übliche Vorgangsweise für ein Land ist, das sich auf dem Weg in die EU befindet.

Tatsache ist auch, dass wir daraufhin in Belgrad vereinbart haben, eine hochkarätige Arbeitsgruppe einzurichten, um zu versuchen, dieses Problem möglichst wieder bilateral und ohne großen Wirbel in der Öffentlichkeit – der war nämlich vorhanden, sowohl in Belgrad als auch in Österreich – zu regeln.

Nicht vergessen sollte ich auch, Frau Abgeordnete, dazuzusagen, dass es zu diesem Zeitpunkt ein Investitionsschutzabkommen zwischen dem ehemaligen Jugoslawien und Österreich gab, ich glaube – mit einer gewissen Unsicherheit –, aus dem Jahr 2002. Auf jeden Fall habe ich auch auf dieses Investitionsschutzabkommen mit der Frage

aufmerksam gemacht: Was soll so etwas, wenn man dann solch unfreundliche spontane Aktionen setzt und Investoren verunsichert?

Im Übrigen darf ich Ihnen auch in Erinnerung rufen, dass das Ende 2005/Anfang 2006 in der sogenannten Community Telekom auch in Österreich durchaus Thema war, wo man sich gefragt hat: Was tun die da unten? Ist das noch Balkan, oder sind die schon mehr bei Europa? – Das wurde schon beobachtet, sodass ich mich wirklich veranlasst sah, da einzuschreiten.

Ich habe dann im Ministerrat über mein Treffen mit Koštunica, also dem Premier, und den zuständigen Ministern Tadic, Finanzminister, Ilić war wieder dabei, Labus, mein Visavis als Vizepremier, also offiziell irgendwann Mitte Jänner über meine Vorgangsweise und meine gesetzten Taten berichtet und darüber, dass es da jetzt eben einen Ausschuss auf höchster Ebene gibt, der versuchen wird, diesen Streit oder diese Irritation gütlich beizulegen. Das ist dann auch geglückt, weil ich mich erinnere, dass Ende Februar die Einigung auf dem Tisch war, dass eine neue Nachfolgefirma in Serbien und eine Lizenz ausgeschrieben werden und die Telekom Austria sich dann auch um diese Lizenz bewerben kann. Wie wir heute wissen, ist das nicht geglückt. Ein skandinavischer Mitbewerber hat das Rennen gemacht, aber Telekom Austria hat auf jeden Fall auch eine Lizenz und einen gewissen Marktanteil.

Also waren meine Bemühungen sowohl für die österreichische Wirtschaft als auch für die Telekom Austria erfolgreich, die ja damals zu 25 Prozent – heute zu 27 Prozent – im Eigentum der Republik stand, weshalb auch ein besonderes Interesse da war, die ja davon profitiert hat. So habe ich das mit einem relativ guten Ende in Erinnerung.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Können Sie sich noch erinnern, was Ihre Wahrnehmung im besagten Zeitraum Mai 2005 war betreffend Interessen des Konsortiums Schlaff/Cordt/Taus?

Hubert Gorbach: Ich habe das so in Erinnerung, dass die Investorengruppe Taus/Cordt/Schlaff eine Optionsvereinbarung hatte mit der Telekom Austria, die auch von Dr. Nemsic bestätigt wurde, dass man, wenn die Angelegenheit über die Bühne gegangen ist, der Telekom Austria, die da einschlägige Erfahrungen hat, eben den Mobilfunkbereich in Serbien überlassen würde. Genaue Details waren mir nicht bekannt, aber es wurde das Interesse von Seiten der Telekom Austria mir als Telekommunikationsminister gegenüber bestätigt.

Ich habe ein bisschen in meinen noch vorhandenen Zeitungsberichten nachgelesen, das hat dann irgendwann auch Dr. Nemsic selbst in einer Aussendung bestätigt, dass man froh ist, dass der Vizekanzler und Telekommunikationsminister sich hier eingeschaltet hat und die Telekom Austria in ihrem Bemühen unterstützt, auf dem Markt in Serbien Fuß zu fassen.

Es gab übrigens auch, damit ich das auch noch dazusage, ich denke, es war beim Treffen im Jänner, eine kurze improvisierte Pressekonferenz in Belgrad, bei der Dr. Nemsic auch dabei war und erklärt hat, wie der Ablauf vorgesehen ist, eben dass die Telekom Austria hier dann als Betreiber dieser Firma auftreten würde.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): In welchem Zusammenhang oder wann und wie haben Sie Herrn Schlaff das erste Mal getroffen, sind Sie ihm begegnet? War das eine gesellschaftliche Begegnung, wie man halt in den „Seitenblicken“ ...

Hubert Gorbach: Nein. Ich habe Herrn Schlaff erstmals gesehen und kennengelernt bei diesem Treffen im Mai in Belgrad, wo ich ja auch mit dieser Angelegenheit konfrontiert wurde, und wir, wie gesagt, im Anschluss an ein, wenn Sie so wollen, Routinetreffen mit Ilić im Zuge dieses bilateralen Abkommens, eine oder zwei Stunden, ich weiß es nicht mehr genau, verwendet haben für diese gemeinsame Aussprache.

Dort war ich, wenn Sie so wollen, so etwas wie der Türöffner zu Regierungskreisen in Serbien. Das ist ja auch gut geglückt, denn ich erinnere mich, dass die Gesprächspartner von Dr. Taus – er war damals auch dabei – und Mag. Schlaff eben drei oder vier hochkarätige Regierungsmitglieder von Serbien waren. Also das war die erste Begegnung.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Können Sie Ihre Beziehung zu Herrn Mag. Schlaff beschreiben? Worauf ist letztlich Schlaffs Entscheidung zurückzuführen, dass ... Medien haben geschrieben, er hätte Sie da in den Aufsichtsrat gepresst. – Wie sehen Sie das?

Hubert Gorbach: Darf ich die Frage noch einmal hören? „In den Aufsichtsrat gepresst“?

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Wie ist die Beziehung zu Schlaff weitergegangen? Welche Form der Beziehung war das? – Sie haben gesagt, Sie waren zuerst der „Türöffner“.

Hubert Gorbach: Also wir sind uns dann wieder begegnet im Jänner bei dieser Krisensitzung, wenn Sie so wollen, in Belgrad und wieder begegnet Ende Februar, wie wir die Lösung in Belgrad auch den Medien präsentiert haben. Dazwischen hatte Mag. Schlaff Kontakt mit meinem Kabinett. Also die Kontakte sind nicht direkt zu mir gelaufen, sondern über den Kabinettschef Mag. Schender beziehungsweise auch Telekommunikationsbeauftragten in meinem Kabinett.

Nach dieser Zeit, nach der positiven Lösung für Österreich haben wir uns vielleicht zwei- oder dreimal getroffen, um in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu sprechen, auch aus der Tatsache heraus, dass ich ja nicht mehr aktiv in der Politik sein werde und ich ja immer gerne Kontakte zur Wirtschaft gepflegt habe. Das habe ich auch in anderen Bereichen getan. Aber es hat keine intensiven Kontakte gegeben oder regelmäßige Gespräche oder Telefonate.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Aber der Herr Schlaff muss ja in irgendeiner Form begeistert gewesen sein, weil sonst hätte er Sie nicht vorgeschlagen für die Funktion des Aufsichtsrates. So, wie Sie es schildern: Der Türöffner hat seinen Job gut gemacht.

Hubert Gorbach: Ich kann Ihnen das, Frau Abgeordnete, sehr offen sagen: Der Herr Mag. Schlaff hat mich gefragt, ob ich Interesse an einer Aufsichtsratsposition bei RHI hätte, wahrscheinlich wissend, dass ich gerne solche wirtschaftlich interessanten Tätigkeiten wahrnehme, um auch über den Tellerrand sehen zu können und nicht in Vorarlberg, das ja wunderschön, aber auch sehr klein ist, allein zu verweilen. Er hat mir eigentlich erklärt, dass er in sehr guter Erinnerung hat, dass man mich einmal kurz gebrieft habe über die Situation Mobtel/Anliegen Telekom Austria und ich das sehr perfekt und sehr beeindruckend vorgetragen hätte gegenüber der serbischen Regierung, so, als wäre ich schon länger in dieser Materie drin.

Also aus der Situation heraus hat er mich eben gefragt, ob ich Interesse habe, dieses Mandat anzunehmen. Ich habe gesagt, grundsätzlich ja, nicht gedrängt danach und auch nicht übertrieben interveniert, aber es ist, wie Sie ja wissen, dann so gekommen, sodass ich diese Aufgabe in den nächsten Monaten oder Jahren sehr gerne wahrnehmen werde.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Sie werden mittlerweile, wie Sie richtigerweise gesagt haben, auch die Medien verfolgt haben: Haben Sie aus Ihrer Begegnung oder eigentlich Zusammenarbeit mit dem Herrn Mag. Schlaff Assoziationen, dass Sie sagen, dass er in einem Konnex mit eventueller Geldwäsche stehen könnte? (*Hubert Gorbach: Keinerlei!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Vizekanzler außer Dienst, nur zu Ihren ersten Antworten jetzt. Sie haben gesagt: das Engagement für österreichische Investoren. Aus den Akten geht hervor, dass eine Arrandene Enterprises Limited mit Sitz in Limassol, Zypern, eigentlich der Abwickler dieses Geschäftes war. – Ist Ihnen das bekannt? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Sie kennen die Gesellschaft nicht? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Haben Sie zum Zeitpunkt des gewollten Engagements der Gruppe Schlaff, Taus, Cordt, die war ja an sich schon erkennbar, gewusst, in welcher Konstruktion die gleiche Gruppe für Bulgarien ein vergleichbares Geschäft gemacht hat? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Wer waren dann für Sie die österreichischen Investoren, für die Sie hier – im Übrigen für mich sehr plausibel – geschildert haben, was Sie in Belgrad versucht haben? Das wird keine Fangfrage. Das war für mich plausibel. Aber es bezieht sich nach wie vor die Frage darauf, wer für Sie erkennbar die Investoren der ersten Stufe und die geplanten für die zweite Stufe waren?

Hubert Gorbach: Lieber Kollege Kogler, ich kann das gerne noch einmal wiederholen. Erkennbar war für mich eine österreichische Investorengruppe mit drei Namen: Cordt, Schlaff, Taus, in welcher Reihenfolge Sie das auch immer haben wollen. Das noch Entscheidendere war aber für mich, dass österreichische Firmen dabei waren, zu einem der wichtigsten Investoren überhaupt zu werden in Serbien, wie in vielen anderen südosteuropäischen Ländern übrigens auch. Und ich habe überall dort, wo man mich gebeten hat, Türöffnerfunktionen wahrzunehmen, das auch getan.

Und ich mag mich erinnern, dass die Sache insofern besonders interessant war, als es dieses bilaterale Abkommen zwischen Serbien und Österreich, von mir initiiert, gab: enge Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung im Infrastrukturbereich, in Telekommunikationsbereichen und Technologiebereichen. Meines Erachtens müsste es dazu sogar einen Ministerratsbeschluss geben, weil es üblich ist, dass man solche Abkommen dann auch in den Ministerrat bringt. Also es gibt sicher einen. Das ist der Hintergrund.

Der andere Hintergrund war, dass ich als Telekommunikationsminister natürlich wusste, die Telekom Austria ist gut unterwegs in Slowenien, in Kroatien, übrigens auch in Bulgarien, ohne Details gewusst zu haben, aber sie waren gut unterwegs und sind heute, wie Sie wahrscheinlich auch wissen, noch besser unterwegs. Sie haben dort mehr Kunden als in Österreich selbst.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die haben sicher eine ordentliche Arbeit gemacht. Da stimmen wir überein.

Hubert Gorbach: Ich weiß. Und ich wusste natürlich auch in meiner Funktion als Vizekanzler, dass etwa ein Drittel dieser Erträge von Telekom Austria auch der Republik zu Gute kommt, weil ja Miteigentümer, dass etwa ein Drittel schon im Ausland gemacht wird. Das heißt also, für mich war völlig klar, dass ich dieses Investment dann besonders lustig und freudig unterstütze, wenn auch diese Option, von der ich eben wusste, bestätigt wird. Und diese Option und damit das Interesse der Telekom Austria wurde mir gegenüber in Person des Dr. Nemsic bestätigt. Das war für mich Grund genug, da zu helfen und zu intervenieren im Sinne der österreichischen Regierung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie beziehen sich ja offensichtlich mit Ihrem Engagement mehr schon auf die Stellung der Telekom und auf das Gespräch mit Nemsic. Es war also für Sie relativ früh erkennbar, dass eigentlich die Telekom Austria kaufen wird wollen. So war es. Und deshalb haben Sie sich engagiert.

Hubert Gorbach: Ja, das kann man so sagen. Also ich habe von dieser Option beziehungsweise von dieser Absicht gewusst und damit auch das Interesse der Telekom Austria bestätigt bekommen und mit einem Teil Unternehmung in Hand der Republik und besonderer Auftrag, da zu schauen, dass das zustande kommt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Zwischeninvestorengruppe, wie wir sie jetzt besser nennen wollen: Was haben Sie da für Wahrnehmungen? Ab wann mussten die davon ausgehen, dass die Telekom Austria höchst interessiert ist?

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter, ich glaube zu wissen, auf was Sie hinaus wollen. Sie wollen eigentlich mir die Frage stellen, wenn ich das richtig verstehe, warum ich nicht gedrängt hätte oder einen Weg mit gefunden oder gesucht habe zumindest, dass das Geschäft direkt läuft zwischen dem Staat Serbien und der Telekom Austria.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wäre eine mögliche Frage gewesen.

Hubert Gorbach: Das wäre meines Erachtens nicht möglich gewesen. Ich habe nämlich schon mitbekommen, ohne dass ich mich im Detail mit der Sache beschäftigt hätte, dass es da viele Unsicherheiten gab. Ich habe in diesem Erstgespräch auch mitbekommen, dass Koštunica und seine Mannschaft davon ausgegangen sind, dass sie im Besitz der Mehrheit sind, also über 51 Prozent. Und die andere Seite, die Investorengruppe, hat behauptet: Nein, wir haben 51 Prozent! Da gab es den Kauf von Karić, und da war einiges politisch – wie soll ich sagen? – unterstrichen und unsicher.

Dann ging es auch um Summen aus noch offenen Dividenden, die bezahlt hätten werden müssen, wo ich mir nicht vorstellen kann, dass ein börsennotiertes Unternehmen über 20 Millionen € Dividenden auszahlt, um überhaupt einmal im Geschäft zu sein.

Also mir war völlig klar, da muss zuerst einiges passieren, damit der Deal dann endgültig zur Telekom Austria auch stattfinden kann. Vielleicht sollte ich auch noch sagen – das habe ich zuvor vergessen bei der Anfrage der Frau Abgeordneten Trunk – , dass es ja auch ein laufendes internationales Schiedsgerichtsverfahren in Zürich gab, das zum Ziel hatte, festzustellen, wer jetzt denn eigentlich wirklich der Haupteigentümer ist: Serbien oder die Investorengruppe.

Also ich habe das auch als Wirtschaftler mit einem gewissen, besonderen Interesse – ich meine, die Sache war natürlich ernst –, aber auch schmunzelnd verfolgt, weil wirklich beide davon ausgegangen sind, sie sind die Haupteigentümer, und der andere muss schön brav fragen: Wieweit darf ich eigentlich überhaupt dabei sein?

Aber um diese Details habe ich mich nicht wirklich gekümmert, sondern ich habe mich gekümmert, dass erstens die Investitionen der österreichischen Investorengruppe gesichert sind, auch berufend auf das Abkommen Investitionsschutz aus dem Jahre 2002. Ich habe mich interessiert dafür: Ist die Telekom Austria, die mir Garant genug war, weil sie war ja gut geführt und gut unterwegs und ist es, glaube ich, heute noch ... ? Das wurde bestätigt, also war das für mich Auftrag genug, so einen Besuch mit zu verwenden, um diesen Investoren zu helfen, wie immer sie auch heißen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In einem stimmen wir aber ganz hundertprozentig überein, dass natürlich, wenn Investitionsschutzabkommen bestehen, man gerade seitens der Regierung versucht, darauf hinzuwirken, dass sie eingehalten werden, weil der Hintergrund dieser Sache ist ja, dass möglichst die Unsicherheiten hintangehalten werden, was dem Investitionsleben nur schadet.

Sie geben zunächst einmal an, die politischen Wirren haben einmal zu wirtschaftlichen Unsicherheiten geführt, was die letztlich wirtschaftlich mehrheitlich Verfügungsberechtigten über diese Gesellschaft betreffen. Ja, die Medienberichte waren voll davon, das ist richtig. Ich habe mich jetzt noch einmal kurz eingelesen, das war alles so.

Jetzt ist es auch möglicherweise aus Sicht der Telekom durchaus vernünftig zu sagen, jetzt schauen wir einmal, dass uns da irgendwer das Terrain herrichtet, weil wir sind die Telekom und die ÖIAG, wir können uns auf das Risiko nicht einlassen. Aber was sind Ihre Wahrnehmungen, dass die Gruppe Cordt/Schlaff/Taus dieses Risiko unbedingt nehmen wollte? Warum denn die, wenn die Telekom nicht? Haben Sie da einmal darüber gesprochen?

Hubert Gorbach: Ich glaube, aber das ist eine Vermutung oder Wahrnehmung, das war das typische Unternehmerrisiko. Unternehmer nehmen ein Risiko auf sich, können Glück haben und dann Erfolg haben und gut abschneiden, können aber auch Pech haben und dann viel Geld verlieren. Das ist Unternehmertum. In diesem Fall wahrscheinlich im großen Stil oder im großen Bereich, aber ich habe das so gesehen. Vereinfacht dargestellt, ohne dass ich hier jetzt jemandem auf die Zehen treten möchte: Wirtschaftlich völlig klar, die Telekom war scharf auf die Möglichkeit, den Markt in Serbien mitzubetreuen, marktführend mitzubetreuen, in Folge von Bulgarien, Slowenien und Kroatien, wollte aber die politischen Wirren, wie Sie es sehr richtig formuliert haben, Herr Abgeordneter Kogler, beseitigt wissen und eine sichere Sache wissen.

Ich denke auch, dass es schwierig ist, noch einmal, in einem börsennotierten Unternehmen, das auch im Eigentum der Republik Österreich ist, so ein Risiko einzugehen wie Dividenden ausbezahlen oder eine Garantie dafür abgeben. Ich sage das, weil das Thema war in Gesprächen, das habe ich mitbekommen, dass es da schon um einiges Geld gegangen ist, wo man zuerst einmal diese Unsicherheiten ausräumen musste und dann noch nicht wusste, wie entscheidet dann das internationale Schiedsgericht in Zürich.

Um diese Details habe ich mich, wie gesagt, nicht genau, detailliert gekümmert, weil Nemsic mir einfach in wenigen Sätzen klargemacht hat, jawohl, die Telekom Austria ist interessiert, dass diese Investorengruppe, mit der wir Vereinbarungen haben, obsiegt, wenn Sie so wollen, in dieser Auseinandersetzung, um dann den serbischen Markt gut bearbeiten zu können.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So weit, so nachvollziehbar. Die Frage war aber, ob Sie Wahrnehmungen in dem Fall dazu haben, wie die ihr Risiko genommen haben, die Gruppe Cordt/Schlaff/Taus. (*Hubert Gorbach: Nein, da habe ich ...!*) Was war deren Risiko?

Hubert Gorbach: Deren Risiko war sicherlich einmal, dass sie nicht Mehrheitseigentümer sind, das, was ja die Serben behauptet haben, dass sie die Mehrheit haben, also 51 Prozent plus, und dann man sich natürlich schwer bewegt – aber diese Details müssen ja zwischen der Investorengruppe und der Telekom Austria vereinbart gewesen sein – und man dann natürlich auch nicht mehr den Preis erzielt, den man erzielt, wenn die Verhältnisse klar sind. Also einmal, wenn Sie so wollen, Prozessrisiko.

Zweitens: Es waren Gelder zu bezahlen, es gab da Beträge, die offen waren – ich verwende noch einmal den Begriff „offene Dividenden“ –, meines Wissens in der Größenordnung von etwa 25 Millionen €. Vielleicht sind es auch mehr, ich weiß es nicht mehr so genau, aber 25 Millionen € habe ich im Kopf. Da hätte wahrscheinlich ein Nemsic oder Sundt, wer damals immer probiert hätte, sich schwer getan, gegenüber den Eigentümervertretern oder den Eigentümern klarzumachen, das ist zwar ein Risiko, wir wissen nicht einmal, ob wir dann Mehrheitseigentümer sind, aber wir hauen jetzt einmal 25 Millionen in den Markt.

So habe ich das eigentlich wahrgenommen, dass Nemsic eigentlich klare Verhältnisse wollte und, wenn die klar sind, dann die Option ziehen und dieses Unternehmen samt Lizenz zu übernehmen.

Übrigens noch etwas, noch etwas fällt mir jetzt ein: Es hat auch ziemlich lange einmal eine Diskussion gegeben, ob Serbien berechtigt war, diese Lizenz zu entziehen – ich erzähle das jetzt deshalb, weil man daraus sieht, welche Risiken in diesem ganzen Zusammenhang auch zu erkennen sind –, weil die behauptet haben, man könne mit dieser Lizenz dann auch Telefone abhören und die Lage sei politisch so brisant, dass sie nicht zulassen können, dass, salopp gesagt, ein Ausländer, sprich die Telekom Austria, dann in Serbien die Telefone abhört. Also es gab wirklich Unsicherheiten. Das habe ich schon mitbekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, da erinnere ich mich auch daran. Jetzt ist nur die Frage, ob Sie Wahrnehmungen dazu haben, wenn da so enorme Risiken bestanden haben, weil ich würde nur einmal für das Protokoll gesprochen ausschließen, dass die Gruppe Kort/Schlaff/Taus einfach hollodero so ein Risiko nimmt, das hier offensichtlich bestanden hatte ... Es ist eigentlich die Frage, wie die sich finanziert haben. – Ist Ihnen bekannt, wie die sich finanziert haben? (*Hubert Gorbach: Nein!*) – Es ist Ihnen nicht bekannt, dass es wieder einen BAWAG-Kredit gegeben hat? (*Hubert Gorbach: Nein!*) – Demnach wird Ihnen auch nicht bekannt sein, wie dieser Kredit der BAWAG angeblich besichert war. (*Hubert Gorbach: Nein!*) – Haben Sie sich nie unterhalten mit einem der Herren Cordt, Schlaff oder Taus, wieso die denn dieses Risiko nehmen, was deren Motive waren?

Hubert Gorbach: Den Herrn Dr. Cordt habe ich nie zu Gesicht bekommen, der war bei diesen Verhandlungen nie dabei. Taus war einmal dabei, ich meine, das erste Mal.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was hat der Dr. Taus mit Ihnen gesprochen?

Hubert Gorbach: Mag. Schlaff und Dr. Taus haben mit mir über die Finanzierung nicht gesprochen. Das hat mich weiters auch nicht interessiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und Sie haben nicht gefragt, warum die bereit sind, so ein Risiko einzugehen?

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter, damals gab es noch keinen BAWAG-Skandal, das war damals nicht brisant, für mich keine zwingende Frage. Das ist so, wie wenn Sie beim Bürgermeister intervenieren, Sie möchten ein Hotel kaufen, und Sie sind bekannt als Investor, dann wird der Sie wahrscheinlich auch nicht fragen: Finanziert das die Raiffeisenbank oder die Sparkasse oder die BAWAG? Auf jeden Fall bin ich nicht auf die Idee gekommen, daran zu zweifeln, dass die Finanzierung irgendein Problem machen könnte – jetzt komme ich wieder darauf zurück –, weil für mich Garant genug war, dass das tolle Unternehmen Telekom Austria mir signalisiert hat, sie sind interessiert, dass diese Investition erfolgreich abgeschlossen wird, um dann die Option ziehen zu können und den Markt Serbien mit Mobiltelefonen zu erobern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, es war gar nicht mehr die Frage, ob Sie sich für die Finanzierung interessiert hätten, das haben Sie vorher schon beantwortet. Das ist auch nachvollziehbar, das muss man nicht unmittelbar in der Rolle, in der Sie sich gesehen haben. Die Frage war eine andere. Sie selbst haben ja festgestellt, und das hat auch mit begründet Ihre Versuche, das Ganze auf gesichertere Beine zu stellen, nämlich auch noch im Interesse der Telekom, so weit, so in Ordnung ... Aber hat Sie nie die Frage interessiert an Cordt, Schlaff oder Taus, warum diese denn so risikofreudig sein wollen, wenn alles zutrifft, was Sie gesagt haben? Ich würde mir denken, hui, das ist eine DKT-Partie, wie haben die das bisher

gemacht? (*Hubert Gorbach: Nein!*) Haben Sie das nie besprochen, warum die dieses Risiko nehmen wollen?

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter, für mich sind die Herren in den wenigen Begegnungen, die wir hatten – es sind Details besprochen worden dann über mein Kabinett –, also, noch einmal, Mai 2005: gemeinsamer Auftritt in Serbien, Jänner 2006: Protestnote in Serbien abgegeben auf Grund des Lizenzentzuges, dann Ausschusstätigkeit, wo man versucht hat, eine friedliche Lösung zu finden, da sind für mich die Herren, die ich kennen gelernt habe, nämlich Schlaff und Taus, sehr kompetent aufgetreten, dass ich es fast als vermessen empfunden hätte, wenn ich mit denen über Details der Finanzierung diskutiert hätte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, keine Details, aber das hohe Risiko. Sie sagen ja selber: Es war nicht einmal klar, wer der Eigentümer ist! Da geht es genau um diese 50 Prozent plus eine Stimme, oder nicht?

Das Spiel ist ja fast: Alles oder nichts? Ist doch so?! Alles oder nichts?, das war das Spiel!

Hubert Gorbach: Die Entscheidung, ein Risiko zu übernehmen, müssen Sie schon dem Unternehmer überlassen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja selbstverständlich! Das ist nicht Ihre Aufgabe.

Hubert Gorbach: Da kann der Politiker ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein! Sie dürfen sich nicht in der Rolle fühlen, dass ich Ihnen da eine Fangfrage stellen will. Sie sind hier Auskunftsperson, und ich frage Sie nur, was Sie dort (*Hubert Gorbach: Nein, ich empfinde das auch nicht so!*) für Wahrnehmungen haben?

Denn es wundert den Ausschuss nämlich, dass es solche risikofreudigen Personen gibt, die dann geradezu karitativ zugunsten der Telekom einschreiten.

Woher kommt das Karitative bei Taus und Schlaff? Haben Sie das ergründet?

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter, noch einmal: Das war nicht meine Aufgabe! Ich habe da sehr gerne geholfen – und ich unterstreiche das noch einmal –,

erstens auf Basis des bilateralen Abkommens intensiv zusammenzuarbeiten, und dieser Bereich gehört dazu;

zweitens auf Basis des Investitionsschutzabkommens darauf zu pochen;

drittens: auch als wirtschaftlich denkender Mensch, wenn es da Irritationen gibt; und ich kaufe ein Unternehmen, und glauben Sie, ich habe jetzt 51 Prozent, und dann sagt jemand: Nein, das ist nicht so!, und wir gehen zu Gericht, weil ich 51 Prozent habe;

viertens – die Reihenfolge ist keine Wertung –: dass Telekom Austria sich positiv entwickelt hat, insbesondere im Ausland.

Ich konnte auch abschätzen, dass diese Entwicklung im Ausland für Telekom Austria gut und wichtig sein wird. Und noch einmal: Heute kommt ein Drittel des Reinertrages – das sind 600 Millionen € –, nämlich 200 Millionen €, aus dem Ausland. Dieser Anteil wird sich noch steigern. Das habe ich schon damals als Telekom-Minister gecheckt und habe deshalb das Signal des Dr. Nemsic: Jawohl, wir sind interessiert, dass der Deal perfekt abgeschlossen wird und wir die Option ziehen können! aufgenommen. Das war für mich Auftrag genug, da zu helfen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das haben wir schon herausgearbeitet, dass Ihr Motiv offensichtlich war, ausgehend vom Wissen und Informationen aus Gesprächen, unter anderem mit Nemsic, dass letztlich die Telekom Austria daran interessiert ist, weil man als potentieller interessierter Nachkäufer auftreten will. Das haben Sie erklärt. Ich habe auch gesagt, es ist völlig plausibel.

Es war dann die Frage, warum hier jemand zwischengeschaltet ist, der dieses ganze Risiko, das andere nicht auf sich nehmen wollen, einfach auf sich ziehen will. Das ist doch eher seltsam!

Diese Frage stand in den Gesprächen mit Taus und Schlaff offensichtlich nicht auf der Agenda, und insofern werden Sie da auch keine weiteren Auskünfte geben können. Nur: Mir wäre das alles sehr seltsam vorgekommen. Sie sagen auch, Sie haben gar nicht gewusst, dass die BAWAG die finanzierende Bank war. (*Hubert Gorbach: Nein!*) – Ja, eben. Wer weiß, ob man eine andere für diesen Deal gefunden hätte, denn die Frage ist nämlich am Schluss immer die: Wer trägt wirklich das Risiko?

Hubert Gorbach: Sie können natürlich Fragen stellen an wen Sie wollen, Herr Abgeordneter, aber ich glaube, da bin ich jetzt falsch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben Sie völlig recht. Ich versuche nur immer wieder, für das Protokoll zusammenzufassen, weil wir ja dann Festhaltungen machen müssen und anschließend Bewertungen vornehmen müssen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Fraktionen der Großen Koalition diesen Ausschuss zur Unzeit beenden wollen. Aber das ist eine andere Debatte, die müssen wir nicht mit Ihnen führen. Da haben Sie recht.

Wir könnten schon darüber reden, wie es Ihnen ergangen ist. Wir haben ja da auch gewisse Hinweise. Aber das ist tatsächlich nicht Untersuchungsgegenstand.

Jetzt zu einem Bereich, der mehr in die Gegenwart hereinspielt. – Herr Stefano Colombo war doch bis jetzt Finanzvorstand bei der Telekom. (*Hubert Gorbach: Ja!*) Haben Sie mit Herrn Mag. Schlaff darüber gesprochen, was den Herrn Colombo so besonders qualifiziert, dass er jetzt Finanzvorstand – wenn es nicht richtig ist, korrigieren Sie mich bitte –, also dass er jetzt im Eins-zu-eins-Wechsel Finanzvorstand bei der RHI wird?

Hubert Gorbach: Nein, das habe ich nicht mit Mag. Schlaff diskutiert. Ich habe so wie die anderen Aufsichtsratsmitglieder in der ersten Sitzung des Aufsichtsrates davon gehört, dass man denkt oder vorschlägt, hier einen Wechsel vorzunehmen, auch weil sich der bisherige CEO – sagen wir es einmal so – mit der neuen Eigentümersituation nicht so wirklich glücklich fühlte und zurechtgefunden hat und man glaubte, in Dr. Colombo einen guten, bewehrten, schnell verfügbaren – das kommt noch dazu – Finanzvorstand gefunden zu haben. Und ich habe mir so wie die anderen seine Vorstellung angehört, habe natürlich auch gewusst, was er bei der Telekom geleistet hat, und dem auch zugestimmt. (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*)

Konkrete Antwort. Schlaff hat mit mir über diesen Chance vorher nicht gesprochen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Hintergrund ist ja der – und da würde ich jeden Eigentümer verstehen –, dass er sich von einem Vorstand trennen will, der die neue Eigentümerstruktur kritisiert. Das ist das Normalste der Welt. Und dass man jemanden seines Vertrauens hineinsetzt, das ist auch klar.

Die Frage geht eigentlich dahingehend, ob Sie eine Wahrnehmung haben, warum ausgerechnet der Herr Stefano Colombo das Vertrauen des Mag. Schlaff in dieser Art und Weise genießt, dass er ihn gleich von der Unternehmung, wo er einen sehr, sehr günstigen Kaufpreis für das, was er weiterverkauft hat, bekommen hat, holt.

Haben Sie eine Wahrnehmung, warum er ausgerechnet den als so besonders vertrauenswürdig findet?

Hubert Gorbach: Nein, keine direkte, aber eine Vermutung als jemand, der sich in die wirtschaftliche Situation gut versetzen kann. Sie sind in einer Situation, wo es neue Eigentümerverhältnisse gibt. Es gibt den Finanzvorstand, der zweifelsohne gut ist, aber sich mit diesen Verhältnissen nicht wirklich wohlfühlt. Der hat ja auch betont, dass es da sogar eine gewisse Klausel in seinem Vertrag gäbe. Sie wissen, dass ein Finanzvorstand eines großen erfolgreichen Unternehmens – das war ja bekannt – derzeit zu haben ist. Die findet man nicht wie Sand am Meer. Da hat es Gespräche gegeben.

Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen aber sagen – vielleicht hilft Ihnen das schon ein bisschen weiter –, dass es im Aufsichtsrat Herren gegeben hat, die den Herrn Dr. Colombo noch nicht kannten, auch nicht vom Hörensagen, und nur einen Lebenslauf von ihm gelesen haben und gesagt haben: Ich möchte mir dem Herrn sprechen, bevor wir da Beschlüsse fassen! Und da hat es auch Gespräche gegeben. – Mit mir nicht, denn mir war er bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie kannten ihn schon aus der früheren Periode, wo Sie noch Vizekanzler waren?

Hubert Gorbach: Als Telekommunikationsminister vor allem.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja genau. – Haben Sie aus dieser Zeit Wahrnehmungen, wie in der Telekom die Herangehensweise gewählt wurde, wann und zu welchen Kaufpreis man die bulgarische MobilTel erwerben würde? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Haben Sie überhaupt keine Wahrnehmungen? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Wie haben Sie den Herrn Colombo, den Sie ja schon gekannt hatten, kennengelernt?

Hubert Gorbach: Ich habe den Dr. Colombo persönlich eigentlich nur aus gesellschaftlichen Begegnungen gekannt und vom Hörensagen, weil es mir als dem Telekommunikationsminister ein Anliegen war, die wichtigen Bereiche – und ein Finanzvorstand gehört zu den wichtigen Bereichen – auch immer wieder ein bisschen – wie soll ich sagen? – berichtet zu bekommen.

Kurzum: Ich hatte, so wie ich es mit Sørensen im Bereich AUA hatte, mit Nemsic alle halben Jahre oder dreiviertel Jahre, also unregelmäßig, einmal ein Mittagessen, wo wir die allgemeine Geschäftslage ausgetauscht haben beziehungsweise er mir berichtet hat, unter anderem auch darüber, was auf europäischer Ebene aus österreichischer Sicht gerade wichtig wäre, vielleicht beim nächsten Ministerrat dort einzubringen wäre oder in Vorbereitung zur Präsidentschaft beachtet werden sollte. Im Zuge dieser Gespräche ist natürlich der Name Colombo auch gefallen – aber nicht übergewichtig oder besonders heraushebend, sondern eben so, dass man mit dem Team, wie es besteht, sehr zufrieden ist.

Übrigens, damit ich da korrekt bin: Solche Gespräche hat es auch mit Sundt gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wäre der Nächste, auf den ich gekommen wäre. Dazu habe ich auch eine Frage, und zwar – das wäre eigentlich naheliegend –, ob Sie sich nicht mit Sundt darüber unterhalten haben, wie die Telekom vorgegangen ist, dass Sie um 1,6 Milliarden € Kaufpreis letztlich das Objekt der Begierde, am Schluss der Kette die bulgarische MobilTel AD, wie sie zu diesem Zeitpunkt geheißen hat, erwirbt, wo aber kurze Zeit davor die gleiche Gesellschaft bei einem Eigentümerwechsel oder Eigentümerzuzug, muss man eigentlich sagen, eine Investorengruppe nur 1,2 Milliarden € zu Buche geschlagen hat, was sich auch im

Verkaufspreis so wiedergefunden hat, wenn man Eigenkapitalanteile und die Fremdfinanzierung zusammenzählt.

Es ist völlig klar: 800 Millionen € erster Schritt, 1,2 Milliarden € zweiter Schritt, und in knapper Abfolge waren es dann 1,6 Milliarden €.

Haben Sie sich als Regierungsmitglied nicht dafür interessiert, wieso die Telekom bereit ist, einen, jetzt verglichen mit den 1,2 Milliarden, relativ hohen Preis zu zahlen? Vielleicht war es ja so in Ordnung, weil die so einen exorbitanten Wertzuwachs genommen haben. Aber zu fragen, wäre naheliegend gewesen. – Haben Sie diese Fragen gestellt? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Haben Sie nicht gestellt? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Warum nicht?

Hubert Gorbach: Ich stelle nur im Nachhinein fest, dass es offensichtlich kein schlechter Deal war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (SPÖ): Das ist jetzt aber noch nicht die Frage gewesen. Das wäre eine eigen Bewertung.

Hubert Gorbach: Aber eine Erklärung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (SPÖ): Nein. Sie können ja nicht ...

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter, Entschuldigung, aber mit mir müssen Sie nicht darüber diskutieren, ob der Preis zu hoch war oder zu niedrig war, denn ich war weder Vorstand noch CEO der Telekom Austria! (**Mag. Kogler: Nein, ich frage Sie ja ...!**)

Ich war nicht einmal Eigentümergebote, weil das ja die ÖIAG war, sprich: der Finanzminister, aber von der Sache her eng verbunden, und zwar auch über Gesetze, die im Telekommunikationsbereich zu machen sind, die wieder bei mir in meinem Kabinett als Regierungsvorlage entstanden sind.

Ihre Frage ist schon okay. Ich habe darüber mit der Telekom nicht diskutiert, weder mit Sundt noch mit Nemsic. Ich stelle aber jetzt, wenn Sie so wollen, als österreichischer Staatsbürger fest, dass die Telekom eine gute Entwicklung genommen hat, **gerade** auf Grund dieser Auslandsgeschäfte, und das freut mich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (SPÖ): Ja, das mag alles sein. Es kann ja nur nicht sein, dass Sie zu den Wahrnehmungen, zu denen ich Sie befrage – das haben ja sie selber hier jetzt hereingebracht –, also, dass Sie mir bei der Frage, ob Sie damals über dieses Thema gesprochen hätten, weil das ja naheliegend gewesen wäre, entgegenhalten, dass ja viel später dann ohnehin die Wirklichkeit gezeigt hätte, wie das alles ist.

Ich habe Sie gefragt, ob Sie damals dieses Thema angeschnitten haben. Das haben Sie im Übrigen offensichtlich nicht. Sie verweisen darauf, dass Sie ja gar nicht zuständiges Regierungsmitglied waren. Das ist völlig richtig! Das wäre ja eigentlich der Herr Bundesminister für Finanzen gewesen; der kommt im Übrigen ohnehin noch, wenn es wahr ist. Und letztlich wäre auch der ÖIAG-Vorstand zu befragen. Da haben Sie völlig recht.

Die Frage war nur nach den Wahrnehmungen gestellt. Wir halten fest, dass es Sie nicht besonders gedrängt hat, zu fragen, wie denn diese Wertsteigerung zustande gekommen ist. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt sind wir an der Reihe, zu fragen. Es ist ganz richtig, dass wir die anderen Personen, die Handelnden, zu fragen haben. Die würden wir gerne befragen, aber die entschuldigen sich alle. Aber vielleicht könnten Sie den Herrn Colombo fragen, warum er heute nicht kommt.

Hubert Gorbach: Frage an mich?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, Aufsichtsrat und Vorstand, nicht, hat ja eine besondere Beziehung in diesem Zusammenhang? (*Hubert Gorbach: Ja!*)

Ich betone jetzt einmal vorweg – das habe ich auch schon beim Dr. Taus auch gegenüber der Öffentlichkeit gesagt –: Ich bin schon sehr dankbar, dass es wirklich auch noch Menschen gibt, die den staatsbürgerlichen Pflichten nachkommen und einer Ladung eines Ausschusses Folge leisten! Das muss man einmal wirklich positiv anerkennen, sowohl beim Dr. Taus als auch bei Ihnen.

Bei vielen anderen können wir das ja nicht so erkennen. Die lachen uns aus der Zeitung entgegen und sagen, sie haben keine Zeit, und sind halt woanders – wahrscheinlich ein paar hundert Meter Luftlinie von hier entfernt, finden aber den Eingang hier nicht.

Meine Frage an Sie war nicht ernst gemeint. Ich sage nur: Der Dr. Colombo kommt heute nicht, er hat sich entschuldigt. Wir hätten gerne an ihn Fragen gerichtet, sage ich auch in diesem Zusammenhang.

Aber einen Punkt möchte ich schon noch abklären, weil ich mir das persönlich nicht wirklich vorstellen kann, nämlich, dass sich niemand im Umfeld des zuständigen Bundesministers, wenn man auf die Reise einer berechtigten Intervention, wenn es um Investitionsschutz und Ähnliches geht, geschickt wird, erkundigt: Wer sind denn die Leute, die mich da auch um Intervention ersuchen?

Beim Dr. Taus verstehe ich noch, dass man da nicht viel nachfragen muss, der ist bekannt. Aber gerade bei Menschen, die man nicht kennt, fragt man doch nach. Und daher meine Frage, wenn schon Sie nicht gefragt haben –

und ich sage jetzt für das Protokoll: Hier sind wir per Sie, sonst sind wir per Du; aber wir sind nicht böse miteinander, damit da keine Missverständnisse auftreten –:

Aus dem Kabinett des Ministers ist es ja sicher vorbereitet worden, aber ist da auch vorbereitet worden, für wen man eigentlich etwas macht? Gibt es da nähere Informationen?

Hubert Gorbach: Zur Investorengruppe Taus, Schlaff, Cordt: Da gebe ich durchaus zu, wie Sie, Herr Vorsitzender, richtigerweise jetzt eingeleitet haben, dass Taus für mich ein beschriebenes Blatt war und untadelig, den kennt man, und wenn der in einer Investorengruppe dabei ist, insbesondere dann – und das möchte ich schon ganz, ganz vehement noch einmal unterstreichen und betonen –, wenn die Telekom Austria, zu der ich natürlich eine besondere Beziehung hatte und deren Bemühen, auch im Ausland erfolgreich zu sein, ich kannte, sagt: Jawohl, wir sind interessiert, dass diese Gruppe diesen Deal erfolgreich abschließt, und wenn Sie da helfen, tun Sie auch der Telekom Austria etwas Gutes!, dann reicht mir das – und, wie ich glaube, hat das sicher auch meinem Kabinett gereicht.

Das war auch nicht die causa prima. Das muss ich schon auch einmal sagen. Wir waren da jetzt nicht bessere Sachbearbeiter der Investorengruppe oder der Telekom Austria, sondern man hat gesagt: Aha, da gibt es politische Wirren, da kann man einen Beitrag dazu leisten, dass die Verantwortlichen direkt mit den dort Verantwortlichen reden können! Das kam übrigens in anderen Bereichen laufend vor, und ich habe das auch immer wahrgenommen. Und wenn die Telekom Austria interessiert ist, diese Optionsmöglichkeit zu haben, dann macht man das.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Für mich auch sehr nachvollziehbar, insbesondere dann, wenn man die Rolle des Dr. Taus beleuchtet, der uns ja hier – für mich sehr glaubhaft – die Rolle dargestellt hat, die er in diesem Triumvirat gespielt hat, wenn man

das so nennen will – Taus, Cordt und Schlaff –, wo er tatsächlich deponiert hat, dass er de facto nichts anderes war als ein Treuhänder, der bestenfalls auch noch Kontakte vermittelt hat, aber wirtschaftlich kein eigenes Risiko auf sich genommen hat, zu keinem Zeitpunkt, und Ähnliches mehr, und daher zum Teil gar nicht die Beweggründe kennt, weil seine Aufgabe Treuhänder war, und er wiederum von Elsner und BAWAG ersucht wurde, hier mitzumachen.

Aus der Sicht des Mag. Schlaff sehe ich das anders, weil der für viele in dieser Republik, aber auch außerhalb dieser Republik, ein sehr beschriebenes Blatt und für manche in dieser Republik ein unbeschriebenes Blatt ist. Der braucht, um seriösen **Touch**, wie man es so schön auf „Neuhochdeutsch“ sagt, eben die Umgebung von Leuten wie Taus, damit man eben nicht viel fragt, wer er ist, würde ich einmal sagen. Auch Taus wusste überhaupt nichts über Schlaff, er hat ihn über Elsner zum Beispiel kennengelernt.

Meine Frage: Haben Sie jetzt, im Nachhinein, irgendeine Wahrnehmung, dass Schlaff mit Sundt länger bekannt ist, befreundet ist oder irgendetwas in diese Richtung?

Hubert Gorbach: Diese Frage kann ich nicht beantworten. Das ist mir nicht bekannt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann haben wir, weil wir auch ein politischer Ausschuss sind, der das zu untersuchen hat, noch ein Thema, und das ist ein bisschen darüber hinausgehend, und da ist die Frage: Ist Ihnen die PR-Agentur „100 % Communications“ ein Begriff?

Hubert Gorbach: Ja, das ist mir ein Begriff schon auf Grund der Tatsache, dass ich doch noch ein bisschen Zeitung lese in letzter Zeit.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was hat die „100% Communications“ bei den Ostgeschäften für das BMVIT gemacht? Können Sie uns da etwas erzählen?

Hubert Gorbach: Nein, da kann ich wenig erzählen. Ich weiß auch nicht, in welchem Zusammenhang diese Frage jetzt zu verstehen ist. Aber ich kann ihnen sagen: Meine einzige wirklich intensive Kontaktsituation mit „100 % Communications“ war ein Treffen von russischen und österreichischen Wirtschaftlern oder in der Wirtschaft Tätigen, wo ich gebeten wurde, die Schirmherrschaft oder den Ehrenschatz, wie man das nennt, zu übernehmen. Das ist auch über mein Kabinett gelaufen. Wie bei solchen Fällen immer, wurde gefragt: Wer wird da ins Auge gefasst, eingeladen zu werden? Was sind da für Leute dabei? – Und da waren Direktoren des Verbunds zum Beispiel, also hauptsächlich ging es dabei offensichtlich um Energie, sodass ich auch wieder in dem Sinne, alles zu tun, damit die österreichische Wirtschaft beflügelt wird und Unterstützung von der Politik kommt ... – Man sollte ja nicht nur bei jeder Gelegenheit sagen, dass man gerne wirtschafts- und industriefreundliche Politik macht, sondern das auch tun. **Das** war der Kontakt!

Bei dieser Veranstaltung – sie ist ja inzwischen auch schon beschrieben worden und hinlänglich bekannt – in den Hübner-Sälen damals, kann ich mich auch erinnern, dass ich erstmals den Herrn Deripaska gesehen habe.

Das war mein Kontakt, wenn Sie so wollen, zu „100 % Communications“.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das haben wir bei uns in den Akten auch gefunden, allerdings nur den einen Teil. Ich gebe Ihnen da einmal die Liste, damit Sie das mitverfolgen können. Da gibt es einen russischen Meinungs austausch mit russischer Gästeliste – Vizekanzler der Republik Österreich, Hubert Gorbach, vom 2. Februar 2006, Kursalon Hübner –, und da sind eine Reihe von Oligarchen und Magnaten, oder wie immer man die auch nennen will, zugegen. Also: Deripaska, Goldovsky, Petrochemie, MDM Bank, Öl und Ähnliches mehr.

Sagen Sie, eine Frage: Waren die auch alle da?

Hubert Gorbach: Das kann ich Ihnen verlässlich nicht beantworten, denn ich habe nicht die Kontrolle darüber gehabt. Ich habe dort, wie ich gebeten wurde, eine Tischrede gehalten, indem ich die Entwicklung Europas im wirtschaftlichen Sinn und die notwendige intensivere Zusammenarbeit mit Russland aufgrund der Entwicklung dort, insbesondere was gegenseitige Investitionen betrifft, ein bisschen durchleuchtet habe. Daran kann ich mich noch erinnern. Aber ich habe jetzt keine Liste gehabt: Wer ist wirklich da? – Deripaska, das weiß ich, der war da, weil der schon irgendwie bekannt war als einer der nicht Unwichtigen in Russland. Der wurde mir auch persönlich vorgestellt, mit dem habe ich auch einige Gedanken ausgetauscht und ein bisschen gesprochen. Die anderen kann ich weder bestätigen noch ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Deripaska, bleiben wir bei dem. Sagen Sie, wissen Sie, dass der auch einen zweiten Namen hat?

Hubert Gorbach: Nein. Mir ist er nur als **Oleg Deripaska** bekannt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Unter dem Namen „**Kislin Arik**“ ist er Ihnen nicht bekannt?

Hubert Gorbach: Nein. Das höre ich zum ersten Mal. Vielleicht habe ich da etwas überlesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So wird er zumindest in den Akten, die diesem Ausschuss zur Verfügung gestellt wurden, mit Zweitnamen benannt – und offensichtlich von den verschiedensten Behörden aus dem Ausland auch bestätigt.

Gut, jetzt hat das stattgefunden. – Wer hat von österreichischer Seite da teilgenommen?

Hubert Gorbach: Ich kann mich erinnern, dass neben einer Kollegin aus dem Regierungskreis, der damaligen Justizministerin Gastinger – vielleicht noch Miklautsch, ich bin nicht sicher, egal –, Dr. Haiden, oder Haider, Verbund, neben mir war, und aus dem Energiebereich noch einige mir jetzt namentlich nicht Bekannte. Der Schwerpunkt war eigentlich: Kraftwerke- und Energiebereich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was die Republik am brennendsten interessiert, ist: Für die Organisation dieser Veranstaltung war die „100 % Communications“, also Gernot Rumpold und sein Team, verantwortlich. Und was natürlich alle interessiert: Was hat das gekostet?

Hubert Gorbach: Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, zumal das sicherlich nicht aus Budgetmitteln des BMVIT beglichen oder mit beglichen wurde. (*Obmann Dr. Graf: Sondern von wem? Wer hat das organisiert?*) Mein Part war ausschließlich, der Veranstaltung eine besondere Note zu verleihen, indem eben der Vizekanzler der Republik die Schirmherrschaft übernimmt und zugesagt hat, dort am Abend anwesend zu sein und eine kurze Tischrede zu halten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist so auch in Ordnung. Wer hat diese Veranstaltung dann beauftragt, beziehungsweise wer hat das finanziert, wenn es nicht das BMVIT war?

Hubert Gorbach: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer weiß im Kabinett darüber Bescheid?

Hubert Gorbach: Also Mag. Schender als Kabinettchef eventuell, aber auch Frau Mag. Barbara Steiner, die die Außenbeziehungen bearbeitet hat im Kabinett. – Also die zwei würde ich fragen, jetzt so auf die Schnelle.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, dann werden wir die vielleicht auch fragen, wenn der Ausschuss noch tagt zu dem Zeitpunkt.

Letztes Beispiel. – Sie dürfen sich nicht wundern, wenn solche Fragen kommen – denn, ich meine, rein politisch steht Hubert Gorbach nicht unbedingt auf der linken Seite des Spektrums der Republik oder überhaupt international –, wenn man dann plötzlich zum Vertrauten, aus welchen Gründen auch immer, von Martin Schlaff wird – das muss man schon sagen –, der ja eine Legende hat in diesem Land und auch international, vom Stasi-Mitarbeiter angefangen bis hin zum Verschieben der DDR-Vermögen in die Schweiz mit der Frau Steindling, mit der „Fini“, und so weiter, und dadurch ja kein unbeschriebenes Blatt ist und der mit der Placzek AG letztlich auch die Drehscheibe hinsichtlich Durchbrechung des Technologieembargos gegenüber den Ostblockstaaten war. Das ist ja in Wirklichkeit alles medienöffentlich und nachzulesen, aber auch in den Akten, die uns zur Verfügung gestellt wurden, eindeutig so beschrieben. Da gibt es keine andere Charakterisierung. – Und daher verwundert das etwas, wenn man dann plötzlich in die besondere „Enge-Vertrauten-Landschaft“ eintritt.

Was sagen Sie dazu? Haben Sie davon etwas gewusst?

Hubert Gorbach: Also ich persönlich habe bei solchen Kontakten oder wirtschaftlichen Abläufen nie kategorisiert in „links“ und „rechts“ oder „Mitte“ oder „ganz Links“ oder nach sonstiger Herkunft, die man ja dann auch noch dazusagen könnte, sondern ich habe immer die Menschen beurteilt, wie sie mir begegnet sind. Ich kann nur wiederholen, dass mir bei den wenigen Begegnungen – gemeinsames Auftreten gegenüber der Regierung in Serbien, Vertreten eines gemeinsamen Anliegens, insbesondere im Sinne der österreichischen Investoren insgesamt, aber insbesondere der Telekom Austria – Herr Martin Schlaff als sehr kompetenter, wenn Sie so wollen, gewiefter, rhetorisch exzellenter Geschäftsmann aufgefallen ist. Ich habe da weder gefragt, ob er jetzt ein besonderer Freund des damaligen Oppositionsführers in Österreich, Gusenbauer, ist oder vielleicht auch Herrn Dr. Schüssel gut kennt oder international Bekannte in Kunst und anderen Bereichen hat, sondern das war die Begegnung. So habe ich ihn wahrgenommen und schätzen gelernt – das sage ich auch dazu. Also das hat mit ideologisch ...

Ich nehme ja an, bei ihm wird es ein bisschen ähnlich gewesen sein, denn sonst hätte er sich ja eigentlich auch wundern müssen, dass ich mich da engagiere für diese Gruppe. Wobei ich Ihnen auch sagen kann, dass das wirklich ideologiefrei war. Das sieht man auch daran, dass ich ja bekanntlich nie Mitglied der Österreichischen Volkspartei war, aber bei einer Pressekonferenz, wie ich mich erinnere, der Herr frühere ÖVP-Bundesobmann Dr. Taus sich fast überschwänglich lobend über mein Engagement in dieser ganzen Telekom-Sache geäußert hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war ja wohl auch der Grund für *sein* Engagement, dass er da etwas weiterbringt, der Dr. Taus. Denn wofür ...

Hubert Gorbach: Ich wollte damit eigentlich sagen, etwas salopper ausgedrückt: Es hat ihm getaugt, offensichtlich, dass ich mich kümmerge ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube auch nicht, dass der Mag. Schlaff jetzt ein Paradelinker ist, vielleicht sogar in der Einstellung ganz anders ist. Manche würden vielleicht sagen „Schnittlauch auf allen Suppen“. Das kann ja auch der Fall sein: Man sichert sich in alle Richtungen ab – das macht man ja oft auch so, nicht wahr? (*Ruf: Schnittlauch ist aber grün!*) Schnittlauch ist grün – ein berechtigter Einwand, ja. – Mit der FPÖ hat er noch nichts zu tun. Aber was nicht ist, kann ja noch kommen.

Ist Ihnen über Herrn Chernoy irgendetwas bekannt geworden?

Hubert Gorbach: Den Namen kenne ich natürlich, aber mir ist Herr Chernoy weder persönlich bekannt, noch gibt es einen besonderen Kontakt oder Schriftverkehr, Telefonate oder Ähnliches mehr. Ich kenne ihn aus den Medien. Bei dem weiß ich, dass es einen zweiten Namen oder eine Aussprachart gibt: „Chorny“, glaube ich. Aber sonst, wie gesagt, ist er mir nicht bekannt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der hat ja auch immer wieder ins Land, nach Österreich gewollt, weil er in anderen Ländern auch immer wieder, sage ich jetzt einmal, nicht mehr sein wollte. – Ist irgendwann irgendjemand an Sie oder Ihr Kabinett herangetreten, um für ihn zu intervenieren hinsichtlich eines Sichtvermerks, einer Einreisegenehmigung oder Ähnliches?

Hubert Gorbach: Ist mir nicht bekannt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann gebe ich einmal das Fragerecht weiter. – Herr Kollege Bucher?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich wüsste nicht, was ich den geschätzten Herren Vizekanzler außer Dienst fragen sollte. Ich gebe weiter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Keine Fragen? – Dann SPÖ: Frau Kollegin Trunk?

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ja, zwei kurze Fragen:

Nachdem Sie vorhin ausführlich dargestellt haben, dass vonseiten der Partner in Belgrad zumeist die halbe Regierung anwesend war: Wer hat Sie begleitet – aus Ihrem Kabinett oder außerhalb?

Hubert Gorbach: Beim Treffen im Jänner und Ende Februar war sicherlich mein Kabinettschef Mag. Schender dabei, der auch eingebunden war in die Entwicklungen, also der sich Berichte geholt hat oder Informationen von der Investorengruppe: Wie läuft es? Was passiert? Kann man etwas helfen?

Zweimal war sicherlich auch mein Pressesprecher dabei, wenn nämlich Pressestatements vorgesehen waren. Das Ganze hat ja auch in Belgrad für ziemliches Aufsehen gesorgt. Es waren ja keine Geheimaktionen, es waren auch immer mehrere Fernsehstationen dabei, der ORF natürlich auch. – Fertig. – Also, Mag. Schlaff natürlich, Dr. Taus – Cordt nie, das habe ich schon gesagt – und ein Rechtsanwalt des Herrn Mag. Schlaff, Dr. Neubauer.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Letzte Frage, ganz einfach zur Aufklärung: Es gibt eine Anfragebeantwortung betreffend vieler, vieler Reisen der Minister – so wie bei allen Ministern. Da stellt sich die Frage, **wie** Sie gereist sind, weil ich mich einfach schwer tue oder die Fantasie nicht habe, nachzuvollziehen – aber Sie werden es sofort aufklären –, dass die Reise am 17.1. nach Belgrad mit Gesamtkosten von 88,50 € angegeben wurde, die Reise am 27.1. nach Belgrad mit 21,96 € (*Obmann Dr. Graf: Sky Europe, oder was?*) – das geht ja nicht einmal mit der Ryan Air! –, die nächste am 28.2. – Belgrad, Mobtel-Besprechung – mit 20,66 €.

Jetzt frage ich Sie erstens einmal, halb zynisch: Herr Ex-Minister, sagen Sie uns: Wie reist man so günstig? – Das würde uns alle interessieren!

Und zweitens: Wie kommt man auf diese Zahlen? – Da ja Kabinettsmitarbeiter mit waren, kann das ja so nicht gewesen sein.

Hubert Gorbach: Da sehen Sie mein großes Vertrauen in die Kabinettsmitarbeiter! Die Anfragebeantwortung wurde im Detail sicherlich mit mir nicht besprochen – ist aber auch okay!

Ich erinnere mich an diese Krisensitzung am 17. Jänner. Da sind wir ja ausschließlich aufgrund der besonderen Situation und im Interesse der Investorgruppe und der Telekom Austria hingeflogen. Da hatte ich mit Ilic oder Infrastruktur/Technologie sonst nichts zu tun, sondern es war gezielt auf diese unfreundliche Aktion. Es war auch Not am Mann. – Da sind wir mit dem privaten Flugzeug oder Jet des Herrn Mag. Schlaff hin- und zurückgeflogen – wohlgedenkt immer an einem Tag erledigt; Sie sind in einer Stunde von Wien aus in Belgrad.

Und bei einer Reise – ich kann mich jetzt nicht mehr erinnern, welche das genau war – bin ich sogar von einer Beerdigung, von einem Begräbnis international zwischengelandet, auf einem internationalen Flug – ich glaube, von Kuwait kommend, irgendein Scheich, wo ich die Republik Österreich vertreten habe bei den Kondolenzfeierlichkeiten und in Belgrad eine Zwischenlandung gemacht habe. – Und ich kann mir nur vorstellen, dass dann eben nur anteilmäßig die Kosten, die entstanden sind, in dieser Anfragebeantwortung angeführt sind.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Das wird die von 16. auf 17.1. sein, weil da steht: „Kondolenz Emir Scheich ...“. – War das die Reise mit dem Schlaff-Privatjet? (**Hubert Gorbach: Nein!**) – Das war eine andere?

Hubert Gorbach: In Kuwait bin ich entweder mit dem Bedarfsflieger des Herrn Bundespräsidenten unterwegs gewesen – das war zwei, drei Mal der Fall, weil ich zwei, drei Mal sehr kurzfristig eingesprungen bin: König Fahd, Arafat – je nachdem, man hat halt die Listen angeschaut: Wer vertritt welches Land dort?, und dann ist es vorgekommen, dass entweder der Herr Bundespräsident beziehungsweise sein Kabinett oder der Herr Bundeskanzler beziehungsweise sein Kabinett mich gefragt haben, ob ich da kurzfristig einspringen kann – wahrscheinlich in der Annahme, dass Bundespräsidenten und Kanzler Termine haben, die nicht so leicht verschiebbar sind wie die eines Vizekanzlers.

Kurzum: Da war ich in Kuwait, natürlich nicht mit dem Flugzeug des Herrn Schlaff, sondern bin von Kuwait kommend in Belgrad gelandet, habe dort ein oder zwei Stunden Besprechung gemacht – es war eine kritische Situation, Mitte Jänner – und bin dann weitergeflogen mit dem Flugzeug des Herrn Mag. Schlaff. – Ich glaube sogar, jetzt wo Sie fragen, mich erinnern zu können, dass Mag. Schlaff und mein Kabinettschef von Wien nach Belgrad geflogen sind, wir uns dann eben dort getroffen haben – ich bin von Kuwait gekommen – und dann mit dem Flugzeug gemeinsam wieder nach Wien zurückgeflogen sind, sodass also der Flieger, mit dem ich unterwegs war, nicht warten musste oder keine Stehzeit hatte.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Und die anderen beiden Reisen, wo Sie gesagt haben, Sie wissen nicht, wer im Kabinett diese Anfragebeantwortungen macht?

Hubert Gorbach: Die Ende-Februar-Reise?

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ja, die am 28.2.

Hubert Gorbach: Die müsste meines Erachtens auch mit dem Flieger von Herrn Schlaff erfolgt sein, weil da der Anlass eigentlich auch der war, die Einigung zu besiegeln und auch zu verkünden. Also da hatte ich auch nicht irgendeinen anderen Anlass, dort tätig zu sein. Und da haben wir schon sehr genau getrennt – also nicht, dass ich dann auf Kosten der Republik zum Vorteil der Investorengruppe oder von wem auch immer womöglich irgendwo hingeflogen werde.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Nicht, weil ich Ihnen böse will, aber: Das In-Anspruch-Nehmen von Privatjets von bestimmten Lobbyisten und Interessenten hat bei anderen Regierungsmitgliedern durchaus für öffentliches Ärgernis und Erregung gesorgt.

In dem Zusammenhang frage ich Sie ganz einfach: Sie wissen nicht, wie viel Rumpold verrechnet hat oder wer Rumpold den Auftrag gegeben hat für diese presentation? – Also im Nachhinein würde ich ja an Ihrer Stelle Angst kriegen, wenn man da bei der Eurofighter-Präsentation sieht, was eine Pressekonferenz gekostet hat! – Nicht, dass Sie das persönlich angestellt hätten, aber aus dem Umfeld! (*Zwischenruf.*) – Na jetzt, im Nachhinein! Ich habe ja gesagt: Im Nachhinein würde mir schlecht werden.

Und das Zweite ist: Welche Regelungen hat es denn gegeben hinsichtlich der Frage: Von wem lasse ich mich von X nach Y bringen?, weil es ja auch bestimmte Fragen der Befangenheit, Unbefangenheit ...? – Oder ist man da eher so im Grasser'schen Sinne umgegangen: Wir fliegen mit jedem mit – Hauptsache, wir sparen der Republik Geld!? – Da läuft man ja schnell Gefahr, irgendwie in Korruptionsverdacht zu kommen.

Hubert Gorbach: Nein, die Regelung – für mich war das völlig klar: Wenn ich ausschließlich zum Zweck einer intervenierenden Firma oder Unternehmung mitfliege, um eben der österreichischen Wirtschaft zu helfen oder österreichischen Wirtschaftstreibenden zu helfen, dann haben die das auch zu bezahlen – zumal sie sowieso hingeflogen wären! Also ich hätte jetzt vielleicht noch in einer Verkehrsmaschine fliegen können und sagen können: Mit euch fliege ich nicht, und wir treffen uns dann unten!, und das verrechnen. Aber das wäre, glaube ich, auch nicht im Sinne des österreichischen Steuerzahlers.

Und wenn ich das verbinden konnte – das ist nicht nur in diesem Fall Belgrad; auch wenn ich für eine österreichische Baufirma in Ungarn intervenieren konnte, weil es da gerade Probleme im Straßenbau gibt, aber sowieso dort zu tun hatte –, dann habe ich das halt mitgenommen – eigentlich wie es praktikabel, glaube ich, logisch ist und wie es jeder machen würde. – Militärjets habe ich nie in Anspruch genommen.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Also ich denke – für uns als Untersuchungsausschuss, und nicht um das jetzt lustig zu machen –, jede Bundesregierung hat für die Zukunft irgendeinen Regelungsbedarf, wie man fliegt. Denn wenn ich bedenke, dass wir uns in diesem Untersuchungsausschuss stundenlang darüber unterhalten haben – auch zu Recht! –, wenn jemand mit jemand Bestimmtem in einer öffentlichen Maschine geflogen ist, wer welches Klavier wohin gebracht hat, dann sind die – ich gebe zu, wahrscheinlich steuerschonenden – Varianten des Herrn vormaligen Infrastrukturministers nicht einfach irgendwo anders hinzutun, sondern sind gesamt zu behandeln.

Hubert Gorbach: Frau Abgeordnete, ich will Sie wirklich nicht unterbrechen, aber da bin ich dann nicht etwa alleine damit, dass ich diese steuerschonende Art des Hin- oder Rückflugs von Veranstaltungen mit öffentlichem Charakter verwendet hätte. Auch der heutige Bundeskanzler ist meines Wissens schon von Sportveranstaltungen in derselben Maschine zurückgefliegen. (*Abg. Rädler: Mit Schlaff!*) – Bitte? (*Abg. Rädler: Mit Schlaff!*) Ja, aber ich will da jetzt nicht ... – für mich ist das klar, ich würde das auch so tun! – Nur damit Sie jetzt nicht das Gefühl haben, ich war da eine Ausnahme.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Wichtigste ist, der einzige Verhaltenskodex, der noch gelten sollte, ist, dass man, wenn man aussteigt, nicht den Boden küssen soll.

Gibt es noch Fragen? Ich denke, die Reisepraxis, ob es da einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf gibt, irgendeinen Kodex oder sonst etwas ins Leben zu rufen, können wir ja diskutieren.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ja, das würde ich schon gescheit finden, denn ich finde es nicht okay, wenn wir hier je nach Temperament eine Sache exzessiv behandeln oder einfach sagen: Na ja, das war Steuer schonend. Für mich, ohne Ihnen persönlich auch danach nahe treten zu wollen, gibt es da schon einen

Regelungsbedarf, denn bei anderen würde man sagen: schwerster Korruptionsverdacht, irgendwie schwerste Abhängigkeit und dergleichen. Der vorvorige Bundeskanzler der Republik Österreich hatte eine lange Affäre wegen eines einzigen Fluges. Also, das sollten wir in Zukunft unabhängig von dieser einen Geschichte – Ihre Offenheit in Ehren – trotzdem in irgendeiner Form regeln. – Danke, ich wäre am Ende, nicht fertig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das können wir gerne dort diskutieren, wo es auch hingehört. Vielleicht eine Anmerkung meinerseits: Wir sind in Österreich da vielleicht ein bisschen päpstlicher als der Papst, wenn man das auch international sieht. In Österreich verlangt man ja, dass ein Politiker im Anschluss an das politische Leben keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen darf, am besten überhaupt keinen Beruf mehr ausübt, denn, wenn er die Straße kehrt, wird man auch fragen: Wie hat er den Job bekommen? Das muss ja über Intervention bei der Gemeinde passiert sein, nicht.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Herr Vorsitzender, Sie wissen, ich bin da sehr strikt. Nur ganz selten kritisiere ich, aber: Da geht es jetzt nicht um die Zeit des Herrn Minister Gorbach *nach* seiner Diensttätigkeit, sondern da geht es um die Zeit des Herrn Minister Gorbach als Minister Gorbach. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich sage: Jeder Kontakt in aufrechtem Amt wird einem schon angekreidet. Das ist in Österreich so, und darüber hinaus, auch wenn man das Amt nicht mehr bekleidet, wird einem in Wirklichkeit jede Tätigkeit schlecht ausgelegt. Das ist auch so. Das trifft jetzt nicht auf Herrn Gorbach als Auskunftsperson zu, sondern *generell*. Dass man aber vielleicht einen Bedarf zur Regelung hat und damit eine Diskussion beenden kann: Soll so sein.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Es gibt ja auch für Abgeordnete einen Regelungsbedarf, wie man mit Flügen umgeht, wie man sie verrechnet und wie man mit Bonusmeilen umzugehen hat. Für uns gibt es eine ganz strikte Regelung, und das fände ich auch gut für die Minister heute und übermorgen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt bezüglich der Bonusmeilen: Wenn man viel mit Schlaff fliegt, muss man dann noch einmal fliegen, auch wenn man keinen Termin mit ihm hat, um Bonusmeilen abzuarbeiten.

Gibt es noch Fragen? – Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Gorbach, Sie haben zuvor ausgeführt, dass Sie zu Chernoy inklusive anderer phonetischer Aussprachen keine besonderen Wahrnehmungen haben. Meine Frage richtet sich dann trotzdem darauf, ob Ihnen irgendeiner der Punkte, die ich hier vorlese, vielleicht durch Gespräche mit Herrn Mag. Schlaff, der sich ja immer sehr bemüht hat um das Visum für Chernoy, bekannt geworden sind. Es ist nur eine dreiviertel A4-Seite, bitte keine Beunruhigung, ich stelle die Frage dann unter einem.

Für das Protokoll zitiere ich aus einer Hintergrund-Info offensichtlich für das Kabinett des Bundesministers und den Bundesminister, wo heute schon ein Mord erwähnt worden ist, damit wir das hier richtig zuordnen. Es hat an sich keine weitere Aktenzahl.

Da heißt es unter Punkt 2: „Hierorts bekannte Verfahren“ – also Bundeskriminalamt – „in Europa, nach Rücksprache mit Dr. Zwettler“ – also der Leiter – „am 24. 6. 2005 aktualisiert:

Im Vereinigten Königreich besteht gegen Chernoy angeblich ein Aufenthaltsverbot, obwohl seine Frau und seine minderjährigen Kinder ihren andauernden Aufenthalt in London haben. Eine diesbezügliche Anfrage der Interpol London wird nicht beantwortet.

Im SIS besteht eine Ausschreibung“ – das ist ein spezielles Schengenverfahren – „gemäß Artikel 96 SDÜ (Einreiseverweigerung) von Frankreich, gültig bis 4. 11. 2006. Grund der Ausschreibung: Gefährlichkeit und Zugehörigkeit zur russischen Großkriminalität.

In der Schweiz besteht ein **Einreiseverbot**. Am 27. 5. 2003 teilt Interpol Bern mit, dass wegen des Verdachts der **Geldwäsche** ermittelt wird. Das Verfahren ist **noch offen**.

Bundesrepublik Deutschland – Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelte gegen die Brüder Chernoy wegen unklarer Transaktionen in der Höhe von US-Dollar 75 Millionen auf ein Wiener Konto.“ – Das sind unsere 75 Millionen im Übrigen, die wir hier schon ein paar Mal verfolgt haben, mit den vier amerikanischen Scheinfirmen und Scheinkrediten. – „Das im Rechtshilfeweg im Februar 2001 an das Landesgericht Wien herangetretene Verfahren wurde mit Verfügung der Staatsanwaltschaft Düsseldorf vom 17. 8. 2001 eingestellt.“ – Damit auch das einmal gesagt wird.

„Israel – Es läuft ein Verfahren zur Aberkennung der israelischen Staatsbürgerschaft des Mihail Chernoy. 2002 wurden zwei Anklageschriften wegen Betrug und wegen Bestechung eines Mitglieds des Rathauses der Stadt Eilat eingebracht.“ –

Hinzufügung Kogler: Eilat ist dort, wo das Casino-Schiff vor Anker gelegen hat. Das war das zweite Casino-Projekt gemeinsam mit österreichischen Investoren, Schlaff und Casino International. Wir wollen nämlich Herrn Wallner hören, für die, die es noch nicht ganz verstanden haben.

So; weiter in den Vorwürfen. –

„Das Verfahren wegen Bestechung wurde von der Staatsanwaltschaft zurückgelegt. Bezüglich der Anklage wegen Betrug ist der Beginn der Hauptverhandlung mit 15. 9. 2005 festgelegt. Das Verfahren zur Aberkennung der israelitischen Staatsbürgerschaft ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Eine diesbezügliche Entscheidung wird in nächster Zukunft erfolgen.

Liechtenstein – Bei der Staatsanwaltschaft Vaduz ist ein Rechtshilfeakt des „Majestic Crown Prosecution Service“ wegen des Verdachts der **Geldwäsche** gegen Chernoy anhängig.

Bulgarien – Einreise- und **Aufenthaltsverbot für zehn Jahre**.

In den USA ist auch ein Verfahren hinsichtlich Zugehörigkeit zu **kriminellen Organisationen** anhängig. Diesbezüglich besteht ständiger Kontakt zu den Ermittlungsbehörden in New York.“

Schlusseinschätzung dieses Aktenvermerks und dieser Info –:

„Wie die obigen Ausführungen zeigen, bestehen sehr deutlich Hinweise einer Involvierung Chernoy in die russische organisierte Kriminalität. Europaweit (und in den USA) sind mehrere Ermittlungsverfahren gegen den Genannten anhängig. Frankreich sah sich sogar veranlasst, Chernoy zu Einreiseverweigerungen im SIS auszuschreiben.“ – Wie gehört. –

„Ein Aufenthalt des Genannten in Österreich“ –

darum ging es nämlich die ganze Zeit über –

„kann zumindest aus kriminalpolizeilichen Gründen (genaue wirtschaftliche Interessen sind hierorts unbekannt und bleiben in diesem Zusammenhang auch ausgeklammert) nicht befürwortet werden.“ – Zitatende.

Aus kriminalpolizeilichen Gründen nicht befürwortet werden. – Der Hintergrund war, dass es ständig Interventionen gegeben hat, unter anderem von Seiten von Taus, jedenfalls des Mag. Schlaff und jedenfalls des Dr. Wallner. Und meine Frage ist (*Obmann Dr. Graf: Und auch des Außenministeriums!*) – und auch des Außenministeriums –, wobei hinzugefügt werden muss, dass jene Intervention des Kabinetts der Frau Außenministerin im Jahr 2003 dazu geführt hat, dass zwischen Mai und November des Jahres 2003 **tatsächlich** ein Visum ausgestellt wurde. Und diese Interventionen, von denen wir dann später gehört haben, haben sich immer nur darauf bezogen, es quasi zu verlängern, vom November 2003 bis zum November 2004. Da hat sich aber die Interventionitis nicht mehr durchgesetzt, denn da hat das Bundeskriminalamt standgehalten. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Könnten Sie bitte nur noch einmal wiederholen, welches Papier das ist, um das auch für uns transparent und nachvollziehbar zu halten!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Kogler, Sie haben vergessen, dazuzusagen, dass das Aufenthaltsverbot und Einreiseverbot in Bulgarien der Grund war, warum er die Firma verkaufen musste, die MobilTel.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist richtig. Aus den anderen Akten geht hervor, dass zum Zeitpunkt der Anbahnung des Geschäfts MobilTel-Deal, wie wir es hier nennen, das Einreiseverbot schon bestanden hat, dass darüber hinaus Chernoy in Israel aufhältig, die wirtschaftliche Verfügung über sein Unternehmen insoweit verloren hat, als dass sich das Management verselbständigt hat und die dort schon Mittel abgezogen haben, er also unter Verkaufsdruck stand. Das ist richtig. Und dann haben sich die beiden gefunden, Schlaff und Chernoy. **Deshalb!** Noch ist aber aus der Aktenlage nicht klar, wer wen gesucht und wer wen gefunden hat, also passiv und aktiv. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Könnten Sie bitte den Akt noch einmal angeben?*)

Ja. Ich habe es vorhin erwähnt. Es ist aus einer Hintergrund-Info offenbar, und das ist nicht näher ausgeführt. Sie können gerne hier hereinschauen, es gibt keinen Aktendeckel vorne. Eine Hintergrund-Info offensichtlich an das Kabinett des Innenministeriums. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Und wie lautet die Ordnerbezeichnung?*)

Die kann ich Ihnen gerne sagen. Das ist ein guter Hinweis. Das ist aus dem Bundeskriminalamt, Aktenkopie 1804374/1-II/BK 31O30 und unterliegt dem Kopierverbot. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Und zitieren darf man?*) – Die Zitiererlaubnis existiert; Sie haben das genau richtig verstanden.

Ja, Herr Vizekanzler außer Dienst: Haben Sie einmal mit Herrn Schlaff darüber gesprochen, ob er oder andere in Sachen diverser Mobil- und Mobtel Angelegenheiten interveniert haben?

Hubert Gorbach: Nein, darüber habe ich mit ihm nie gesprochen. Offensichtlich haben Sie jetzt da auch die Situation rund um den Kauf/Verkauf der MobilTel Bulgarien angesprochen. Mit dieser Transaktion hatte ich null Komma null periodisch zu tun.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das mag sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich zu dem Punkt eine Frage stellen, weil das ja auch ... Es gibt darüber hinaus auch einen Aktenvermerk, von Herrn Bartl verfasst, gemäß dem Herr Zwettler, Leiter des Bundeskriminalamtes, berichtet, dass über die Person des Verkäufers Mihail Chernoy Herr Sundt in den Räumlichkeiten der Telekom informiert und darauf hingewiesen wurde. – Hat das Herr Sundt Ihnen gegenüber jemals erwähnt bei den Treffen, die Sie mit ihm gehabt haben? (*Hubert Gorbach: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, es hat keine Information aus dem Bereich gegeben?

Hubert Gorbach: Nein. Mir ist das nicht erinnerlich, also mit Sicherheit nicht, nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, dass der Sukkus trotz alledem der ist, dass es eine Fülle von gesammelten Informationen gegeben hat bei diesen ganzen Kauf- und Verkaufsgeschichten, dass sogar die Entscheidungsträger, die letztendlich gekauft haben, diesbezüglich laufend informiert wurden, das jedoch überhaupt keinen Einfluss genommen hat mit Ausnahme dessen, dass man um einen wesentlich höheren Betrag gekauft hat, als man es vielleicht zu einem früheren Zeitpunkt unter Umständen kaufen hätte können. Das ist die wesentliche Geschichte und der Vorwurf, der da im Raum steht und der auch untersucht wird.

Gut. – Ich weiß nicht, ob es jetzt noch weitere Fragen an den Herrn Bundesminister außer Dienst gibt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Vizekanzler außer Dienst, in Ihrer eigenen Sache: Wie ist Herr Schlaff an Sie herangetreten, oder hat er mit Ihnen überhaupt darüber gesprochen, dass es jedenfalls in seinem Interesse liegt, dass Sie Aufsichtsrat bei der RHI werden?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist an sich schon beantwortet worden. Gleich ganz am Anfang. (*Abg. Mag. Kogler: Okay, das habe ich überhört! Ich entschuldige mich!*) Ich glaube, Sie sind da kurz draußen gewesen. Das ist jedoch abschließend beantwortet worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann habe ich keine Fragen mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zum Schluss gibt es immer die Gelegenheit, uns etwas zu erzählen über allfällige Vorkommnisse oder Kenntnisse, die Sie haben, die wir nicht abgefragt haben. Gibt es so etwas, von dem Sie meinen, dass es diesen Ausschuss noch interessieren kann?

Hubert Gorbach: Nein, so etwas gibt es nicht.

Vielleicht etwas zum Verfahren, weil darüber gesprochen wurde, dass es viele Entschuldigungen gibt, darf ich, ohne dass ich damit jemand in Schutz nehmen möchte, schon sagen, dass natürlich selbstredend für einen Topmanager eine kurzfristige Einladung, wie es eben offensichtlich für heute oder für diese Woche notwendig war, schon ein Problem darstellen kann. Ich selber möchte das erwähnen und mich für die Flexibilität bedanken, denn es war mir ein Anliegen gegenüber dem Ausschussvorsitzenden beziehungsweise den Leuten, die mit mir Kontakt hatten, klarzumachen: Ich möchte kommen und die Staatsbürgerpflicht wahrnehmen, aber es wäre auch mir am Freitag einfach nicht möglich gewesen, weil ein Auslandstermin unaufschiebbar war. Deshalb haben wir heute einen Termin gefunden, und dafür bin ich sehr dankbar.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. – Mir liegen keine Fragen mehr vor. Ich danke fürs Kommen! Die Befragung ist beendet! Wir wünschen eine gute Heimfahrt! (*Hubert Gorbach: Es wird ein Flug sein!*)

(Die **Auskunftsperson Hubert Gorbach** verlässt den Sitzungssaal.)

15.04

Obmann Mag. Dr. Martin Graf unterbricht die Sitzung.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 15.05 Uhr **unterbrochen** und um 18.24 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)*

18.24

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 18.24 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Roland Horngacher** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Mag. Roland Horngacher** wird – begleitet von ihrer Vertrauensperson **Dr. Lukas Kollmann** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Mag. Roland Horngacher** als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Mag. Roland Horngacher: Mag. Roland Horngacher; geboren am 28.1.1960; Funktion: Landespolizeikommandant für Wien, Amtstitel: General; wohnhaft in 1170 Wien.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Mag. Horngacher, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält. Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Der Obmann ersucht nun auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personaldaten.

Vertrauensperson Dr. Lukas Kollmann: Dr. Lukas Kollmann; geboren am 29.4.1979, als Konzipient für den Rechtsvertreter Dr. Soyer; Büroadresse: 1010 Wien; Beruf: Angestellter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Kollmann als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Dies ist nicht der Fall.

Der Obmann belehrt auch die Vertrauensperson über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlichen falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder

Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird mich, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Herr Mag. Horngacher, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*) – Darf ich Sie um die Präzisierung Ihres „Ja“ bitten.

Mag. Roland Horngacher: Gegen mich werden derzeit strafrechtliche Erhebungen und ein Strafverfahren im Zusammenhang mit Themen, die in dieser Ladung stehen, geltend gemacht. Aus diesem Grund mache ich auch umfassend von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Jedenfalls müssen wir die einzelnen Fragen hören, weil ja nicht alle Antworten zu allen Fragen entschlagungswürdig sind. Wir werden das im Einzelfall zu entscheiden haben, beziehungsweise Sie selbst werden sich im Einzelfall bei den gestellten Fragen zu entscheiden haben. Dies ist dann vom Ausschuss jeweils zu beurteilen, wenn er es verlangt. Aber wir nehmen das einmal zur Kenntnis.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie jedoch die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Wollen Sie davon Gebrauch machen?

Mag. Roland Horngacher: Ich möchte insbesondere davon Gebrauch machen, festzustellen, dass die aus der Ladung zu entnehmenden Themen, die meine Person betreffen, in einem Gesamtkonnex stehen, und ich weise daher noch einmal auf meine Entschlagungsrechte gemäß § 7 der Verfahrensordnung hin.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, wir haben das zur Kenntnis genommen.

Erster Fragesteller ist Herr Kollege Krainer. – Bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Magister – oder General? Wir würden Sie denn gerne angesprochen werden?

Mag. Roland Horngacher: Je nachdem: Wenn ich als Privatperson hier bin, als „Magister“, und ansonsten als „Herr General“ beziehungsweise „Landespolizeikommandant“, was meine Funktion ist. Nachdem ich in meiner dienstlichen Funktion hier geladen bin, würde ich Sie ersuchen, entweder meinen Amtstitel oder meine Funktion zu verwenden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gerne. – Herr General, die BAWAG stellt eine Anfrage an Sie im Zusammenhang mit dem MobilTel-Kauf. Sie sollten Informationen über den Verkäufer Mikhail Chernoy einholen und, wenn ich mich recht entsinne, abklären, ob das unbedenklich ist, Geschäfte mit ihm zu machen. Stimmt das?

Mag. Roland Horngacher: Das ist Gegenstand des gerichtlichen Strafverfahrens. Ich verweise auf mein Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich frage jetzt einfach ein paar Fragen ab, und wir schauen einmal, wie weit Sie das auslegen, und wenn wir der Meinung sind, Sie legen es zu weit aus, dann werden wir uns melden. Das nur zum Procedere.

Wie wir einem Antwortschreiben von Ihnen entnehmen können, das in den Akten hier vorliegt, kamen Sie zur Erkenntnis, Geschäfte mit Chernoy seien unbedenklich. Wie kamen Sie zu dieser Erkenntnis?

Mag. Roland Horngacher: Ich verweise auf mein Entschlagungsrecht gemäß § 7 der Verfahrensordnung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wussten Sie zum damaligen Zeitpunkt, dass Chernoy bereits über einen dicken Akt beim Bundeskriminalamt verfügte, es Aufenthalts- und Einreiseverbote gab, in Bulgarien zumindest, und dass er unter dem Verdacht der Geldwäsche, Bestechung und Erpressung stand?

Mag. Roland Horngacher: Ich verweise auf § 7 der Verfahrensordnung hinsichtlich meines Entschlagungsrechtes.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es wurde aber nicht nur in der Sache Chernoy bei Ihnen angefragt seitens der BAWAG, sondern es wurde auch nachgefragt, ob die gesamte geplante MobilTel-Transaktion als unbedenklich eingestuft werden könnte von Ihrer Seite. Was können Sie uns darüber berichten?

Mag. Roland Horngacher: Grundsätzlich verweise ich wieder auf das Entschlagungsrecht. Ich füge jedoch hinzu, dass es sich bei der letzteren Frage, glaube ich, um eine Rechtsfrage handelt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, genau. Das war eine allgemeine Rechtsfrage, die, glaube ich, auch nicht Gegenstand von Vorerhebungen ist gegen Sie.

Mag. Roland Horngacher: Der ganze Komplex ist Gegenstand von entsprechenden Vorerhebungen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, dass ein ganz konkreter Vorgang Gegenstand von Vorerhebungen ist, und das ist die Anfrage beziehungsweise Ihre Antwort auf Chernoy.

Mag. Roland Horngacher: Grundsätzlich ist der Komplex Chernoy – BAWAG Gegenstand von gerichtlichen Erhebungen gegen mich, und ich verweise auf § 7 meines Entschlagungsrechts nach der Verfahrensordnung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, dass die Anfrage, die Unbedenklichkeit der geplanten MobilTel-Transaktion zu bescheinigen, nachdem es sich hier um eine Rechtsauskunft gehandelt hat, *nicht* Gegenstand von Erhebungen ist. Ganz konkret. Also wüsste ich auch nicht, ...

Mag. Roland Horngacher: Der *Komplex* ist Gegenstand von Erhebungen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber da legen Sie es jetzt schon sehr weit aus, weil dieser Teil, diese Anfrage, ist überhaupt nicht Gegenstand von Erhebungen.

Mag. Roland Horngacher: Ja, aber es gehört zum Gesamtkomplex dazu, das können Sie ja von dem anderen nicht trennen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, dann könnten Sie es theoretisch so weit ausdehnen, dass Sie sagen, quasi in Ihrer Funktion als General finden jetzt Erhebungen gegen Sie statt, und deswegen ist alles, was Sie als General überhaupt jemals gemacht haben, oder überhaupt als Angestellter des öffentlichen Dienstes, jetzt irgendwie möglicher Gegenstand von Erhebungen. Das könnten wir dann zurückführen auf Ihre Geburt und auf Ihre Existenz, was ein bisschen übertrieben wäre.

Mag. Roland Horngacher: Also: Meiner Rechtsauffassung nach unterliegt meinem Entschlagungsrecht alles, was Gegenstand von gerichtlichen Erhebungen ist, und der Komplex BAWAG – Chernoy als solches ist Gegenstand dieser Erhebungen. Daher, glaube ich, ist das keine extensive Rechtsauslegung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da haben Sie recht. Aber ich frage Sie ausdrücklich *nicht* nach Chernoy. Sie haben vollkommen Recht. Der Komplex

BAWAG – Chernoy ist Gegenstand von Erhebungen. Ich stelle Ihnen eine Frage, die **nichts** mit Chernoy zu tun hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich einmal fragen, welche Erhebungen da angesprochen werden, auf die man sich da beruft?

Mag. Roland Horngacher: Da gibt es eine Anklage, dass ich für das Ausstellen dieser Bestätigung diesen Komplex betreffend angeblich Reisegutscheine bezogen hätte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist aber keine Vorerhebung, sondern das ist eine Anklage. Deswegen habe ich mir jetzt gedacht: Welche Erhebungen laufen da noch, von denen Sie wissen und wir nicht?

Mag. Roland Horngacher: Wenn Sie es so auslegen wollen, bitte. Ich meine, wir können das juristisch präzisieren ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt eine Anklage, und die ist prozessreif. Und da ist das Gegenstand schon im Strafverfahren.

Mag. Roland Horngacher: Da ist es Gegenstand im Strafverfahren. (*Abg. Mag. Kogler: Bei uns in den Akten ist es nicht ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, deswegen habe ich mich ja gewundert und habe mir gedacht: Gibt es da noch darüber hinaus weitere Vorerhebungen, von denen ich nichts weiß?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber ausdrücklich ist diese Anfrage, diese Rechtsauskunft, die Sie erteilt haben zum MobilTel, **nicht** Gegenstand dieser Anklage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die ist nicht Gegenstand.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie ist nicht Gegenstand der Anklage.

Mag. Roland Horngacher: Es gehört aber zu dem Komplex.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann dehnen Sie es aus auf alles, was Sie als General gemacht haben.

Mag. Roland Horngacher: Ja, ich dehne es auf das aus und mache von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht fragt man in die Richtung, dass man die Urkunde vorhält und fragt, ob die Auskunftsperson die Urkunde kennt?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die hat gerade jemand anderer. (*Abg. Mag. Kogler: Die gibt es nur einmal, die ist bei uns! Es darf ja nichts mehr kopiert werden!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht können wir in der Zwischenzeit ein paar andere Vorfragen klären, ob er den Herrn Elsner kennt und so weiter.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ich mache gerne weiter. Ich hebe mir nur diesen Teil hier auf.

In welchen Beziehungen – da halte ich die Entschlagung für zu weit ausgedehnt; bei den anderen Sachen finde ich das in Ordnung – standen Sie zu Generaldirektor Elsner beziehungsweise den anderen BAWAG-Vorständen?

Mag. Roland Horngacher: Das ist auch teilweise Gegenstand der Anklage. Aber im Wesentlichen hatte ich ein Verhältnis zu Generaldirektor Elsner wie zu sämtlichen Chefs der Großbanken, die es in Wien gibt, weil ich damals Leiter der Wirtschaftspolizei war und es unter anderem meine Aufgabe war, mit den Leitern dieser Banken Kontakt zu haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die waren rein geschäftlicher Natur?

Mag. Roland Horngacher: Rein geschäftlicher Natur. – **Beruflicher** Natur. Geschäfte habe ich mit der Bank ja keine abgeschlossen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein, aber Ihr Geschäft als General ist es gewesen, mit denen Kontakt aufzunehmen – beruflicher Natur, geschäftlich, ist ja egal.

Mag. Roland Horngacher: Selbstverständlich, was die Bankraubüberfälle betrifft und sonstige Agenden, die ich im Rahmen der Aufgabe als Leiter der Wirtschaftspolizei der Bundespolizeidirektion Wien zu erledigen hatte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Allgemein gefragt: Sie sagen, Sie haben zu allen in Wien ansässigen großen Banken, zu den jeweiligen Geschäftsleitern, berufliche Kontakte gehabt in Ihrer Eigenschaft als Leiter der Wirtschaftspolizei. Ist das jetzt gut zusammengefasst?

Mag. Roland Horngacher: Wie bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie hatten berufliche Kontakte in Ihrer Eigenschaft als Leiter der Wirtschaftspolizei (*Mag. Horngacher: Ja!*) zu allen Großbanken, die einen Sitz in Wien hatten?

Mag. Roland Horngacher: Ja, richtig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welcher Art waren diese beruflichen Auseinandersetzungen? Um welche Themen ging es im Einzelnen? Wie eng waren diese Kontakte?

Mag. Roland Horngacher: Primär ging es um die Verhinderung von Betrugsfällen an Banken. Wir hatten da einen Bereich von Advance Fee Fraud Schemes, die es damals gegeben hat – ich sage nur: diese Nigeriabriefe. Und spezifisch dann die Frage, wie die Situation mit den Banküberfällen ist, die Sicherung der Banken, Zugang der Banken. Es hat ein Projekt gegeben beispielsweise, inwieweit die Kassenräume im Fall eines Banküberfalls von uns über eine Online-Verbindung eingesehen werden können. Darüber hat es Gespräche gegeben. Also rein dienstlicher Natur.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Sie haben mit den Bankchefs über die Nigeriabriefe gesprochen?

Mag. Roland Horngacher: Unter anderem hat es auch Gespräche gegeben. Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich verstehe nicht. Ich kenne die Nigeriabriefe, ich wüsste jetzt aber nicht genau, wieso man da mit Bankdirektoren spricht.

Mag. Roland Horngacher: Im Rahmen von allgemeinen Gesprächen, weil ja auch Banken teilweise Opfer von Großbetrug sind. Und meine Aufgabe als Leiter der Wirtschaftspolizei ist es ja, die heimische Wirtschaft zu schützen. Und nachdem es entsprechend neue Kriminalitätserscheinungsformen gibt, dann hat es auch Gespräche über diese neuen Kriminalitätserscheinungsformen gegeben, dass auch das, was wir auf dem Gebiet sehen, die Banken sehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber ich meine, Nigeriabriefe haben ...

Mag. Roland Horngacher: Das war ein Beispiel, sage ich nur.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Könnten Sie dann Beispiele bringen, die vielleicht auch in einem engeren Zusammenhang mit Banken stehen?

Mag. Roland Horngacher: Das sind rein allgemeine – sage ich einmal – Blitzlichter der Situation, wie die Wirtschaftskriminalität derzeit ausschaut.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich wüsste jetzt nicht, inwiefern ein Bankdirektor – außer, jetzt nicht in seiner Eigenschaft als Bankdirektor, vielleicht als Privatperson – irgendeine Aufklärung über Nigeriabriefe notwendig hätte. Meines Wissens ...

Mag. Roland Horngacher: Im Gespräch ergibt sich das. Schauen Sie, ob er es notwendig hat oder nicht, das ist nicht meine Aufgabe zu beurteilen. Aber im Rahmen einer dienstlichen Besprechung, die zu einem bestimmten Thema angesetzt wird, werden eben dann auch Dinge erörtert, die derzeit aktuell sind. Ich glaube, das ist ein ganz allgemein üblicher Vorgang.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das hätte ich mir eher beim Smalltalk gedacht, aber jetzt nicht im Rahmen einer Dienstbesprechung.

Können Sie uns bitte andere Themen dieser Dienstbesprechungen erläutern, die vielleicht auch einen echten News-Wert oder einen essentiellen Nutzen für die Geschäftsleiter dieser Großbanken haben könnten?

Mag. Roland Horngacher: Ich muss Ihnen eines sagen, ich habe das bereits getan. Es ging teilweise um die Banküberfälle. Ob das jetzt in dem Interessenbereich des jeweiligen Bankdirektors liegt oder nicht, das ist seine subjektive Beurteilung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben über Banküberfälle und Möglichkeiten, dass die Polizei online Einsicht in Kassenräume in gewissen Situationen bekommt, gesprochen?

Mag. Roland Horngacher: Zum Beispiel. Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben über Nigeriabriefe gesprochen. Worüber haben Sie noch gesprochen?

Mag. Roland Horngacher: Ich habe Ihnen gesagt: über allgemeine Betrugsschemata, neue, die wir im Bereich der Wirtschaftskriminalität wahrnehmen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und welche allgemeinen Betrugsschemata, neben Nigeriabriefen? – Banküberfälle fallen wahrscheinlich nicht darunter, denn das ist, glaube ich, kein Betrug und außerdem nicht rasend neu. – Was gab es da noch für Fälle?

Mag. Roland Horngacher: Sämtliche Fälle von Advance Fee Fraud Schemes.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Fürs Protokoll: Wie war das?

Mag. Roland Horngacher: *Advance Fee Fraud Schemes.*

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Könnten Sie uns ein bisschen erhellen, was das bedeutet?!

Mag. Roland Horngacher: Das sind entsprechende Betrugsformen, ein so genannter Vorauszahlungsbetrug zum Beispiel, wo Kredite aufgenommen werden, bei Banken Projekte fingiert werden, und die Banken dann entsprechende Vorleistungen leisten. Aber ich glaube, ich bin nicht dazu da, jetzt hier einen Kursus über Wirtschaftskriminalität zu geben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War Geldwäsche Thema bei diesen Gesprächen? (*Mag. Horngacher: Wie bitte?*) – War **Geldwäsche** Thema?

Mag. Roland Horngacher: Geldwäscherei ist nicht Zuständigkeit der Wirtschaftspolizei gewesen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War nie Thema. – Organisierte Kriminalität?

Mag. Roland Horngacher: Ich sagte nicht: „nie Thema“, sondern: Es war grundsätzlich nicht Zuständigkeitsbereich der Wirtschaftspolizei. Da hat es früher eine Meldestelle im Bundesministerium für Inneres gegeben, das war die EDOK, wo es eine eigene Meldestelle für Geldwäscherei gegeben hat. Und derzeit wird das im Bundeskriminalamt bearbeitet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Banküberfälle Zuständigkeit der Wirtschaftspolizei?

Mag. Roland Horngacher: Primär nicht, aber ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na gut, aber Sie haben sich trotzdem darüber unterhalten.

Mag. Roland Horngacher: Ich habe gesagt: primär nicht. Aber es macht einen wesentlichen Gesamtaspekt des polizeilichen Handelns aus, und als Behördenvertreter habe ich natürlich auch diese Aufgabe wahrzunehmen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Geldwäsche ist auch nicht sekundär Teil der Wirtschaftspolizei? (*Mag. Horngacher: Wie bitte?*) – Sie haben gesagt, primär Banküberfälle nicht, aber sekundär sind Banküberfälle quasi schon ein Thema für Sie. Da stelle ich die Frage: Ist ...?

Mag. Roland Horngacher: Ich möchte Sie bitte darauf hinweisen, dass ich Leiter des Kriminalamtes war ab 2002 und für die Gesamtkriminalitätsbekämpfung in Wien zuständig war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War damit auch Geldwäsche für Sie ein Thema?

Mag. Roland Horngacher: Ich habe versucht, Ihnen zu sagen, dass das eine Eigenzuständigkeit des Bundeskriminalamtes geworden ist. Das heißt also, Fälle, wo es um so etwas gegangen ist, wurden an das Bundeskriminalamt abgetreten. Und wenn, nur über Auftrag des Bundeskriminalamtes bearbeitet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht machen wir es so, dass man allgemein fragt. Erzählen Sie uns Ihren beruflichen Tätigkeitsbereich ab 1994 und in welcher Funktion Sie wofür zuständig waren!

Mag. Roland Horngacher: Ich bin 1993 stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolizei geworden, nachdem ich dreieinhalb Jahre dort Referent war, also von 1990 bis 1993. 1997 bin ich zum Vorstand der Wirtschaftspolizei bestellt worden, im Jahr 2002 zum Leiter des Kriminalamtes Wien, also für die Gesamtkriminalitätsbekämpfung in Wien zuständig. Und mit Juli 2005 bin ich Landespolizeikommandant und Wachkörperchef geworden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigung, das habe ich akustisch nicht verstanden.

Mag. Roland Horngacher: Mit 1. Juli wurde ich zum Landespolizeikommandanten für Wien bestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen über Rechtshilfeansuchen der israelischen Justiz 2003 in Zusammenhang mit illegalen Wahlkampfspenden an Lieberman und Sharon? (*Mag. Horngacher: Wie bitte?*) – Haben Sie Wahrnehmungen über Rechtshilfeansuchen der israelischen Justiz, oder Behörden insgesamt, im Jahr 2003 in Zusammenhang mit illegalen Wahlkampfspenden an Lieberman und Sharon?

Mag. Roland Horngacher: Ich weiß, dass es solche Rechtshilfeansuchen gegeben hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Sie hatten Wahrnehmungen darüber?

Mag. Roland Horngacher: Ich weiß, dass es solche Rechtshilfeersuchen gegeben hat, und zwar auf Grund der bestehenden Berichtspflicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was wurde in diesen Fällen unternommen?

Mag. Roland Horngacher: Können Sie bitte die Frage präzisieren?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir wissen, dass es ein Rechtshilfeansuchen gab. Das haben Sie ja bestätigt. (*Mag. Horngacher: Ja!*) – Wie wurde mit diesem Rechtshilfeansuchen umgegangen?

Mag. Roland Horngacher: Es ist mir als Leiter des Kriminalamts berichtet worden, und es war meines Wissens ordnungsgemäß abgearbeitet worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was war das Ergebnis dieser Abarbeitung?

Mag. Roland Horngacher: Das kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gab es in dieser Frage irgendwelche Interventionen bei Ihnen? (*Mag. Horngacher: Nein!*) – Irgendwelche Nachfragen, Anfragen?

Mag. Roland Horngacher: Ich war auch nicht zuständig, weil das vom damaligen Referat 3 unmittelbar bearbeitet wurde und ich als Leiter des Kriminalamts für die gesamte Kriminalpolizei für Wien zuständig war. Das heißt, mir wurde das berichtet, dass es das gibt. Aber ich habe weder die Erledigung approbiert noch sonst irgendetwas.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie von irgendeiner Seite darauf angesprochen worden? Hat sich jemand über dieses Rechtshilfeansuchen oder dergleichen erkundigt?

Mag. Roland Horngacher: Das ist mir nicht Erinnerung. Das ist eine von tausenden Amtshandlungen gewesen, die über meinen Schreibtisch gelaufen sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe gedacht, die Amtshandlung ist nicht über Ihren Schreibtisch gelaufen, sondern nur ein Bericht darüber.

Mag. Roland Horngacher: Wenn ich sage, es ist berichtet worden, dann gehe ich davon aus, dass es über meinen Schreibtisch gelaufen ist, weil ich darüber informiert wurde, was ja auch ein ganz normaler Vorgang ist, denn es handelt sich um ein – sage ich einmal – Rechtshilfeersuchen mit einem politischen Hintergrund. Und als Leiter der Abteilung habe ich auch den Behördenleiter darüber zu informieren. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Fragezeit ist an sich vorbei. Aber zu diesem Thema: „eine von tausenden“ – und daher können Sie sich nicht erinnern? (*Mag. Horngacher: Ja!*)

Wie üblich war denn das israelische Rechtshilfeansuchen betreffend illegale Parteispenden-Affären? Wie oft ist denn dieses oder Ähnliches gekommen?

Mag. Roland Horngacher: Mir ist bekannt, dass Rechtshilfeersuchen in diesen Jahren gekommen sind, aber ich kann jetzt nicht sagen, wie viele das waren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aus Israel? (*Mag. Horngacher: Aus Israel, ja!*) Gab es von anderen Ländern ähnliche Rechtshilfeansuchen?

Mag. Roland Horngacher: Auch, ja. Aus Polen, was ich mich erinnere. Überhaupt aus den osteuropäischen Staaten kamen damals sehr, sehr viele Rechtshilfeersuchen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber Rechtshilfeersuchen mit einem derartig politisch brisanten Hintergrund, das fällt einem doch auf, oder?

Mag. Roland Horngacher: Ich habe gesagt, deswegen kann ich mich daran erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie das erledigt worden ist, daran können Sie sich nicht mehr erinnern?

Mag. Roland Horngacher: Schauen Sie, ein Rechtshilfeersuchen wird von der Polizei bearbeitet dahin gehend, dass es im Auftrag der Justiz einmal durchgeführt wird, entsprechend erledigt wird, der Justiz vorgelegt wird. Und wenn der Untersuchungsrichter jetzt – sage ich einmal – eine ergänzende Befragung haben will oder selber daran arbeiten will, dann ist das seine Angelegenheit.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Formal. Aber ob dieses Rechtshilfeersuchen Substanz hatte oder nicht, ist Ihnen da etwas zu Ohren gekommen? Oder wird über so etwas nicht in Ihrem Wirkungsbereich gesprochen?

Mag. Roland Horngacher: Ob es Substanz hatte, kann ich nicht beurteilen, das ist ja auch gar nicht meine Aufgabe. Wenn ein Gericht sagt, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir fragen ja über Wahrnehmungen. Es gibt ja auch zwischen Tür und Angel zwischen Kollegen durchaus Gespräche: Stell' dir vor, da war das und das! – Das kann man nicht ausschließen, oder?

Mag. Roland Horngacher: Sie dürfen eines nicht vergessen: Der Teil der Organisation, die das bearbeitet hat, ist in der Wasagasse gesessen und ich bin in der Roßauer Lände gesessen. Also ein unmittelbarer Kontakt jetzt, sage ich, mit den Leuten, die das bearbeitet haben, zu mir bestand überhaupt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie erinnern sich, dass es so etwas gab. Erinnern Sie sich noch an etwas anderes? (*Mag. Horngacher: Wie bitte?*) – Sie erinnern sich, dass es derartige – zumindest eines, wenn nicht mehrere – Rechtshilfeersuchen gab. Erinnern Sie sich an mehr als bloß die Existenz?

Mag. Roland Horngacher: Entschuldigen Sie, können Sie die Frage noch einmal wiederholen? Ich verstehe das nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ob Sie sich an mehr erinnern als bloß daran, dass es zumindest ein oder mehrere Rechtshilfeersuchen gab? Erinnern Sie sich an mehr als nur das?

Mag. Roland Horngacher: An die Politikernamen, die Sie genannt haben: Sharon. An das erinnere ich mich, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): An Lieberman erinnern Sie sich auch?

Mag. Roland Horngacher: Jetzt, wo Sie den Namen sagen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, wenn wir Sie mit mehreren Details konfrontieren, fällt Ihnen vielleicht auch wieder mehr ein?

Mag. Roland Horngacher: Na, hören Sie einmal: Ich habe Ihnen, glaube ich, vorher gesagt, dass tausende Akten jährlich über meinen Schreibtisch gingen. Diese Vorgänge sind fünf Jahre her. Wenn Sie mir jetzt einen Namen sagen, beispielsweise Lieberman, dann sage ich, ja, der Name ist mir aus dem Aktenlauf geläufig – und das ist nicht, dass mir das nachträglich einfällt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist Ihnen in dem Zusammenhang Mag. Martin Schlaff ein Begriff?

Mag. Roland Horngacher: Den Namen kenne ich aus den Medien, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In dem Zusammenhang?

Mag. Roland Horngacher: Nein, ich kann mich an den Inhalt nicht mehr erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kennen Sie Herrn Schlaff?

Mag. Roland Horngacher: Den Herrn Schlaff habe ich kennengelernt, ja. (*Obmann Dr. Graf: Wann und wo?*) – Da verweise ich auf mein Entschlagsrecht nach § 7 der Verfahrensordnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Präzisieren Sie bitte diese Entschlagung etwas!

Mag. Roland Horngacher: Es geht dabei um den Komplex Jericho und das ist Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt also, dass Ihnen dieses Rechtshilfeersuchen im Komplex Jericho auch bekannt ist?

Mag. Roland Horngacher: Nein, das hat damit überhaupt nichts zu tun, weil ich gefragt wurde, ob ich Herrn Mag. Schlaff kenne.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Kommen wir wieder zurück zu dem Rechtshilfeersuchen! Haben Sie Wahrnehmungen oder Erinnerungen, wer in Österreich verdächtig war, an der vermeintlichen Parteienfinanzierung beteiligt gewesen zu sein?

Mag. Roland Horngacher: Ich kann mich daran nicht mehr erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: „Nicht mehr erinnern“ heißt, Sie haben es einmal gewusst?

Mag. Roland Horngacher: Ich weiß es nicht mehr. Ich habe den Akt als solchen berichtet bekommen, dass es ein Rechtshilfeersuchen aus Israel diesbezüglich gibt. Und das war es. Es ist als Leiter des Kriminalamts nicht meine Aufgabe, mich in einzelne Amtshandlungen einzumischen oder diese Amtshandlungen selbst zu führen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In dem Zusammenhang: Ist Ihnen jemand untergekommen, der **Robert Nowikovsky** heißt?

Mag. Roland Horngacher: Ob in diesem Zusammenhang kann ich nicht sagen. Der Name sagt mir etwas, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In welchem Zusammenhang sagt er Ihnen etwas?

Mag. Roland Horngacher: Es handelt sich um einen Geschäftsmann in Wien, glaube ich, der mit Öl in irgendeiner Form handelt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie noch mehr über diesen Menschen? Was wissen Sie noch? Welche Wahrnehmungen über, Erinnerungen an Robert Nowikovsky haben Sie noch?

Mag. Roland Horngacher: Das, woran ich mich jetzt erinnern kann, ist, dass es bezüglich seiner Person, glaube ich, auch ein Rechtshilfeersuchen gegeben hat oder dass er Gegenstand von unter anderem dieses Rechtshilfeersuchens war. Aber an Genaueres erinnere ich mich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und zu welchem Thema war dieses Rechtshilfeersuchen?

Mag. Roland Horngacher: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Kennen Sie Herrn Elsner persönlich?

Mag. Roland Horngacher: Ja, selbstverständlich. Das habe ich schon vorher beantwortet.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Welcher Art sind die Kontakte mit Herrn Elsner?

Mag. Roland Horngacher: Rein dienstlicher Natur.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Also es waren immer dienstliche – keine freundschaftlichen oder darüber hinausgehende Kontakte? (*Mag. Horngacher: Ja!*) – Da das ja bekanntlich ein Komplex ist, um den es da auch geht, jetzt nicht konkret zu den Ihnen gemachten Vorwürfe. – Frage: Gab es in der Zeit, in der Sie tätig waren, Regelungen für Geschenkkannahmen durch Beamte im Polizeidienst?

Mag. Roland Horngacher: Ich glaube, das regelt das Beamten-Dienstrechtsgesetz.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wie schauen diese Regelungen aus, die Sie kennen?

Mag. Roland Horngacher: Also ich glaube, wir wollen hier nicht Gesetzestext rezitieren.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Nein, aber es ist ja die Frage: Sie sind Beamter (*Mag. Horngacher: Seit 23 Jahren, ja!*), daher müssen Sie ja wohl, um das einhalten zu können, wissen, wie die Regelungen ausschauen. (*Mag. Horngacher: Ja, selbstverständlich!*) – Ich bin kein Beamter, ich muss es nicht wissen.

Mag. Roland Horngacher: Ja, aber Sie fragen mich danach. Ich bin ja nicht für Rechtsauskünfte zuständig.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ich ersuche um eine Antwort. Aber Ihr Wissen ...

Mag. Roland Horngacher: Ich bin Volljurist und Sie können davon ausgehen, dass ich über die Rechtslage informiert bin.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Dann sagen Sie uns bitte, wie diese ist!

Mag. Roland Horngacher: Ich muss Ihnen eines sagen: Ich bin nicht willig, hier Gesetzestext zu rezitieren. § 54 des ...

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Die Fragen stellen wir, Sie haben sie zu beantworten!

Mag. Roland Horngacher: Wenn Sie § 54 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes nachlesen, dann werden Sie die Bestimmung lesen und herausfinden, dass Geschenkkannahme durch Beamte verboten ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Donnerbauer, vielleicht einigen wir uns mit der Anhängsperson, dass ihr vollumfänglich bewusst und bekannt ist, wie diese Regelung aussieht.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Haben Sie sich Ihrer Ansicht nach auch an diese Regelung gehalten?

Mag. Roland Horngacher: Das ist Gegenstand von gerichtlichen Erhebungen beziehungsweise Gegenstand einer Anklage. Ich verweise auf § 7 der Verfahrensordnung hinsichtlich meines Entschlagungsrechtes.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Nach meiner Kenntnis bezieht sich das Entschlagungsrecht darauf, dass Sie ein Entschlagungsrecht dann haben, wenn das eine Gefahr der Verfolgung nach sich zieht oder Sie sich dadurch belasten könnten.

Mag. Roland Horngacher: Ja, es ist Gegenstand einer Anklage. Ich glaube, dass das Verfolgung genug ist.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das ist ein formales Argument, aber es geht darum, ob man sich dadurch belastet oder nicht.

Mag. Roland Horngacher: Nein, es geht darum, ob es Gegenstand des Verfahrens ist. Es ist Gegenstand des gegen mich derzeit anhängigen Strafverfahrens, und ich verweise nochmals auf § 7 der Verfahrensordnung.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Haben Sie in Ihrer Amtszeit Geschenke bekommen?

Mag. Roland Horngacher: Ich verweise auf § 7 der Verfahrensordnung.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Da müssen Sie uns erklären, ob sozusagen Ihre gesamte Dienstzeit und Geschenke, die Sie während der gesamten Dienstzeit bekommen haben, Gegenstand eines Strafverfahrens sind oder nicht nur bestimmte Geschenke von bestimmten Personen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Mag. Horngacher, Sie haben dieses Recht, und das wird auch vom Ausschuss und von niemandem bestritten. Es ist aber immer für uns leichter und nachvollziehbarer, wenn Sie vielleicht solche Fragen derart beantworten, dass Sie sagen: Diese Frage werde ich nicht beantworten, weil ...!, sinngemäß, wenn Sie, wenn Sie den Entschlagungsgrund des § 7 in Anrechnung nehmen, ein „weil“ dazu sagen: weil die Beantwortung geeignet ist, Sie zu belasten, oder sonst irgendeinen Grund.

Mag. Roland Horngacher: Herr Vorsitzender, das habe ich getan. Wenn mich jemand fragt, ob ich Geschenke angenommen habe ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann sagen Sie das eben nicht, und deswegen gibt es die Diskussion. Sie sagen: Da verweise ich auf § 7. (*Mag. Horngacher: Ja, auf mein Entschlagungsrecht!*) – Das ist zu wenig, dieser generelle Verweis. Da müssen wir uns jetzt eine gewisse prozessuale Übung angewöhnen, dann geht das nämlich schneller, sonst diskutieren wir dauernd das Gleiche.

Mag. Roland Horngacher: Ich zitiere per Verfahrensordnung § 7 Abs. 1:

„§ 7. (1) Die Aussage darf von einer Auskunftsperson verweigert werden:

1. über Fragen, deren Beantwortung die Privatsphäre der Auskunftsperson oder eines Angehörigen (§ 72 StGB) betreffen oder für sie oder einen Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung nach sich ziehen würde;“

Das ist eine derartige Frage, und daher mache ich mein Entschlagungsrecht geltend.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Dann komme ich noch einmal zurück auf die Bestimmungen, die Sie vollumfänglich kennen: Verboten diese Bestimmungen jegliche Art von einer Geschenkannahme?

Mag. Roland Horngacher: Die verbieten grundsätzlich jegliche Art von einer Geschenkannahme.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Auch übliche Gelegenheitsgeschenke anlässlich Weihnachten oder verschiedener Anlässe?

Mag. Roland Horngacher: Ich glaube, ich habe eine klare Antwort gegeben. Die verbieten jegliche Geschenkannahme. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Unabhängig vom Wert?*) – Es gibt gewisse Grenzwerte, die vom Verwaltungsgerichtshof hier festgesetzt werden. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Also gibt es doch zulässige Geschenke?*) – Grundsätzlich zulässige Geschenke nach dem Gesetzestext gibt es nicht. Von der Judikatur des VfGH gibt es meines Wissens hier irgendwelche Grenzwerte.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Haben Sie jemals – und jetzt ausdrücklich *nicht* von Herrn Elsner oder der BAWAG – solche zulässigen, also zumindest vom Verwaltungsgerichtshof für zulässig erachtete Geschenke bekommen?

Mag. Roland Horngacher: Nein, außer Weihnachtsgeschenke meiner Frau zum Beispiel.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Und von anderen als von Familienangehörigen, von Personen, mit denen Sie dienstlich zu tun hatten? (*Mag. Horngacher: Können Sie das bitte präzisieren?*) – Ob Sie zulässige Geschenke von anderen Personen als Personen Ihres Familienkreises, insbesondere von Personen, mit denen Sie dienstlich zu tun hatten, zum Beispiel aus Anlass des Weihnachtsfestes, bekommen haben? (*Mag. Horngacher: Nein!*) – Also überhaupt nichts in dieser Richtung?

Mag. Roland Horngacher: Überhaupt nichts in dieser Richtung.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Horngacher, sagt Ihnen der Name *Bogner* – natürlich, nehme ich an – etwas?

Mag. Roland Horngacher: Ja, aber das ist nicht Gegenstand der Ladung.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): In diesem Zusammenhang schon, denn es gibt eine gemeinsame Firma Bogner-Wittmann-Schlögl – der ehemalige Innenminister –, die vermutlich Geschäfte mit der BAWAG gemacht hat. Sie kennen die „Golden Time“-Affäre, da heißt es, dass Sie dort Ermittlungen durchgeführt haben oder in Ihrem Auftrag Ermittlungen durchgeführt wurden. – Können Sie uns da mehr darüber erzählen?

Mag. Roland Horngacher: Ich habe keinerlei Ermittlungen dort je in Auftrag gegeben – und über die Hintergründe, ob diese Firma Geschäfte mit der BAWAG gemacht hat, habe ich keine Information.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Sie haben im Zusammenhang mit Wittmann und Bogner überhaupt keine Erfahrungen gemacht? Sie kennen die Herren eigentlich nur aus den Medien, oder ist das eine persönliche Bekanntschaft?

Mag. Roland Horngacher: Den Herrn Wittmann kenne ich von einer ... – Ich kenne ihn persönlich.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Ich nehme an, Sie kennen ihn näher und wollen jetzt nicht sagen, woher Sie ihn kennen.

Mag. Roland Horngacher: Ich verweise auf § 7 meines Entschlagungsrechts, da dieser Komplex Gegenstand von gerichtlichen Erhebungen ist.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Wittmann hat gegenüber den Medien erklärt, dass er mehrmals Gespräche mit Elsner geführt hat, und in diesem

Zusammenhang, auf Grund einer Befragung hier im Ausschuss, hat Innenminister Schlögl erklärt, dass sie gemeinsam innerhalb einer Firma dafür Sorge getragen haben, maroden Firmen mit Bankenfinanzierungen zu helfen, und das sei auch wahrscheinlich über die BAWAG gelaufen. – Ist Ihnen da nichts bekannt? (*Mag. Horngacher: Überhaupt nichts!*)

Haben Sie geschäftliche Verbindungen zu den Herren gehabt? (*Mag. Horngacher: Zu wem?*) – Wittmann und Bogner. (*Mag. Horngacher: Weder noch!*) – Zu Firmen von diesen Herren, an denen die beteiligt waren? (*Mag. Horngacher: Nichts!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bevor ich das Wort weitergebe, teile ich dem Ausschuss mit, dass mittlerweile eine Entschuldigung für Freitag von Herrn Finanzminister a.D. Karl-Heinz Grasser gekommen ist sowie auch von Herrn Martin Schlaff.

Herr Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn Sie gestatten, benütze ich eine halbe Minute für etwas anderes und nehme genau zu diesen Umständen Stellung.

Das ist das logische Fortsetzen des Zeugenschwänzens, und das ist noch ein harmloser Ausdruck. Es konnte nicht anders kommen, wenn die beiden Regierungsfractionen ein Ende mit 2. Juli hier mit aller Gewalt in den Raum hängen und am besten noch (*Abg. Rädler: Das ist zur Geschäftsbehandlung!*) – an sich ja, Sie haben schon Recht, aber manchmal ist eben eine Notsituation –, und am besten noch raushängen vor dem Parlament. Ich würde die Parlamentsdirektion oder den Herrn Vorsitzenden ersuchen, dass man vielleicht annonciert ...

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Jetzt frage ich aber auch, welchen Zusammenhang das mit der Befragung von Herrn Horngacher hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hören Sie zu, Sie sind immer stark, wenn irgendeine Auskunftsperson da ist, die ohnehin in einer schwachen Position ist, und wenn einer ... (*Abg. Rädler: Na geh bitte, das ist ein Wahnsinn!*) – Die sollen mir nicht immer das Mikrophon wegnehmen, wenn ich am Wort bin! (*Abg. Rädler: Ich bin aufgefordert worden vom Protokoll, dass ich das Mikrophon einzuschalten habe!*) – Ja, das Protokoll wird leiden, aber es ... (*Obmann Dr. Graf: Die Protokollführung hält nicht für alles her, was wir da manchmal sagen!* – *Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP*) – Ja, das Sommerloch hat offensichtlich eine neue Dimension; dazu kommen wir noch.

Aber es wäre eigentlich nur richtig, korrekt und fair, wenn die ÖVP-Fraktion draußen vor der Pallas Athene ein großes Plakat annonciert: „Zeugen bitte daheim bleiben, wir haben den Ausschuss umgebracht!“, und die SPÖ vielleicht unten noch ein Adjutanten-Plakat dazuhängt. Das würde der Realität gut entsprechen. Es wäre auch die Wahrheit, die man nach außen tragen könnte.

Zum Sommerloch kommen wir noch, wir werden uns das Sommerloch noch anschauen, was da passiert. Ich bin der Meinung, es ist überhaupt nicht mehr durchhaltbar, dass dieser Ausschuss abgeschlossen wird. Ich schaue mir das an, wie die Fraktion der Sozialdemokraten das überhaupt politisch aushalten will, wenn sie selbst Schlaff, Wallner, Cordt und so weiter mit ihrer Untersuchungsarbeit in die Ziehung nehmen will und dann diese Vorkommnisse stattfinden, wie wir sie gerade erleben. Aber wie gesagt, wir schauen uns das noch einmal an, wir haben auf all diese Probleme hingewiesen.

Es besteht noch die Chance, dass die SPÖ in die senkrechte Lage kommt und wieder Rückgrat gewinnt, weil momentan der Druck offensichtlich so groß ist, dass man ansonsten überhaupt gleich sagen könnte: Wir schaffen das Institut der

Untersuchungsausschüsse ab! – Das konterkariert gerade ein bisschen mit dem Vorhaben des Klubobmanns Cap, der sie ja stärken will. Also, wenn die Untersuchungsausschüsse gestärkt werden sollen, dann kann man es sich nicht gefallen lassen, dass Mag. Martin Schlaff absagt, und alle anderen noch dazu, die quasi ad personam Untersuchungsgegenstand sind, und dass darüber hinaus eine Reihe weiterer Zeugen dieses Verhalten an den Tag legt.

Ich bin gespannt, was bei Raiffeisen Investment AG noch passieren wird? Da wird dann vielleicht in koalitionärer Eintracht dafür gesorgt werden: Kommt der eine nicht, sag' ich den meinen: Brauchst nicht kommen!, sag du den deinen: Brauchst du nicht kommen! – Das wird offensichtlich das Motto. (*Obmann Dr. Graf: Aber wir sind dankbar, dass Herr Mag. Horngacher da ist!*) – Genau, und deshalb stelle ich auch die Frage an Herrn Mag. Horngacher ... (*Obmann Dr. Graf: Da sieht man wieder, dass Verlass ist in dieser Republik ausschließlich auf Beamte! Das muss man auch einmal festhalten! – Jetzt muss irgendeine Frage an die Auskunftsperson kommen, so nach dem Motto: Wie ist Ihre Wahrnehmung?!*)

Es kommt ja nur die Bemerkung, dass das mittlerweile eine unerträgliche Schräglage hat: Die, die kommen müssen, sind die, die Beamte sind. Die, die „freiwillig kommen“, setzen sich hier einer schwierigen Situation aus, weil sie unter Wahrheitspflicht stehen und nichts verschweigen dürfen. Die, die nicht kommen, so wie Herr Wallner am Montag erst, der 300 Meter weiter irgendeine Party feiern ließ, aber am Vormittag hatte er keine Zeit, dass er da bei der Tür reinfand, obwohl er eine aufrechte Ladung hatte. Er hat sich auf diese Art und Weise entzogen und, wie der Vorsitzende festgestellt hat, das offensichtlich zum Anlass genommen, sich ablichten zu lassen, um uns am nächsten Tag gemeinsam mit Mag. Schlaff von den Zeitungsseiten entgegengrinsen zu können. – Gratuliere Parlament, wenn es sich das gefallen lässt. Aber die, die kommen, haben eine schwierige Situation. Das sehe ich auch ein.

Herr General, Sie haben vorhin auf die Frage, ob Sie Mag. Schlaff kennen, geantwortet, das sei Teil des Verfahrens. Das kann nur zutreffen, wenn Sie meinen, dass Sie Herrn Mag. Schlaff anlässlich einer Reise kennengelernt haben, die dann tatsächlich Teil der Anklageschrift ist. – Ist es richtig, dass Sie Mag. Schlaff erst bei der Reise im, wie ich glaube, Herbst 1999, Jahreswechsel 1999/2000, in dieser Gegend, kennengelernt haben, oder kannten Sie ihn doch schon früher?

Mag. Roland Horngacher: Ich mache mein Entschlagsrecht nach § 7 der Verfahrensordnung geltend, da diese Reise Gegenstand von einem entsprechenden Verfahren ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben Sie Recht, aber meine Frage ist ja nur, ob Sie ihn dort kennengelernt haben – nein, ich frage anders: Kennen Sie Mag. Schlaff schon aus Zeiten vor Herbst 1999? Das kann man mit Ja oder Nein beantworten, ich wüsste nicht, was da belastend wäre?

Mag. Roland Horngacher: Ich habe ihn vorher nicht gekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben ja Wahrnehmungen von dieser Reise, die Sie nicht selber belasten müssen. – Ist es richtig, dass Wirtschaftsprüfer Reiter bei dieser Reise nach Jericho mit war?

Mag. Roland Horngacher: Ich entschlage mich auch hier gemäß der Verfahrensordnung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber können Sie dem Ausschuss erklären, wie Sie sich belasten, wenn Sie Wahrnehmungen darüber haben, ob Wirtschaftsprüfer Reiter mit auf dieser Reise war – der BAWAG, muss man hinzufügen?

Mag. Roland Horngacher: Weil das Gegenstand des Verfahrens ist. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, sicher!*) Also die Reise als solches ist Gegenstand von entsprechenden Ermittlungen. Daher gehe ich davon aus ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da muss ich jetzt dem Kollegen Donnerbauer schön langsam schon ein bisschen Recht geben. (*Abg. Dr. Stummvoll: Nicht nur ein bisschen! – Obmann Dr. Graf: Schadet ihm das?*) Ich meine, ein Verfahren besteht, das wird von niemandem bestritten. Diese Reise spielt eine zentrale Rolle in der Anklageschrift, das ist richtig. Allerdings sind Sie hier als Auskunftsperson und als Zeuge eben, und wir fragen Sie nach der Wahrnehmung zu einer Teilnahme des Herrn **Reiter** an dieser Reise. Da müssten Sie dem Ausschuss schon erklären, womit Sie sich da zusätzlich belasten könnten, wenn Sie darauf antworten, ob Sie mitbekommen haben, dass Herr Reiter dabei war oder nicht? Wir brauchen das für unsere Arbeit.

Mag. Roland Horngacher: Aber es gibt entsprechende Aufzeichnungen darüber, wer an dieser Reise teilgenommen hat. Ich meine, Sie dürfen doch eines nicht vergessen: Ich stehe hier als Zeuge unter Wahrheitspflicht, und in einem anderen Verfahren bin ich Beschuldigter (*Abg. Mag. Kogler: Das ist richtig!*), und das ist Gegenstand dieses Ermittlungsvorganges. (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*) Ich glaube, es ist allgemein bekannt, wer an dieser Reise teilgenommen hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber die Frage geht ja weiter. Ich wollte Sie nach Wahrnehmungen der Kontaktnahme des Herrn Reiter mit den Herren Wallner und Schlaff fragen. Da haben Sie ja Beobachtungen gemacht, und ich nehme nicht an, dass Sie sich, wenn Sie uns diese Beobachtungen preisgeben, damit schon zusätzlich belasten würden.

Mag. Roland Horngacher: Aber es gibt Ermittlungen dazu (*Abg. Mag. Kogler: Ja, das ist richtig!*), und daher glaube ich, dass ich zurecht von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch mache.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Verfahrensanwalt?

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Er kann als Beschuldigter dort sagen: Nein, ich bin nicht gefahren. Er kann das dort vorwurfsfrei sagen. Hier als Zeuge müsste er die Wahrheit sagen. – Ich glaube, das Spannungsverhältnis ist leicht auf der Hand liegend. Es ist schwierig, das zu trennen. Es ist klar, er kann im Rahmen der Verantwortung als Beschuldigter sagen: Nein, ich bin nicht gefahren!, Ich bin später gefahren!, oder sonst etwas. – Ich konstruiere hier nur etwas. – Und hier hätte er, würde man ihm dann vorhalten, als Zeuge gesagt: Ja, ich war dabei und habe das und das miterlebt.

Die Reise und daher natürlich auch die Begleitumstände dieser Reise haben mit dem Tatvorwurf zu tun. – Ich hoffe, dass ich das so einfach rübergebracht habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, so betrachtet ist das Spannungsfeld unauflöslich. Ich hatte nur nicht den Eindruck – ich bin ja schon beim letzten Punkt –, dass der Herr General diese Verteidigungslinie aufsuchen wird. Aber soll so sein!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt werde ich ein paar Fragen stellen.

Sie haben gesagt, zum Schutz der heimischen Wirtschaft war die Wirtschaftspolizei eingesetzt. Jetzt habe ich da einmal den einen Punkt, wo ich wieder zurückkomme auf Auskunftswünsche von Generaldirektoren der Bank beziehungsweise von Bankhäusern selbst.

Sind hinsichtlich Geschäftspartnern oder zukünftigen Geschäftspartnern von Bankhäusern, Sparkassen, und was es im Finanzdienstleistungssektor sonst noch gibt,

Ansuchen an die Wirtschaftspolizei über Beauskunftung von Geschäftspartnern routinemäßig gekommen? Ist so etwas vorgekommen? Wenn ja, wie oft? War das Routine? War das Aufgabengebiet der Wirtschaftspolizei?

Mag. Roland Horngacher: Herr Vorsitzender, das ist Gegenstand der Anklage, und ich verweise auf mein Entschlagsrecht gemäß § 7.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das glaube ich nicht, dass das Gegenstand der Anklage ist, wenn ich Sie jetzt konkret frage: Hat die Erste Österreichische von Ihnen in Ihrer Zeit der Zuständigkeit Auskünfte über Geschäftspartner haben wollen?

Mag. Roland Horngacher: Auf diese konkrete Frage, ich kann mich nicht erinnern ... (*Obmann Dr. Graf: Dann gehen wir die Bankhäuser durch!*) Ich kann mich nicht daran erinnern, ob die Erste Österreichische so eine Anfrage gestellt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also wenn eine Anfrage gestellt wurde, waren es auf jeden Fall nicht viele. – Ist das so?

Mag. Roland Horngacher: Das kann man so in dieser Form nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern, ob Anfragen von der Ersten Österreichischen gestellt wurden?

Mag. Roland Horngacher: Im konkreten Fall nicht, nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt „im konkreten Fall“?

Mag. Roland Horngacher: Von der Ersten Österreichischen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Raiffeisen Zentralbank?

Mag. Roland Horngacher: Kann ich mich nicht erinnern. (*Obmann Dr. Graf: Auch im konkreten Fall nicht?*) – Auch im konkreten Fall nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sonstige Raiffeisenbanken, Landesbank Wien?

Mag. Roland Horngacher: Kann ich mich nicht erinnern. Der Akteneinlauf ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bank Austria?

Mag. Roland Horngacher: Kann ich mich nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Postsparkasse, bevor sie fusioniert wurde?

Mag. Roland Horngacher: Kann ich mich nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn ich jetzt alle Bankhäuser aufzählen würde, würden Sie mir überall sagen, Sie können sich nicht erinnern?

Mag. Roland Horngacher: Ich gehe davon aus, dass das so ist, ja, weil der Einlauf derart groß ist ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn dem so ist, Herr Mag. Horngacher, dann sage ich Ihnen, dass ich Ihnen das nicht glaube, dass Sie sich nicht erinnern können. Das Thema ist: Gehört es zum Aufgaben- und Geschäftsbereich der Wirtschaftspolizei, über zukünftige Geschäftspartner Bankhäusern gegenüber Auskunft zu geben?

Mag. Roland Horngacher: Das ist Gegenstand ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist *nicht* Gegenstand. (*Mag. Horngacher: Oh ja!*) – Alle Banken mit Ausnahme BAWAG, frage ich jetzt.

Mag. Roland Horngacher: Nein, die Frage BAWAG ist Gegenstand des Strafverfahrens.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt seien Sie mir bitte nicht böse, Sie selbst haben sich auf Ihren Tätigkeitsbereich berufen. (*Mag. Horngacher: Ja!*) Und jetzt frage ich Ihren Tätigkeitsbereich ab: War das Teil der Tätigkeit der Wirtschaftspolizei? Ich frage nicht einmal, ob das Teil Ihrer Tätigkeit war, sondern **der** Wirtschaftspolizei. Und jetzt verraten Sie mir, wenn Sie das nicht beantworten, wie Sie sich damit belasten können.

Mag. Roland Horngacher: Grundsätzlich gibt es entsprechende Vorschriften im Sicherheitspolizeigesetz über die Sicherheitsüberprüfung in Verbindung mit dem Datenschutzgesetz 2000 unter der Voraussetzung, dass jemand hier einer derartigen Beauskunftung zustimmt und auch des Auskunftspflichtgesetzes. Auf Grund dieser Rechtsbestimmungen, sage ich jetzt einmal ganz allgemein, wäre eine allgemeine Information nicht unzulässig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Jetzt müssen wir unterscheiden zwischen Zeitraum vor 2000 und nach 2000, weil es da eine Gesetzesänderung gegeben hat, auf die Sie jetzt hingewiesen haben.

Mag. Roland Horngacher: Darauf habe ich hingewiesen, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie war die Praxis vor 2000?

Mag. Roland Horngacher: Ich muss Ihnen sagen, das ist mir im konkreten Fall nicht erinnerlich, aber Sie müssen eines sehen – das ersuche ich Sie auch insgesamt zu betrachten –: Wenn heute jemand eine Geschäftsbeziehung eingeht oder eingehen will und eine entsprechende Anfrage stellt und wenn ich weiß, dass der zehn Betragsvorkerkungen hat, dann entspricht es einfach meiner Ingerenzpflicht, jetzt nicht zu sagen: Der hat zehn Betragsvorkerkungen!, aber vielleicht: Überlegen Sie sich das Geschäft noch einmal! – Also eine gewisse Präventionsaufgabe zum Schutz der einheimischen Wirtschaft habe ich, und ich kann nicht jemanden in ein Geschäft rasseln lassen, wo ich weiß, der hat zehn Betragsvorkerkungen, und der hat keine Ahnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn jemand vorbestraft ist und so weiter, keine Frage. (*Mag. Horngacher: Nicht nur vorbestraft, sondern ...*) – Deswegen ist es mir so seltsam vorgekommen, dass Sie in der Beantwortung dieser Frage so „herumeiern“. Das war ja wenig glaubwürdig. (*Mag. Horngacher: Also ich sehe nicht, dass ich „herumeiere“!*) – Na freilich. Jetzt kommt es ja doch tröpfelweise aus Ihnen heraus in dem Punkt, und jetzt möchte ich schon da draufbleiben.

Also: Sie machen es in einer behutsamen Form. Ist es Aufgabe der Wirtschaftspolizei vor 2000 gewesen, darauf hinzuweisen?

Mag. Roland Horngacher: Ich habe nicht gesagt, „hinweisen“.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Anfragen zu beantworten.

Mag. Roland Horngacher: Ich habe eine Präventionsaufgabe zum Schutz der Wirtschaft auszuüben in diesem Bereich. Und im Rahmen meiner Präventionsaufgabe, gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen, habe ich meine Dienstpflicht erfüllt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist mir zu wenig. Diese Aufgabe – mit den Dienstpflichterfüllungen haben wir in Österreich ja ohnehin ein Problem.

Mag. Roland Horngacher: Nein, ich nicht. Ich habe 23 Dienstjahre und eine unbeanstandete dienstliche Laufbahn.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist ja immer nur, ob man die Dienstpflicht rechtmäßig erfüllt oder rechtswidrig. Darum geht es jetzt einmal.

Also noch einmal die konkrete Frage: Was ist mit Fragen von Bankhäusern hinsichtlich zukünftiger Geschäftspartner – nicht: bestehenden Geschäftsbeziehungen –, wenn sie herangetragen werden hinsichtlich der Bankhäuser an die Wirtschaftspolizei, was ist damit passiert? Ist so etwas vorgekommen?

(Die Vertrauensperson spricht kurz mit der Auskunftsperson.)

Mag. Roland Horngacher: Ich kann mich nicht erinnern. *(Abg. Amon: ... Vertrauensperson sagen kann ...)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich sage Ihnen, ich glaube, jetzt ist der Punkt da, wo Sie sich ein bisschen beraten sollten, sowohl mit Ihrer Vertrauensperson als auch mit dem Verfahrensanwalt, denn eines kann nicht sein, dass Sie uns hier jetzt offensichtlich die Unwahrheit sagen!

Mag. Roland Horngacher: Wieso? Wie unterstellen Sie mir, dass ich die Unwahrheit sage?!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Offensichtlich. Ich unterstelle nichts, ich sage nur dazu, Sie sagen jetzt etwas anderes als vor 5 Minuten!

Mag. Roland Horngacher: Nein, überhaupt nicht. Aber überhaupt nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ob es derartige Fragen von Bankhäusern gegeben hat, daran können Sie sich nicht mehr erinnern *(Mag. Horngacher: Daran kann ich mich nicht erinnern!)* – weder vor 2000 noch nach 2000?

Mag. Roland Horngacher: Daran kann ich mich nicht erinnern! Das habe ich vor einer halben Stunde schon gesagt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt nur meine Kontrollfrage dazu: Gehört es grundsätzlich zur Aufgabe der Wirtschaftspolizei, hier Auskünfte zu geben?

Mag. Roland Horngacher: Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie sind diese gesetzlichen Bestimmungen? Wie werden sie ausgelegt?

Mag. Roland Horngacher: Ich habe das vorhin gesagt: auf Grund der Bestimmungen des Sicherheitspolizeigesetzes, hinsichtlich der Sicherheitsüberprüfung, des Auskunftspflichtgesetzes und des Datenschutzgesetzes.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und wenn man ein bisschen mehr erfahren wollte, dann hat man sich in Wirklichkeit mit Ihnen gut stellen müssen, oder?

Mag. Roland Horngacher: Das ist eine Unterstellung, die Sie mir hier machen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie können ja oder nein drauf sagen.

Mag. Roland Horngacher: Nein, ich lasse mir hier keine Unterstellungen machen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, nehme ich zur Kenntnis.

Mag. Roland Horngacher: Ich finde, das ist eine grobe Unterstellung! *(Obmann Dr. Graf: Schutz der heimischen Wirtschaft!)* Ich bemühe mich hier wirklich, im Rahmen des ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber ich bemühe mich auch wirklich ...

Mag. Roland Horngacher: Das sind Unterstellungen, Herr Vorsitzender! Ich habe 23 Dienstjahre im Dienste dieser Republik gearbeitet. Das habe ich in dieser Form nicht notwendig, dass Sie mir hier Unwahrheiten unterstellen – und diesen letzten Satz jetzt auch noch sagen! Ich habe es nach 23 Dienstjahren und im Hinblick auch auf meine Funktion und das, was ich für diese Republik geleistet habe, nicht notwendig

(*Obmann Dr. Graf: Wir wissen ja nicht, was ...*), mich hier von Ihnen bezichtigen zu lassen, die Unwahrheit zu sagen! Das habe ich wirklich nicht notwendig!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Mag. Horngacher, Sie können sich nachher den Medien gegenüber über mich alterieren, mich kritisieren, alles, das steht Ihnen frei, da habe ich kein Problem, wenn Sie das tun (*Mag. Horngacher: Ich sage Ihnen nur grundsätzlich ...*), aber hier brauchen Sie nicht die „Sitzungspolizei“ zu spielen, weil das ist jetzt vorbei.

Mag. Roland Horngacher: Was ist vorbei?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dass Sie hier „Sitzungspolizei“ hier spielen.

Mag. Roland Horngacher: Ich spiele keine „Sitzungspolizei“, es ist nur nicht zulässig, dass Sie mir hier Sachen unterstellen, die wahrheitswidrig sind!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage Sie – und Sie können antworten.

Mag. Roland Horngacher: Sie haben das konkret gesagt, ganz konkret, dass ich die Unwahrheit gesagt habe. Das haben Sie ganz konkret gesagt. (*Abg. Amon: Es ist aber nicht zulässig, dass Ihnen die Vertrauensperson einsagt, dass Sie sich nicht daran erinnern!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau, darauf wäre ich jetzt nämlich auch gekommen.

Ich möchte die Vertrauensperson ausdrücklich darauf hinweisen, dass sie **nicht** das Gedächtnis des Herrn Mag. Horngacher bestimmen kann!

Vertrauensperson Dr. Lukas Kollmann: Ich habe ihn nur gefragt, ob er sich erinnern kann. Das war die Frage. (*Zwischenruf des Abg. Amon.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf Ihnen nur sagen, dass das unter Umständen auch auf dem Tonband, das ja mitgeschnitten wird, zu hören ist. Ich möchte nicht, dass Sie da vielleicht auch noch die Unwahrheit sagen.

Mag. Roland Horngacher: Sie haben jetzt gesagt: dass Sie auch noch die Unwahrheit sagen. Ich möchte, dass das im Sitzungsprotokoll ausdrücklich vermerkt wird. (*Abg. Mag. Kogler: Ist eh alles drinnen!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, ja, das ist ohnehin vermerkt, es wird ein Wortprotokoll gemacht. Ich habe da überhaupt kein Problem.

Schutz der heimischen Wirtschaft, bleiben wir bei dem Thema. Der Fall Atomic ist nicht verfahrensrelevant, und da haben Sie auch eine Rolle gespielt. Erzählen Sie uns etwas, was Sie im Fall Atomic zu tun gehabt haben, was da Ihre Aufgabe war. Welche Aufträge sind da gekommen? Von wem sind sie gekommen? Erzählen Sie uns da bitte etwas.

Mag. Roland Horngacher: Ich habe konkret mit dem Verfahren Atomic überhaupt nichts zu tun gehabt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War die Wirtschaftspolizei Wien in Ihrer Amtszeit je befasst, im Zuge Rohrmoser/Atomic-Konkurs irgendwelche Handlungen zu setzen?

Mag. Roland Horngacher: Das Einzige, woran ich mich erinnern kann, ist der Auftrag des damaligen Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, einen Ermittlungsvorgang des damaligen Landesgendarmierkommandos Salzburg einer fachlichen Überprüfung zu unterziehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aha, das ist jetzt hoch interessant. Der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit hat Ihnen einen Auftrag gegeben, die fachliche Überprüfung der Wirtschaftspolizei Salzburg vorzunehmen.

Mag. Roland Horngacher: Nicht der Wirtschaftspolizei Salzburg, sondern eines Ermittlungsvorganges, den ein Beamter des Landesgendarmeriekommandos Salzburg getätigt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, der Reihe nach. Name des Generaldirektors für öffentliche Sicherheit?

Mag. Roland Horngacher: Mag. Michael Sika.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welche Person oder welche Handlungen welcher Person hätten Sie überprüfen sollen?

Mag. Roland Horngacher: Von dem Sachbearbeiter, der die Ermittlungen durchgeführt hat. (*Obmann Dr. Graf: Wer war das?*) – An den Namen kann ich mich nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War das der Herr Mayer?

Mag. Roland Horngacher: Ich kann mich an den Namen nicht erinnern. Das ist, glaube ich, fast zehn Jahre her.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie sich an den Herrn Mayer überhaupt erinnern? – Das war der „Lucona“-Aufdecker, an sich ein prominenter Mensch, also nicht irgendein Beamter, den man nicht unbedingt kennen muss. Den kennen viele Leute in der Republik.

Mag. Roland Horngacher: Mag sein, aber in dem konkreten Zusammenhang ist mir der Sachbearbeiter, der das bearbeitet hat, nicht in Erinnerung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das üblich, dass Sie vom Generaldirektor für öffentliche Sicherheit in Ihrer Zeit Überprüfungsaufträge von Kollegen aus anderen Bundesländern bekommen haben?

Mag. Roland Horngacher: In dem konkreten Fall war es so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es mehrere derartige Aufträge in Ihrer Amtszeit gegeben?

Mag. Roland Horngacher: Ist mir nicht in Erinnerung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also war das der Einzige, an den Sie sich erinnern können?

Mag. Roland Horngacher: Das ist der Einzige, an den ich mich erinnern kann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und da ist Ihnen der Name entfallen, um wen es geht?

Mag. Roland Horngacher: Es war in der Causa Rohrmoser. Aber wer der Sachbearbeiter war, kann ich mich nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war das Ergebnis Ihrer Überprüfung?

Mag. Roland Horngacher: Ich kann mich nicht mehr daran erinnern; das ist zehn Jahre her.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, ein Beamter, der 23 Jahre die Pflicht für die Republik tut und das alles noch darstellt – woher wollen Sie dann wissen, was Sie für die Republik schon getan haben? Auf das haben Sie ja gepocht. Jetzt frage ich aber ganz ehrlich. Jetzt tritt das Vergessen ein – ein typisches Zeichen. Ich meine, es ist

schon sehr viel, was wir hervorgebracht haben, dass der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit hier Aufträge erteilt hat. Das ist uns nämlich neu. Das ist schon viel, aber dann tritt das Vergessen ein, das ist dann das Nächste. Na ja, ist so.

Was können Sie uns noch dazu sagen?

Mag. Roland Horngacher: Entschuldigen Sie, es muss ja einen schriftlichen Bericht über das geben, den kann man ja nachlesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Den haben wir bis jetzt nicht bekommen. Der wäre mir aufgefallen, glauben Sie mir!

Mag. Roland Horngacher: Das ist sicher nicht meine Schuld.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Deswegen bin ich Ihnen schon dankbar, dass es diese Auskunft jetzt von Ihnen gibt. – Fragen wir halt ein bisschen weiter. Den Inhalt können Sie uns auch nicht mehr sagen, wie diese fachliche Qualifizierung ausgegangen ist, oder?

Mag. Roland Horngacher: Nein, ich kann mich nicht erinnern. Ich habe es einen Referenten zur Bearbeitung gegeben und habe es mir dann, wie es fertig war, wieder genommen und an den Herrn Generaldirektor zurückgeschickt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war dann weiters der Fall?

Mag. Roland Horngacher: Wie meinen Sie das?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie noch irgendwelche Erinnerungen aus dem Atomic-Komplex im Zusammenhang mit Wirtschaftspolizei Wien?

Mag. Roland Horngacher: Das Einzige, woran ich mich erinnern kann, ist, dass einmal ein Anwalt da war. (*Obmann Dr. Graf: Welcher Anwalt?*) – Ich glaube, dass es ein Anwalt der BAWAG war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War das der Herr Dr. Gehmacher?

Mag. Roland Horngacher: Das ist möglich, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was wollte der von Ihnen?

Mag. Roland Horngacher: Ich glaube, er wollte eine Strafanzeige einbringen oder hat sie eingebracht, das weiß ich nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat er außer dem Einbringen der Strafanzeige sonst etwas von Ihnen wollen?

Mag. Roland Horngacher: Nein, nicht dass es mir in Erinnerung wäre. Ich wäre auch nicht zuständig gewesen, das muss ich dazusagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, das wundert mich, denn der Dr. Gehmacher kennt ja in Wirklichkeit auch die Zuständigkeiten. Aber gut, er war bei Ihnen.

Mag. Roland Horngacher: Er war bei mir, und zu mir darf auch jeder grundsätzlich kommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist auch gut.

War der Herr Elsner in dieser Angelegenheit bei Ihnen einmal vorstellig?

Mag. Roland Horngacher: Nicht dass ich mich erinnere.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War ein BAWAG-Mitarbeiter in dieser Angelegenheit einmal bei Ihnen vorstellig in den Jahren 1994, 1995, 1996, 1997?

Mag. Roland Horngacher: Überhaupt nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat die Wirtschaftspolizei Wien Hausdurchsuchungen vorgenommen im Zuge dieses Komplexes zum Beispiel bei Herrn Pierer? (*Mag. Horngacher: Entschuldigen Sie, bei wem?*) – Beim Herrn Pierer.

Mag. Roland Horngacher: Mir sagt dieser Name nichts.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Heute KTM. Ein Vertrauter Rohrmosers.

Mag. Roland Horngacher: Die Wirtschaftspolizei hat meiner Erinnerung nach in der Causa Rohrmoser operativ überhaupt nichts gemacht, sondern ausschließlich diesen Auftrag des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit erfüllt, weil das Verfahren Rohrmoser meiner Erinnerung nach zuerst in Innsbruck und dann in Salzburg und irgendwann in Steyr bearbeitet wurde. Ich sage jetzt, meiner Erinnerung nach.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und dann nach Wien abgezogen wurde, und dann war die Wiener Wirtschaftspolizei am Werk.

Mag. Roland Horngacher: Nach Wien kann es nicht abgezogen worden sein, weil wir keine Zuständigkeit haben, von woanders eine Amtshandlung zu übernehmen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In dem Fall war das aber so.

Mag. Roland Horngacher: Ich kann keine Amtshandlung von Steyr oder von Innsbruck oder von Salzburg nach Wien ziehen, das geht nicht von der örtlichen Zuständigkeit her.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht kann man die Akten Atomic diesbezüglich – Bitte an meine Mitarbeiter – herbeischaffen, wirtschaftspolizeiliches Einschreiten und Ähnliches mehr. (*Abg. Amon: 100 000 Paar Schi!*) – Ja, da ist es ja auch um die Suche der Schi gegangen. Können Sie sich da erinnern? Angeblich ist Herr Rohrmoser vorgeworfen worden, er hat 100 000 Paar Schi verschwinden lassen, und die hat man gesucht. Und weil eben vor Ort niemand zur Verfügung stand und die fachliche Expertise offensichtlich schlecht ausgefallen ist, hat man die Wirtschaftspolizei Wien eingeschaltet. Die hat das dann auch gemacht und hat sie unter anderen bei Herrn Pierer und bei noch sieben oder acht oder zehn oder zwölf Leuten gesucht, nämlich alle im Dunstkreis der Unterstützer von Herrn Rohrmoser. (*Mag. Horngacher: Ich kann mich daran nicht erinnern!*) Jeder, der Herrn Rohrmoser unterstützt hat, indem er eben seelischen Beistand, finanziellen Beistand geleistet oder sonst was für ihn gemacht hat, ist mit einer Hausdurchsuchung eingedeckt worden. Können Sie sich daran nicht mehr erinnern?

Mag. Roland Horngacher: Nein, ich kann mich nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schließen Sie das aus, dass das von der Wirtschaftspolizei Wien gemacht wurde?

Mag. Roland Horngacher: Mir ist ein operatives Einschreiten, nämlich in der Causa Rohrmoser selbst, nicht in Erinnerung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber wenn das der Fall gewesen wäre, dass die Wirtschaftspolizei Wien eingeschritten wäre – unterstellen wir diesen Fall einmal akademisch –, dann würden Sie Wahrnehmungen dazu haben, weil das nichts Alltägliches ist. – Ist das so?

Mag. Roland Horngacher: Das ist zehn Jahre her. Ich sage Ihnen, ich kann mich, was den Atomic-Komplex, die Causa Rohrmoser betrifft ... – Die Firma ist nicht in Wien etabliert gewesen, wir waren grundsätzlich nicht zuständig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau darum geht es ja! Es ist von den zuständigen Stellen offensichtlich über Interventionen abgezogen worden und an die Wirtschaftspolizei Wien übertragen worden. Dazu gibt es ja auch Akte.

Mag. Roland Horngacher: Ich weiß das nicht. Ich sage Ihnen, mir ist das nicht in Erinnerung. Und ich habe das auch sicher, wenn es übertragen wurde, nicht bewirken können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, nein. Man hat jemanden gesucht, der halt in eine andere Richtung ermittelt, also eher gegen Rohrmoser und nicht für Rohrmoser.

Mag. Roland Horngacher: Ich muss eines sagen: Die Wirtschaftspolizei hat grundsätzlich nicht **für** oder **gegen** jemanden ermittelt, sondern hat einen Sachverhalt festgestellt, der der Justiz zur Entscheidung vorgelegt wurde. (*Zwischenruf des Abg. Amon.*) – Das, muss ich sagen, weiß ich nicht mehr.

Aber eines möchte ich schon dazusagen: Es hat sehr wohl Fälle gegeben, weil die Wirtschaftspolizei damals die stärkste Wirtschaftseinheit gewesen ist und die meiste Expertise in diesem Bereich hatte, dass über Auftrag der Generaldirektion beispielsweise eine Amtshandlung in den Bundesländern geführt wurde. Das hat es schon gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sagen Sie: Über welche Veranlassung schreitet denn ein Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit bei solchen Fragen ein? Haben Sie das hinterfragt? Ich meine, das ist ja nicht alltäglich, wenn man eine Expertise über einen Kollegen in einem anderen Bundesland erstellen muss.

Mag. Roland Horngacher: Ich muss sagen, wenn ein entsprechender Auftrag von der Generaldirektion kommt, einen Fall oder überhaupt eine entsprechende ... – de facto ist das ein Ersuchen, das als Weisung zu betrachten ist –, dann habe ich grundsätzlich einmal dieser Weisung Folge zu leisten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie sich erinnern, ob da der Generaldirektor Sika irgendetwas dazu gesagt hat, von wem er den Auftrag bekommen hat, dass Sie das machen sollen? (*Mag. Horngacher: Nein!*) Nicht Sie persönlich, aber dass er überhaupt gefragt wurde: Überprüfen Sie einmal den Salzburger Kollegen dort!? Ich meine, das muss ihm ja irgendwer gesagt haben. Ich glaube ja nicht, dass er aus eigener Wahrnehmung aktiv geworden ist, der Herr Sika, oder?

Mag. Roland Horngacher: Das weiß ich nicht. Er hat es mir geschickt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also da gibt es ein schriftliches Ersuchen?

Mag. Roland Horngacher: Meiner Erinnerung nach gibt es für das ein Ersuchen, weil ich den Bericht dann zurückgeschickt habe. Daran kann ich mich erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sollten wir beischaffen, oder?

Mag. Roland Horngacher: Es gibt auf jeden Fall einen Bericht dazu.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die SPÖ kommt dran. – Keine Fragen mehr. Die ÖVP? – Auch keine mehr. Grüne sind nicht da.

Das ist jetzt jammerschade, ich würde Ihnen gerne die Wirtschaftspolizeiakten vorhalten. Dazu müssten wir aber die Sitzung unterbrechen.

Mag. Roland Horngacher: Wenn Sie es mir zeigen, dann kann ich Ihnen sicher etwas dazu sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann darf ich die Sitzung für 20 Minuten unterbrechen. Wir versuchen, die Akte beizuschaffen, und setzen dann fort.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 19.41 Uhr **unterbrochen** und um 20.02 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

20.02

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich **nehme** ich die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Wir sind in der Kürze der Zeit in einigen Fällen fündig geworden und werden Sie dann damit konfrontieren. Auf der einen Seite hat Herr Wiedermann, das war der Stellvertreter von Herrn Mayer – Können Sie sich an diesen Namen erinnern? –, zu Protokoll gegeben ... – Wo ist das jetzt? *(Der Obmann blättert in schriftlichen Unterlagen.)*

Das ist ein anderes Blatt Papier! – Na, glauben Sie mir das ganz einfach, denn das finde ich jetzt nicht! Er hat zu Protokoll gegeben, dass von der Wirtschaftspolizei Salzburg die Causa abgezogen wurde zur Wirtschaftspolizei Wien. In dem Zusammenhang haben wir jetzt einige Unterlagen gefunden, und zwar gibt es hier, und das halte ich Ihnen vor: Von der Oberstaatsanwaltschaft Linz, betrifft Strafsache gegen Rohmoser, Datum zur Geschäftszahl 61.033/25-4/2/98, einen Erhebungsbericht der Bundespolizeidirektion Wien, wo im Akt drinnen zu finden ist: Republik Österreich, Staatsanwaltschaft Salzburg, die sich ausdrücklich auf die angeregten, von der Wirtschaftspolizei angeregten weiteren Erhebungsschritte, Untersuchungshandlungen beruft.

Unter anderem wurde angeregt, nachstehende Untersuchungshandlungen vorzunehmen – und das waren jetzt die Hausdurchsuchungsbefehle –, und zwar gegen die Cross Holding in 4600 Wels, an verschiedenen Adressen in Wels, Bauernstraße 9, Roithenstraße 89, Gmunden: Schlagenstrasse 18, Dornbirn: Pfarrgasse 17 sowie bei anderen Firmen auch noch. Das heißt, da wird Bezug genommen auf eine Tätigkeit der Wirtschaftspolizei Wien. Ich halte Ihnen diese Seiten vor und will wissen, ob Ihnen dies jetzt etwas sagt. Studieren Sie das ruhig in Ruhe!

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Vielleicht hilft es, wenn ich Ihnen in diesem Zusammenhang dann auch noch von der Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei, ein Schreiben in der Sache Strafsache gegen Rohmoser, Landesgericht Salzburg, an das Landesgericht Salzburg vorlege, den Bericht, den Sie verfasst haben, weil das der Abschlussbericht ist, der Ihre Unterschrift trägt. Vielleicht können Sie sich dann daran erinnern.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Wenn Sie sich den vielleicht gleich vorweg anschauen, denn das ist dann der Abschlussbericht, und aus der letzten Seite, wenn Sie die aufschlagen, geht hervor, dass Sie der Verfasser des Berichtes sind, denn Sie haben das unterfertigt.

Mag. Roland Horngacher: Herr Vorsitzender, da muss ich Sie korrigieren: Verfasser dieses Berichtes ist Herr Rat Mag. Fromm.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schlagen Sie einmal die letzte Seite auf!

Mag. Roland Horngacher: Ich habe es approbiert. (*Obmann Dr. Graf: Sie haben es approbiert, ja?*) Ich habe es approbiert – aber der Verfasser des Berichtes war Referent Mag. Fromm.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Verfasser war der Referent, und da wird verwiesen auf einen mündlichen Auftrag, wenn Sie sich dies anschauen. Vielleicht können Sie sich noch erinnern, was das für ein mündlicher Auftrag war, der auf Seite 2 erwähnt ist und dies ausgelöst hat.

Mag. Roland Horngacher: Zur Seite 1 ist einmal grundsätzlich zu sagen, dass es sich hier um ein Schreiben an das Landesgericht Salzburg handelt bezogen auf die Durchführung von Aufträgen, die das Landesgericht Salzburg der Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei erteilt hat. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist ja im Wesentlichen, ob Sie jetzt auf Grund der Einsicht in diese Akten eine Erinnerung oder Wahrnehmung haben zu dieser Angelegenheit. Es gibt ja auch den Schriftsatz von Preslmayr & Partner, das ist Herr Dr. Gehmacher, sage ich dazu, der ja ergänzende Beweisanträge gestellt hat und ausdrücklich will, dass Sie beauftragt werden, weil er da zum Beispiel schreibt: Die Wirtschaftspolizei Wien ist in Österreich wohl eindeutig die erfahrenste Dienststelle für Wirtschaftskriminalität und so weiter, und so fort.

Mag. Roland Horngacher: Da hat er auch sicher recht, also wir waren im Jahr 2000 mit Sicherheit die erfahrenste Dienststelle und auch die größte, und das war auch kein Einzelfall. (*Obmann Dr. Graf: Das heißt, er war auch bei Ihnen! Das haben wir ja schon erarbeitet!*) – Wir haben Amtshandlungen geführt in Vorarlberg, in Salzburg, in der Steiermark, in Kärnten, also das ist kein Einzelfall gewesen, dass Wirtschaftsstrafsachen in anderen Bundesländern geführt wurden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, zumeist aber doch beauftragt in Form der Hilfestellung, oder so (*Mag. Horngacher: Nein!*) – nicht aber, weil man der Meinung war, das die vor Ort schlecht gearbeitet haben, und jetzt muss wer anderer heran, oder?

Mag. Roland Horngacher: Nein, da muss ich Sie korrigieren: Über Auftrag der Generaldirektion ist die Wirtschaftspolizei beauftragt worden, in den entsprechenden Causen in den Bundesländern diese Ermittlungen durchzuführen, und die Beamten sind dem Bundesministerium für Inneres dienstzugeteilt worden und haben praktisch als zuordenbare, zurechenbare Behörde nicht mehr die Bundespolizeidirektion Wien, sondern das Bundesministerium für Inneres gehabt. Also, da hat es genug Fälle gegeben, wo das der Fall war, wo wir tatsächlich, also wir, wo die Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei die Amtshandlung in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der zuständigen Justizdienststelle durchgeführt hat. Ich kann mich erinnern an einen Fall mit diesem Zellstoffwerk, diesen großen Fall. In Kärnten war das, glaube ich. Auch in Vorarlberg ein Konkurs einer Textilfirma.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na gut. – Ist die Erinnerung bei Ihnen zurückgekehrt in Teilbereichen vielleicht oder gänzlich, wenn ich Sie jetzt noch einmal frage, was denn das Thema Ihrer Beauftragung, also der Beauftragung der Wirtschaftspolizei war seitens der Staatsanwaltschaft Salzburg.

Mag. Roland Horngacher: Es ist offensichtlich, dass es von Seiten des Landesgerichtes Salzburg Beschlüsse und Hausdurchsuchungsbefehle gegeben hat, die von der Wirtschaftspolizei vollzogen wurden. Das ergibt sich auf Grund dieser Berichte, Aktenlage, ja. Das ist aber nichts Außergewöhnliches, noch einmal gesagt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben sehr oft Berichte in dem Zusammenhang approbiert, wie wir da in den Akten finden. Je länger man sucht, desto mehr findet man.

Mag. Roland Horngacher: Ja, es ist meine Aufgabe als Leiter einer Dienststelle, die Approbation durchzuführen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Rohrmoser und Atomic, habe ich mir gedacht, waren nicht unbedingt so ein „kleines Licht“ in der österreichischen Industrie- und Wirtschaftslandschaft, sage ich jetzt einmal, und es hat dieser Fall auch ziemlich viel Staub aufgewirbelt. Und da bin ich schon davon ausgegangen, dass Sie sich an das eine oder andere noch erinnern können.

Mag. Roland Horngacher: Die Causa hat sich, glaube ich, grundsätzlich im Jahr 1998 abgespielt, und das hat sich ja gezogen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe da ein Schriftstück, dass Sie im Jahr 2000 approbiert haben.

Mag. Roland Horngacher: Ja, aber die ursprüngliche Ermittlung war meines Wissens im Jahr 1998.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es hat immer wieder Folgeaufträge gegeben.

Mag. Roland Horngacher: Von Seiten der Justiz, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, man hat sich öfters an Sie gewandt, an die Wirtschaftspolizei?

Mag. Roland Horngacher: Von Seiten der Justiz. Das ist ein durchaus normaler Vorgang.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber sonst können Sie uns dazu nichts mehr sagen? (*Mag. Horngacher: Nein!*) – Sagt Ihnen Karibik I etwas? (*Mag. Horngacher: Ja!*) – Das ist auch nicht verfahrensgegenständlich, daher: Was können Sie uns darüber erzählen? Was sind da Ihre Wahrnehmungen? Inwiefern ist die Wirtschaftspolizei Wien da eingeschritten?

Mag. Roland Horngacher: Das kann ich Ihnen dahin gehend beantworten: Ich war damals der Referent bei der Bearbeitung der Karibik-Geschäfte I als Stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolizei Wien.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was waren da Ihre Ergebnisse? Was hat man von der Wirtschaftspolizei und dann konkret von Ihnen insgesamt gewollt? Was haben Sie da getan? Was hat es gegeben?

Mag. Roland Horngacher: Es hat einen Straftakt gegeben, das Verfahren ist ja von der Staatsanwaltschaft Wien und dem Landesgericht Wien geführt worden. Es hat einen Straftakt gegeben, und ich habe in meiner Erinnerung, dass die Amtshandlung ... dass es eine Dienstbesprechung im Bundesministerium für Justiz gegeben hat hinsichtlich des Vorgehens bei dieser konkreten Amtshandlung. Zuständig war damals der Leiter der Wirtschaftsgruppe der Staatsanwaltschaft Wien, Herr Dr. Müller. An der Dienstbesprechung habe ich teilgenommen und noch ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war die Besprechung am 15. Juni 1994 im Bundesministerium für Justiz? (*Mag. Horngacher: Ja!*) – Sektionsleiter Mayerhofer als Vorsitzender. (*Mag. Horngacher: Jawohl!*) Generalanwalt Veith. (*Mag. Horngacher: Diese Besprechung war das! Das ist richtig, ja!*) Spangl von der Wirtschaftspolizei (*Mag. Horngacher: Das war mein damaliger Chef, ja!*), Horngacher von der Wirtschaftspolizei, Koch von der Wirtschaftspolizei. Schindler, Oberstaatsanwaltschaft,

Seidl, Oberstaatsanwaltschaft, Dr. Korsche, STA, und Dr. Erich Müller, STA. (*Mag. Horngacher: Richtig!*) – Das ist ja ein ziemlich prominenter Aufmarsch.

Mag. Roland Horngacher: Das ist die Dienstbesprechung, auf die ich Bezug nehme.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war dort das Ergebnis? Oder was war überhaupt das Thema?

Mag. Roland Horngacher: Das Thema war im Wesentlichen das Vorgehen hinsichtlich des Komplexes – ich sage jetzt einmal Karibik I – im Bereich der BAWAG.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also § 153 Strafgesetzbuch, wie ich dem entnehme, § 255 Aktiengesetz, Steuerhinterziehung, dann gab es noch eine Anzeige betreffend ein Grundstücksgeschäft zwischen BAWAG und Dipl.-Ing. W. Böck, Anzeige der Oesterreichische Nationalbank betreffend Weitergabe eines Prüfberichtes. Das waren im Wesentlichen die Themen.

Mag. Roland Horngacher: Im Detail weiß ich es jetzt nicht mehr; das war 1994.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war das Ergebnis? Sie waren der ermittelnde Sachbearbeiter.

Mag. Roland Horngacher: Ich war im Bereich der Sicherheitsbehörden der Ermittlungsleiter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welche Ermittlungsergebnisse haben Sie da hervorgebracht?

Mag. Roland Horngacher: Es hat eine umfassende Hausdurchsuchung gegeben. (*Obmann Dr. Graf: Bei wem?*) – Im Bereich der BAWAG. Und es sind eine Menge Unterlagen beschlagnahmt worden, die ausgewertet wurden. Generaldirektor Elsner hat sich über mein Vorgehen beim Polizeipräsidenten beschwert. (*Obmann Dr. Graf: Inwiefern?*) – Weil ich die Hausdurchsuchung so durchgeführt habe, wie ich der Meinung war, dass man eine Hausdurchsuchung durchführt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also der Generaldirektor Elsner hat sich über Sie beschwert (*Mag. Horngacher: Richtig, ja!*), weil Sie die Hausdurchsuchung so, wie man sie durchführt, durchgeführt haben.

Mag. Roland Horngacher: Richtig, ja! Es war eine echte Hausdurchsuchung mit 20 oder 25 Mann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war denn Ihr Erhebungsbericht? Zu welchen Ergebnissen sind Sie denn gekommen?

Mag. Roland Horngacher: Was ich mich jetzt dunkel erinnern kann ... – Ich meine, diese Untersuchung hat ja Monate gedauert. Das war ja nicht eine Sache von drei Wochen, sondern das waren Monate. Letzten Endes, was ich mich jetzt erinnern kann, ist herausgekommen, dass die BAWAG diese Karibik-Geschäfte abgebrochen hat und die investierten Gelder zurückgeflossen sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das wird so kolportiert, ja. (*Mag. Horngacher: Ich sage das!*) – Ist das jetzt Erinnerung von damals – oder ist das die Erinnerung auf Grund der Berichterstattung der letzten zwei, drei Jahre.

Mag. Roland Horngacher: Das ist die Erinnerung, die ich habe, denn letzten Endes haben wir die Unterlagen ausgearbeitet und der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Meiner Erinnerung nach sind die Ermittlungen damals eingestellt worden, weil die Gelder zur Gänze zurückgeführt wurden. Das ist das, was ich aus meiner Erinnerung sagen kann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, die Ermittlungen wurden eingestellt?

Mag. Roland Horngacher: Von der Staatsanwaltschaft Wien.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie war da die Stellung der Wirtschaftspolizei? Waren Sie auch der Meinung ...?

Mag. Roland Horngacher: Ich muss sagen, die entscheidende Stelle ist die Strafverfolgungsbehörde. Und wenn die Strafverfolgungsbehörde zu dem Schluss kommt, dass das Verfahren einzustellen ist, ist es so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auf Grund der Aktenlage dürfte das ja nicht so der Fall gewesen sein, sonst hätte es ja dieser Besprechung nicht bedurft.

Mag. Roland Horngacher: Nein, die Besprechung war vorher, Herr Vorsitzender. Die Besprechung, um die es hier geht, war vorher, bevor es zum Einschreiten gekommen ist. Das war mehr oder weniger, wo die Ermittlungsziele und die Ermittlungslinie festgelegt wurden. In die Einstellung ist die Wirtschaftspolizei nicht eingebunden gewesen. Und die Polizei wird grundsätzlich in die Einstellung von Verfahren seitens der Staatsanwaltschaft Wien, oder überhaupt der Staatsanwaltschaften nicht eingebunden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In Ihrer Niederschrift vom 12. 8. 2006 vor dem Bundesministerium für innere Angelegenheiten geben Sie auf die Frage „Wie und wann haben Sie Ex-BAWAG-Generaldirektor Elsner kennengelernt?“ zu Protokoll – ich zitiere -:

Das war 1994. Ich war damals stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolizei und war der sicherheitsbehördliche Ermittlungsleiter in dem Komplex BAWAG 1/Karibik-Geschäfte. Im Zuge dieser Ermittlungen kam es zu einer gerichtlich angeordneten Hausdurchsuchung in den Geschäftsräumlichkeiten der BAWAG. Im Zuge dieser Hausdurchsuchung hatte ich den ersten Kontakt mit dem ehemaligen BAWAG-Generaldirektor Elsner. – Zitatende.

Später sagen Sie auf die Frage, wann der nächste Kontakt war: Ich glaube 1998.

Entspricht das, was Sie damals ausgesagt haben, nach wie vor Ihren Erinnerungen oder haben Sie dem Protokoll etwas hinzuzufügen?

Mag. Roland Horngacher: Nein. Dieses Protokoll ist Gegenstand des derzeit anhängigen Strafverfahrens – und da mache ich meine Verweigerung nach § 7 der Verfahrensordnung geltend.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe nur mehr eine Frage bezüglich der Stiftungen des Mag. Schlaff, die, glaube ich, nicht verfahrensgegenständlich sind. – Ist Ihnen die Stiftung *Galonia Etablissement* bekannt?

Mag. Roland Horngacher: Sagt mir so nichts.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Herr General, Sie haben erst in letzter Zeit ein hohes Ehrenzeichen bekommen. (*Mag. Horngacher: Ja!*) Das war für Ihre Verdienste in der Wirtschaftspolizei?

Mag. Roland Horngacher: Nein, das war im Wesentlichen für meine Verdienste als Leiter des Kriminalamtes Wien.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Das ist noch nicht lange her. Das war irgendwann ...

Mag. Roland Horngacher: Das war im September 2005.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Das war ein goldenes?

Mag. Roland Horngacher: Das Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wien.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Ist das ist eine hohe Auszeichnung?
(Mag. Horngacher: Ja, schon!) – Wer hat Ihnen diese überreicht?

Mag. Roland Horngacher: Der Herr Bürgermeister.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Was ich nicht ganz verstehe, ist, dass Sie auf der einen Seite doch als Wirtschaftspolizist berühmt wurden, dem so wenig entgangen ist, und auf der anderen Seite lässt man Sie dann, wenn diese ganzen Themen, die zum Komplex gehören, interessant werden, plötzlich fallen. – Was ist da in der Zwischenzeit passiert?

Mag. Roland Horngacher: Entschuldigen Sie, können Sie das präzisieren?

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Es ist noch nicht lange her, September 2005, hohe Auszeichnung, kurz darauf sitzen Sie hier und müssen sagen: Da gibt es eine Anklage, da gibt es eine Anklage, da kann ich nichts sagen, da kann ich nichts sagen. – Was ist dazwischen passiert, dass man Sie so fallen gelassen hat?

Mag. Roland Horngacher: Schauen Sie, gegen mich ist eine massive Medienkampagne durchgeführt worden – nicht nur gegen mich, auch gegen meine Familie, eingeschlossen meine Frau und meine zwei Kinder –, die gewisse Ursachen hat. Und offensichtlich will man das eben so. Sich als einzelner Beamter gegen so eine Medienkampagne zur Wehr zu setzen, ist nicht so einfach.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Aber Sie hatten doch eigentlich immer die „Kronen Zeitung“ auf Ihrer Seite?

Mag. Roland Horngacher: Das kann man so nicht sagen. Ich glaube, die „Kronen Zeitung“ ... – In meiner Amtszeit als Kriminalamtsleiter habe ich es als dringend notwendig erachtet, und zwar in wirklicher Übereinstimmung mit dem Ressortleiter, dem damaligen Bundesminister Dr. Strasser, gegen den Drogenhandel in Wien massivst vorzugehen. Ich habe innerhalb von dreieinhalb Jahren 10 000 Drogendealer verhaften lassen. Ich war überzeugt von einer Notwendigkeit der Änderung der Strategie, indem wir das an der Basis zu bekämpfen beginnen und die Organisationsermittlung draufsetzen und nicht die Ressourcen nur in eine Organisationsermittlung hineinlegen. Weil ich habe das einmal ausgerechnet, nachdem damals, als ich das Amt übernommen habe und aus meinem Bürofenster geschaut habe, waren am Schwedenplatz 150 Drogendealer. Das ist mit meiner Funktion als Kriminalamtsleiter nicht zu vertreten und ich habe entsprechende Strukturmaßnahmen getroffen, habe neue Einheiten aufgestellt, die gegen diese Dealer vorgegangen sind. Das ist nicht unbedingt überall auf Gegenliebe gestoßen, sage ich jetzt einmal abstrakt.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Drogen haben auch immer mit viel Geld zu tun?

Mag. Roland Horngacher: Natürlich, ja. Und meine Strategie war, dieser Drogendealerstruktur die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen, was auch gelungen ist. Ich muss sagen, auch in Abstimmung mit dem Drogenkoordinator der Stadt Wien haben die Maßnahmen echt gegriffen.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Kann es sein, dass Sie da jemandem zu sehr ins Gehege gekommen sind?

Mag. Roland Horngacher: Kann ich nicht ausschließen.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Weil es ist ja wirklich ganz erstaunlich: Sie sind fünf Jahre der „große Star“ gewesen, haben in einer Zeit, in der alle gesagt haben, die Sicherheitsreformen in der Polizei werden eine Katastrophe anrichten, bewiesen, dass Wien sicherer geworden ist, haben bewiesen, dass man in Wien die

Kriminalität radikal bekämpfen und damit auch erfolgreich sein kann, haben das bis ins Jahr 2006 eigentlich auch unter großem Applaus gemacht – man hat Ihnen auch noch weitere Karrieresprünge vorhergesagt –, und ganz plötzlich ist das große Malheur da und jeder sagt, der General Horngacher und, und, und. (*Mag. Horngacher: Ja!*) – Da muss ja etwas passiert sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich will jetzt nicht wissen, ob der Vorhalt richtig ist, dass Wien sicherer geworden ist. Das ist das, was die Regierung immer gesagt hat, aber ob es wirklich so ist, weiß ich nicht.

Mag. Roland Horngacher: Ich muss sagen, von der Statistik her, von den Zahlen her war es objektivierbar, weil wir aus Erkenntnissen von Telefonüberwachungen erkannt haben, dass diese Täterstruktur Wien ausweicht, weil man eben entsprechend so gegen den Verteilungsmechanismus und gegen die Straßendealer vorgeht. Das habe ich in Übereinstimmung mit der damaligen Ressortleitung gemacht. Ich muss sagen, der damalige Innenminister hat das auch goutiert, was ich gemacht habe. Dass das natürlich nicht überall Applaus gefunden hat, ja, aber ich bekomme mein Gehalt dafür, dass die Sicherheit in der Stadt gewährleistet ist und nicht dafür, beliebt zu sein.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Ich würde davon ausgehen, dass das Goldene Ehrenzeichen, das Bürgermeister Häupl verliehen hat, nicht unbedingt deswegen verliehen wurde, weil der Innenminister gelobt werden sollte, sondern weil Ihre Tätigkeit für Wien die Kriminalität deutlich reduziert hat (*Mag. Horngacher: Für die Stadt!*), und damit haben wir einen objektiven Zeugen dafür, dass es in der Zeit funktioniert hat.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Ich hätte noch eine Frage. Sie haben sich damals – und vielleicht jetzt auch noch – in einem bestimmten Netzwerk befunden, das Sie sich nicht unbedingt aufgebaut haben, sondern das auf Grund Ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist: Politiker, Beamte. Wie wir aus den Medien erfahren konnten, hat es da massive Angriffe gegen Ihre Person und Verdächtigungen gegeben. Wie beurteilen Sie das heute?

Mag. Roland Horngacher: Ich muss Ihnen sagen, wenn Sie mich das heute fragen, der Großteil der gegen mich erhobenen Anschuldigungen ist zur Einstellung gebracht worden, insbesondere jene Bereiche, die man ursprünglich vorgebracht hat, um eine Ermittlung gegen mich einzuleiten; und es ist eine massive Medienkampagne gegen meine Person geführt worden.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Sehen Sie darin auch einen Zusammenhang mit den schon von Kollegen angesprochenen Tätigkeiten im Kriminalbereich? Es ist ja tatsächlich so gewesen – ich kann das als Bürgermeister einer Umlandgemeinde von Wiener Neustadt bestätigen –, dass sich die Drogenszene verlagert hat, also hinaus in den eher urbanen Bereich von Niederösterreich. Dort ist gerade in dieser Zeit vermehrt diese Szene dann aufgetreten, in meiner Gemeinde einige, die sich unter verdeckten Namen angesiedelt haben, und es hat auch Ermittlungen gegeben. Das was so; das ist eine Tatsache.

Mag. Roland Horngacher: Es hat einen Verdrängungseffekt gegeben, das ist keine Frage, ja.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Genau. – Glauben Sie, dass die Angriffe gegen Ihre Person auch in diesem Zusammenhang stehen?

Mag. Roland Horngacher: Das glaube ich nicht, weil wir haben sogar von Seiten des Kriminalamtes Wien, als es zu dieser Problematik in Traiskirchen gekommen ist, dort ganz massiv mit unserer Einsatzgruppe Unterstützung geleistet im Zusammenhang mit der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt. Das hat merklich auch entsprechend Wirkung

gezeigt, speziell im Bereich der Badner Bahn. Aber es ist so im Bereich der Kriminalstrategie: Jeder Leiter hat eine eigene Vorstellung davon. Und ich muss sagen, dadurch, dass ich eben 14 Jahre Wirtschaftspolizei hinter mir habe und auch entsprechend eine Ausbildung in Amerika gemacht habe, wie man organisierte Kriminalität bekämpft, ist für mich der Schlüsselpunkt gewesen, dieser Struktur die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen, indem wir möglichst viele Festnahmen von Drogendealern haben, in die viel Geld investiert wurde, weil die werden entsprechend ausgebildet. Nach der ersten Festnahme kriegt er seine drei Monate, aber nach der zweiten eineinhalb Jahre. Damit ist er für die Organisation uninteressant. Dann geht er eben, weil anders bringen wir sie ja nicht weg. Das muss man dazusagen.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Gibt es Ihren Vermutungen nach auch Netzwerke in der Drogenszene, die in den Polizeiapparat hineingehen? (Mag. **Horngacher:** Nein!)

Eine abschließende Frage noch. Der Name **Binder**, ist Ihnen der ein Begriff? (Mag. **Horngacher:** Binder?) – Binder, ehemaliger FPÖ-Gemeinderat, heutiger Geschäftspartner von Peter Wittmann. (Abg. **Broukal:** Eine Wittmann-Frage! – Abg. **Krainer:** Erzählen Sie uns etwas über das „Wiener Neustädter Kleeblatt“!)

Mag. Roland Horngacher: Nein, Binder sagt mir nichts.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Das ist derzeit in allen Medien nachzulesen. Sie können sich einmal die Geschäfte anschauen, dann werden Sie selbst draufkommen. (Abg. **Krainer:** How low can you get?)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe auch noch ein paar letzte Fragen. Weil Sie gesagt haben, Sie hatten routinemäßig auch immer mit Generaldirektoren zu tun. Welche haben Sie denn persönlich gut gekannt? Können Sie da ein paar Namen von Generaldirektoren von Banken aufzählen?

Mag. Roland Horngacher: Den Herrn Generaldirektor Randa, dann den Herrn Generaldirektor Hampel. Ich meine, gut gekannt dienstlich, setze ich jetzt voraus, nicht, dass es da einen privaten Kontakt gegeben hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In der Form, wie Sie es beschrieben haben, dass es da routinemäßige Gespräche gegeben hat.

Mag. Roland Horngacher: Es hat Gespräche gegeben, ja. Aber das liegt in der Natur ... (Obmann Dr. **Graf:** Welche noch?) – Mit dem Herrn Dr. Treichl. Mit den Chefs der Großbanken eben. Das lag in meiner ... (Obmann Dr. **Graf:** Raiffeisen?) – Das ist mir jetzt nicht in Erinnerung, nein. Das ist mir nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Kennen Sie Herrn Hason, Steuerberater von Mag. Schlaff?

Mag. Roland Horngacher: Vom Namen her.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben nie mit ihm zu tun gehabt?

Mag. Roland Horngacher: Meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und auch nicht aus Ihrer Tätigkeit im Bundeskriminalamt? Ist er Ihnen da aktenmäßig aufgefallen? Er steht ja nicht in der Zeitung, ich nehme an ...

Mag. Roland Horngacher: Nein, ich war nie im Bundeskriminalamt. Ich habe nie im Bundeskriminalamt ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist ein Irrtum meinerseits. Ich nehme an, dass die Akten ja da oder dort ...

Mag. Roland Horngacher: Ich sage durchaus, dass der Name einmal vorgekommen ist, das kann sein, aber ich verbinde nichts mit ihm.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie gewusst, dass das der Steuerberater des Herrn Mag. Schlaff ist? (*Mag. Horngacher: Nein!*) – Kennen Sie einen Herrn Shloime oder Sol Meier? (*Mag. Horngacher: Nein!*)

Kennen Sie den Herrn Ackermann?

Mag. Roland Horngacher: Ich glaube, das ist ein Rechtsanwalt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das weiß ich wieder nicht genau. Aber jener Ackermann, 1925 geboren, und langjähriger Geschäftspartner von Mag. Schlaff.

Mag. Roland Horngacher: Persönlich kenne ich ihn auf keinen Fall; aber den Namen habe ich gehört, der ist mir einmal untergekommen, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da Herr Ackermann nur in den neunziger Jahren mit eher unangenehmen Zusammenhängen in den Medien gestanden ist, würde ich die Frage stellen, ob Sie ihn aus der Aktenlage kennen.

Mag. Roland Horngacher: Ich habe den Namen einmal gehört und mit dem Namen einen Rechtsanwalt verbunden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Keine weiteren Fragen mehr. Damit beende ich die Befragung. Danke für Ihr Erscheinen! Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt! (*Mag. Horngacher: Danke!*)

(Die Auskunftsperson Mag. Roland Horngacher verlässt den Sitzungssaal.)

20.39

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir kommen zur Anhörung der **Auskunftsperson Dr. Sundt**. Ich darf die Parlamentsdirektion bitten, ihn aufzurufen.

Da die Auskunftsperson Dr. Sundt nicht mehr im Hause ist, erklärt der Obmann, dass zuerst eine Fraktionsführerbesprechung und danach noch eine Geschäftsbehandlungsdebatte stattfinden werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf erklärt die Sitzung für **unterbrochen**.

20.42

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 20.42 Uhr **unterbrochen**. – Fortsetzung: 21.04 Uhr bis 21.17 Uhr – und somit Schluss der Sitzung – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)*
